

Politische Berichte



30. September 1988
Jg. 9 Nr. 20

G 7756 D

Preis:
2,50 DM

Flexibilisierung

**IG Metall wendet
sich gegen die
Sonntags-
arbeit**

Seite 7

Ungarn

**Wirtschaftsreform und
radikale Veränderung des
Institutionengefüges**

Seite 15

Antifaschismus

**Die Konferenz
antifaschistischer Initia-
tiven und Organisationen in
NRW festigt sich**

Seite 26

Jugendliche

**Die Reaktionäre
verstärken ihren Druck
mit einem
„Pflichtjahr“**

Seite 31



10.9.1988: 10000 demonstrierten in Karlsruhe zum 9. Jahrestag des Militärputsches in der Türkei, zur Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes und gegen die Kurdenverfolgungen in der BRD

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7. Telefon: 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7. Telefon: 0221/211658

Inhalt 20/88

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

| | |
|--|----|
| Aktuell in Bonn | 4 |
| Rentenreform: CDU-Konzept mobilisiert Arbeitskräfte | 5 |
| Ausländische Arbeiter: Ruhrkohle will Abschiebungen | 7 |
| Ramstein: Scholz kommt unter Druck | 7 |
| Flexibilisierung: IG Metall gegen Sonntagsarbeit | 7 |
| Demonstration gegen IWF-Tagung: Schuldenstreichen | 8 |
| „Westberliner Erklärung“ des IWF-Gegenkongresses | 9 |
| § 218/Memmingen: Der Prozeß geht weiter | 10 |
| Pläne der Reaktionäre zur Verschärfung des § 218 | 11 |

Auslandsberichterstattung

| | |
|--|----|
| DAR Sahara: Marokko nimmt Friedensplan der UNO an | 12 |
| Türkei: Hoher Zuwachs beim Tourismus | 13 |
| Kurdistan: Paktbildung gegen Befreiungskampf | 14 |
| Schweiz: Warnstreiks in der Druckindustrie | 14 |
| Südafrika/Azania: Prozeß gegen APLA-Unterstützer | 15 |
| Ungarn: Radikale Veränderung des Institutionengefüges | 15 |
| Internationale Meldungen | 16 |

*Aus Verbänden und Parteien***Veröffentlichungen:**

| | |
|--|----|
| „Selbstschutz“ bei Demonstrationen | 18 |
| Materialien zu 125 Jahre Bayer | 18 |
| Merkle: Für das Volk Disziplin, der Wirtschaft die Führung | 18 |
| Beitrag zum grünen Polizeiverständnis | 18 |
| IG Chemie: Mit „Standortsicherung“ Arbeiter unterdrückt | 19 |
| Leitantrag des Chemie-Gewerkschaftstages | 20 |

Reportagen und Berichte regional

| | |
|--|----|
| Regionale Nachrichten | 21 |
| Krankenhaus: Bedarfsplanung oder Einschränkung? | 22 |
| Krankenhäuser: Überarbeit, Verwahrlosung der Pflege | 22 |
| Flüchtlinge: Stadt zahlt keine Sozialhilfe | 23 |
| Wohnungsnot: Innenminister: Obdachlose einsperren | 23 |
| Bau: Mauern macht krank. Kampagne der IG-BSE | 24 |
| DVU in Passau: 1500 demonstrieren. Stadtrat: Verbot | 25 |
| Kapitalistentagung: Der Norden bietet Chancen | 25 |
| Antifaschismus: NRW-Konferenz festigt sich | 26 |
| Erklärung zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht | 27 |
| Nachrichten aus der Arbeiterbewegung | 28 |
| Asylpolitik S-H: Land vollstreckt Bundesgesetzentwurf | 29 |

Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge

| | |
|--|----|
| Stormy Monday: Rührstück mit Putzmann und Kellnerin | 30 |
| Good morning Vietnam: Lob des aufrechten Soldaten | 30 |
| Milagro — Der Krieg im Bohnenfeld: Grüne Filmidylle | 30 |
| Das siebente Zeichen: Opfer im religiösen Wahnsinn | 31 |
| Jugendliche: Reaktionärer Druck mit „Pflichtjahr“ | 31 |

Spezialberichte

| | |
|---|----|
| Gemeindereform: Die Staatsstruktur entspricht den wirtschaftlichen Interessen der Kapitalisten | 34 |
| Wirtschaftszentren: Ergebnis der Bildung von Konzernen | 34 |
| Gebietsreformen in Bayern auf Wunsch der Großbetriebe | 36 |
| Krankenhausplanung nimmt Kommunen Versorgungsrecht | 36 |
| Verwaltung/Finanzen: Mehr Aufgaben, wenig Autonomie | 38 |
| Nordstaat: Gegen „gemeindliche Eigensüchtelei“ | 39 |

Aktionseinheit gegen den Staatsbesuch Evrens in Bonn

Nachdem die türkische Zeitung „Tercüman“ für den 17. Oktober den schon lange erwarteten offiziellen Staatsbesuch des türkischen Staatspräsidenten und Chefs der Militärjunta, Kenan Evren, in Bonn angekündigt hat und auch das Bundespräsidialamt verlauten läßt, man rechne für Oktober mit einem Besuch Evrens in Bonn, hat sich eine Aktionseinheit mehrerer türkischer und kurdischer Organisationen gegen diesen Besuch gebildet. Der Aktionseinheit gehören u.a. Dev Genc, Devrimci Isci, Partizan (ATIF), TKP/ML, TSK-DK, Ekim, PPKK, TDKP(YDÖ), TKIH, Rizgari, TKP (B) und andere Organisationen an. Die Aktionseinheit plant verschiedene Aktionen gegen den Besuch. Bundesweit sollen Plakate und Flugblätter gegen den Besuch veröffentlicht und Postkarten an von Weizsäcker verschickt werden, die gegen den Besuch des Chefs des Militärputsches in der Türkei von 1980 und jetzigen Staatspräsidenten protestieren. Am ersten Oktoberwochenende sollen in verschiedenen Städten vor den türkischen Konsulaten Protestaktionen stattfinden. Am 15. Oktober ist in Bonn eine Demonstration gegen den Besuch geplant. BWK, Volksfront, VSP und andere Organisationen unterstützen die geplanten Aktionen. Im folgenden dokumentieren wir den Aufruf der Aktionseinheit. — (rül)

Stoppt den Staatsbesuch von Mörder Evren!

Am 12. September haben die faschistischen Generale mit einem Militärputsch in der Türkei die Macht an sich gerissen. Mit der Machtergreifung wurde das Parlament aufgelöst, Massenorganisationen der Jugendlichen, Beamten etc. wurden verboten, die linke Presse wurde zum Schweigen gebracht, Journalisten und Schriftsteller wurden festgenommen. Über die legale Presse wurde strenge Zensur verhängt. Die Generäle haben oppositionelle Revolutionäre, Antifaschisten, Demokraten und streikende Arbeiter festgenommen und in Kerker verschleppt. Mit diesen Maßnahmen wurden alle Menschenrechte mit Füßen getreten.

Für das Volk der Türkei bedeutet die Grausamkeit des 12. September:

die Abschaffung aller demokratischen Rechte und Freiheiten; die Mißachtung der Menschenrechte, Folter, Unterdrückung und Hinrichtung.

Die Grausamkeit des 12. September bedeutet: die Verstärkung der Unterdrückungsmaßnahmen gegen das kurdische Volk. Neben den offiziellen militärischen Kräften wurden Zivilmilizen eingesetzt, um die Unterdrückungspolitik gegen das kurdische Volk zu verstärken und damit eine Zwangsversetzung durchzuführen.

Von dem Militärputsch bis heute haben sich die Unterdrückungsmaßnahmen gegen das kurdische Volk verdoppelt. Zusätzlich zu den militärischen Kräften in Türkei-Kurdistan wurden neue, geschulte Militärkräfte eingesetzt. In den Kerkern des Faschismus wird über die politischen Gefangenen eine Vernichtungspolitik ausgeübt.

All diese Maßnahmen können nicht getrennt von dem Anführer des faschistischen Militärputsches Evren betrachtet werden.

Die Imperialisten haben von Anfang an diesen faschistischen Militärputsch durch ihre militärische, ökonomische und politische Hilfe unterstützt und unterstützen ihn noch immer. Während die Putschisten die demokratischen Rechte vernichteten und demokratische Verbände wie die Gewerkschaft DISK verbieten, verbreiten die Imperialisten die Propaganda, daß die Generäle davon überzeugt sind (!), zur „Demokratie“ zurückzukehren. Jetzt versucht der Anführer dieses Putsches, Evren, mit seinen Besuchen in Amerika, England und im Oktober mit

einer Einladung nach Bonn bekanntzugeben, daß die Türkei zur „Demokratie“ zurückgekehrt sei und daß er für „Ruhe“ und „Ordnung“ gesorgt hätte.

Solch eine Demokratie hat er geschaffen, in der sogar die Regierung mit 36% Stimmenanteil geschaffen wird, in der sogar die Aktivitäten der Arbeiterparteien verboten werden, indem ihnen mit einem neuen Gesetzentwurf für die Wahlen die Beteiligung an den Wahlen verboten wird. Die Arbeiter haben immer noch nicht das Recht, frei eine Gewerkschaft zu bilden, sich zu organisieren und zu streiken. Zur Zeit befinden sich 35 Journalisten und Schriftsteller in den Gefängnissen, die wegen ihrer Schriften zu über hundert Jahren Gefängnisstrafe verurteilt wurden. Über 200 Menschen wurden durch die Folter ermordet, wogegen die unmenschlichen Folterer frei herumlaufen. In den Kerkern werden die politischen Gefangenen immer noch gefoltert und unmenschlichen Haftbedingungen unterzogen. Laut Erkenntnissen werden über 180 Menschen vermißt. Bis jetzt wurden 53 Menschen hingerichtet, und Hunderte von Menschen warten mit Schmerz auf den Tag der Vollstreckung ihrer Todesstrafe. Politische Prozesse werden immer noch vor den Militärgerichten abgehalten. Folter- und Prügelpraxis werden immer noch in den Gefängnissen angewandt.

Zeigen nicht all diese Beispiele, daß die Phrase über die Rückkehr zur „Demokratie“ ein Schwindel ist?

Wie in Washington und London soll jetzt der Anführer des faschistischen Militärputsches Evren in Bonn empfangen werden. Somit soll in der Öffentlichkeit das Image der Rückkehr zur „Demokratie“ in der Türkei geschaffen werden. In dieser Situation darf kein Antifaschist und Demokrat schweigen.

Der Staatsbesuch des Putschisten Kenan Evren in der BRD ist ein Angriff auf den Widerstand des deutschen Volkes gegen den Faschismus, der die Grausamkeiten und Barbareien des Faschismus miterlebt hat.

Wer gegenüber dem Besuch von Evren in Bonn schweigt, schweigt gleichzeitig auch gegenüber der Zertretung der Menschenwürde in der Türkei und Türkei-Kurdistan.

Aus diesem Grund rufen wir alle Antifaschisten und Demokraten auf: Verstärkt die Solidarität

mit den Arbeitern, denen alle Rechte weggenommen wurden; mit den demokratischen und revolutionären politischen Gefangenen in den Kerkern, mit den antifaschistischen und demokratischen Intellektuellen, denen die Stifte aus der Hand genommen wurden, mit den Menschen, deren Söhne und Töchter ermordet, hingerichtet und zu Hunderten von Jahren Gefängnisstrafen verurteilt wurden.

Als ein Teil dieser Solidarität rufen wir euch alle auf, gegen den Staatsbesuch von Kenan Evren zu protestieren!

Rauchvorhang vor Haftverschärfungen

Wird Bundespräsident von Weizsäcker P. J. Book und A. Speitel begnadigen? Die mehr als zwei Wochen lang in Zeitungen, mit Schmutzmethoden wie der Veröffentlichung interner Briefe geführte Kampagne bewirkt mehreres: Zum einen bewahrt der Bundespräsident sein Ansehen, auch wenn er schließlich erklärt, die Begnadigungen selbst stünden noch gar nicht zur Debatte, er habe lediglich erwogen, die beiden ehemaligen RAF-Mitglieder im Gefängnis zu besuchen. Ob die beiden Gefangenen ihn überhaupt empfangen wollten, ist unklar. Zum anderen klopft die Regierung in der Öffentlichkeit die Position fest, daß ein Mitglied der Roten Armee Fraktion, das nicht den Rest des Lebens im Gefängnis sitzen will, mehr tun muß, als seine politische Auffassung ändern. Kniefall muß sein. Der lebenslangen Isolationsfolter soll nur entkommen können, wer sich von Gefängnisdirektoren, Justizbeamten, Beamten des Bundeskriminalamtes und zum Schluß auch vom Bundespräsidenten persönlich begutachten läßt und immer wieder abschwört. Gegenüber allen anderen Gefangenen aber, die ihre politische Auffassung im Gefängnis bewahren wollen, die die Erörterung über ihre Auffassung suchen, soll alles erlaubt sein: lebenslänglich

bis zum Tod, Verschärfung der Isolation, Entzug jeder Möglichkeit, sich politisch zu bilden. Gegenüber der politischen Opposition, die sich nicht von der RAF distanziert, wird die Verfolgung verschärft. Verfahren wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ werden gegen Leute geführt, die sich gegen Isolationsfolter auf öffentlichen Veranstaltungen ausgesprochen haben oder Flugblätter dagegen verfaßt haben. Der Anschlag auf den für IWF-Angelegenheiten zuständigen Staatssekretär Tietmeyer wird auf der Stelle genutzt, um ein neues Fahndungsbild — auf Grundlage von Schriftgutachten — zu verbreiten und die Notwendigkeit gnadenloser Verfolgung zu demonstrieren. — (uld)

Veranstaltungen mit dem PAC-Vorsitzenden

An den Veranstaltungen mit J. Mlambo, dem Vorsitzenden des Pan Africanist Congress of Azania (PAC), zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes in Azania beteiligten sich etwa 700 Leute (Hamburg: 170, Braunschweig: 180, Hannover: 100, Karlsruhe: 90, Freiburg: 150). Für die Azanische Volksbefreiungsarmee (Azanian Peoples Liberation Army, APLA) sind inzwischen über 20000 DM gespendet worden. Angesichts der kurzen Vorbereitungszeit sind die Veranstaltungen erfolgreich verlaufen. Sie sind nützlich für die Unterstützung des Befreiungskampfes in Südafrika und die Fortführung der Unterstützung in der BRD.

In verschiedenen Orten, in denen jetzt keine Veranstaltungen mit dem PAC-Vorsitzenden stattfinden konnten, sind für Oktober und November Veranstaltungen mit dem Vertreter des PAC in der BRD geplant. Die Spendensammlung für die APLA soll auf jeden Fall bis zum Frühjahr nächsten Jahres fortgeführt werden. — (uld)

Spendenkonto:

Chr. Schneider,
Hamburger Sparkasse,
Konto-Nr. 1318-470 448,
Stichwort: Azania,
Bankleitzahl: 200 505 50



Etwa 3000 Leute demonstrierten am 24.9. in Köln gegen die irakischen Giftgasangriffe auf Kurden. Aufgerufen hatten irakische, türkische, iranische Kurden, türkische Organisation, die Grünen, Jungsozialisten und die Gesellschaft für bedrohte Völker. Der Aufruf wandte sich vor allem gegen die irakische Regierung. Die Demonstration richtete sich auch gegen die BRD- und andere Imperialisten, die dem Irak das Giftgas verschafft haben. — (uld)

Aktuell in Bonn

Staatsschutzgesetze

Am 23.9. beriet der Bundestag in erster Lesung über Zimmermanns sogenanntes „Artikelgesetz“. Darin sind zusammengefaßt: Ein Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches (Einführung eines § 130b, „Befürwortung von Straftaten“ soll mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bedroht werden, sowie Erhöhung der Strafandrohung für Geiselnahme und Waffenbesitz und für Störungen der Wasser- und Stromversorgung), eine Änderung des Versammlungsgesetzes, die das Demonstrationsrecht weiter einschränkt, Vermummungen schärfer verfolgt und polizeiliche Vorbeugehaft wieder einführt, sowie ein Gesetz zur „befristeten Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten“. Sprecher der SPD kritisierten, die neuen Gesetze bedeuteten eine „Wende mit der Tendenz zum Gesinnungsstrafrecht“. Der Bundesrat hatte schon vorher angemerkt, der geplante neue § 130b StGB erlaube eine Strafverfolgung, „die über den beabsichtigten Anwendungsbereich der Bestimmung hinausgeht.“ (Bundestagsdrucksache 11/2834)

Rundfunkgebühren +15%

Eine Erhöhung der Rundfunkgebühren um 15% von bisher 16,60 DM auf 19,00 DM im Monat ab 1.1.1990 haben die Ministerpräsidenten der Länder am 23.9. in Bonn vereinbart. Im Juni hatten sie noch eine Anhebung von 16,60 DM ab 1.1.89 und um weitere 20 Pfg. ab 1.1.91 bei dann fünf Jahren Laufzeit be-

schlossen. Dagegen hatte Baden-Württemberg opponiert. Vor sechs Jahren waren die Rundfunkgebühren zuletzt erhöht worden. Die jetzt beschlossene Erhöhung liegt dreimal so hoch wie die Teuerung der letzten sechs Jahre.

1018 §-218-Verfahren

Insgesamt 1018 polizeiliche Ermittlungen wegen Verdachts auf Verstoß gegen die §§ 218 bis 219a (Schwangerschaftsabbruch) hat das Bundeskriminalamt seit 1983 registriert. Allein 1983 bis 1986 wurden 121 Personen wegen Verstoß gegen diese Paragraphen verurteilt. Das hat die Bundesregierung jetzt in einer Antwort auf eine Anfrage der Grünen mitgeteilt. Die meisten Verurteilungen erfolgten in Bayern (1983 bis 1986: 50), dicht gefolgt von NRW (31) und Baden-Württemberg (29). Bt-Drucks. 11/2907

RWE-Texaco-Fusion begrüßt

Die Bundesregierung begrüßt die Fusion RWE-Texaco. Die Grünen hatten diese weitere Monopolbildung im Energiesektor in einer Anfrage kritisiert. Antwort der Bundesregierung: Der Aufkauf liege „auf der Linie des energiepolitischen Ziels der Bundesregierung“. Dasselbe gälte für die geplante Verbindung zur norwegischen Statoil: „Grundsätzlich begrüßt die Bundesregierung die Kooperation mit einem Erdölproduzenten, wobei die geographische Nähe ein zusätzlicher Vorteil wäre.“ (Bt-Drucks. 11/2816)

Dienstleistungsabend

Mehrheitlich beschloß der Bundesrat am 23.9.88 das Ladenschlußänderungsgesetz mit Einführung des Dienstleistungs-

abends. Bei Beibehaltung der bisherigen Gesamtöffnungszeit wird donnerstags die Ladenöffnung auf 21.00 Uhr gesetzlich verlängert. Die „Dienststellen des Bundes mit regem Publikumsverkehr“ sollen, außer an gesetzlichen Feiertagen, ebenfalls donnerstags bis 21.00 Uhr öffnen. Eine entsprechende Aufforderung geht an die Landes- und Kommunalbehörden. Abgelehnt wurde der Vorschlag, die Öffnung der Bäcker- und Fleischereigeschäfte von montags bis samstags ab 6.30 Uhr zu erlauben. Der Vertreter Hamburgs (SPD/FDP) stimmte dem Gesetzentwurf im Bundesrat zu. Diese Woche soll das Ladenschlußänderungsgesetz im Bundestag in der ersten Lesung beraten werden.

Krankenreform: Protest

Der Verband der Kriegssopfer hat am 20.9. in Bonn gegen die geplante Krankenreform protestiert. „Wenn der Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung eine Mehrheit findet, werden vor allem die chronisch Kranken, Behinderten und Sozialrentner finanziell einseitig belastet“, kritisierte VDK-Vorsitzender Weishäupl auf der Protestveranstaltung. Der VDK wolle die „drohende Ungerechtigkeit mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln ... bekämpfen.“

Transitpauschale höher

Um 335 Mio. DM auf jährlich 860 Mio. DM erhöht sich ab 1.1.1990 die jährliche Transitpauschale, die die Bundesregierung der DDR für die kostenfreie Benutzung der Transitwege nach Westberlin zahlt. Die neue Pauschale ist bis 1999 festgeschrieben. Die Gegenleistungen der DDR dafür sind beträchtlich: Die Autobahnverbindungen Westberlin — Hof (Bayern) und Westberlin — Herleshausen (Hessen) werden grunderneuert, im Süden Westberlins ein dritter Grenzübergang samt dazugehörigem 9 km langem Autobahnzubringer gebaut, 60,5 km Autobahn „Berliner Ring“ erneuert. Die Transportkosten für in Westberlin ansässige BRD-Konzerne werden so deutlich gesenkt.

Was kommt demnächst?

Am 29.9. berät der Bundestag zahlreiche Gesetze in erster Lesung. Auf der Tagesordnung stehen die Gesetzentwürfe der Regierung zur Einschränkung der Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft, zur Einführung eines Sozialversicherungsausweises und zur Verlängerung des Ladenschlusses und zur Einführung des Dienstleistungsabends. Am 30.9. folgen Steuergesetze: Steuerreformgesetz, Verbrauchsteueränderungsgesetz und Haushaltsbegleitgesetz 1989. Inhalt: Die für 1.1.89 geplante Anhebung der indirekten Steuern und die weitere Einschränkung der Arbeitslosengeldansprüche Jugendlicher. Am 2.10. beginnt der Gewerkschaftstag der IG Bau und bricht Kohl zu einer Reise nach Indonesien, Australien und Neuseeland auf.



„Deutsche helfen Deutschen“ — unter dieser Losung starteten am 10. September Springers „Welt“, Bundestagspräsident Jenninger, Bundesfamilienministerin Süßmuth und DRK-Präsident Prinz zu Sayn-Wittgenstein eine Spenden- und Propagandaaktion zugunsten von „deutschen Aussiedlern“. Die Kampagne startete zeitgleich mit einer Konferenz der Länderministerpräsidenten mit Kohl im Kanzleramt über die „Aussiedlerförderung“ der Regierung. Ziel: Den Vertriebenenverbänden neue Mitglieder und staatliche Unterstützung für revanchistische „Aussiedler“-Kampagnen zukommen zu lassen. Inzwischen hat auch der Kanzler (Bild: 1986 auf dem Sudetentreffen) die Kampagne unterstützt.

Rentenreform

CDU-Konzept mobilisiert Arbeitskräfte und stärkt Familienfesseln

Mit einem Beschluß des CDU-Bundesvorstands und des sogenannten Kleinen Parteitags der CDU hat sich Arbeitsminister Norbert Blüm Eckpunkte einer noch vor den nächsten Wahlen zu beschließenden Rentenreform absegnen lassen. Eine genauere Darlegung und Untersuchung ist angebracht, da die Wirkungen nicht immer auf der Hand liegen.

Arbeitszwang durch Drohung mit Sozialhilfe

Die Union hat beschlossen, daß das Rentensystem lohn- und beitragsbezogen bleiben soll, d.h. die Rente wird wie bisher errechnet aus dem Verhältnis des individuellen Bruttoarbeitseinkommens eines Versicherten zum Durchschnittsbruttoeinkommen aller für jedes Jahr seines Arbeitslebens. Weiter bestimmt die Anzahl der Versicherungsjahre die Rentenhöhe. Der dritte bestimmende Faktor für die Rentenhöhe ist der jeweilige durchschnittliche Bruttoverdienst aller Versicherten, an den auch die Rente jährlich angepaßt wird — was allerdings seit mehr als einem Jahrzehnt durch verschiedene Manipulationen des Gesetzgebers faktisch nicht mehr geschieht. Nach der Vorstellung Blüms soll künftig die Rentenhöhe entsprechend der Veränderung bei den Nettoverdiensten angepaßt werden.

Damit hat die CDU das von ihrem Parteivorstandsmitglied Biedenkopf geforderte System der Grundrente abgelehnt. Die Idee der Grundrente — statt Versicherungsrente eine aus dem Staatshaushalt finanzierte Zahlung von etwa 800 DM, darüber hinaus hat jeder privat Vorsorge zu treffen — ist aus dem Wunsch der Kapitalisten nach bedeutender Entlastung bei den Versicherungsbeiträgen entwickelt, was vor allem den großen Konzernen noch mehr als bisher die Zahlung von Betriebsrenten, Lebensversicherungen u.ä. an die betriebstreuenden Teile der Belegschaften erlaubte. So ist auch nicht verwunderlich, daß die Grundrente auch in der FDP mit ihren bekannten guten Beziehungen und Verflechtungen mit der Versicherungswirtschaft ihre Anhänger hat. Ein weiteres Plus für die Profitwirtschaft wäre: Spielt die Lohnhöhe und die Dauer der Beschäftigung keine Rolle mehr für die spätere Rentenzahlung, wäre eine nicht geringe Hemmschwelle gegen unstete, vorübergehende und schlecht bezahlte Tätigkeit verschwunden. Blüm will nun keineswegs auf solche Vorteile verzichten, sieht aber in der Grundrente große Gefahren für die Mobilisierbarkeit von

Arbeitskraft und findet dafür Zustimmung bei den Kapitalistenverbänden. Im Bundestag polemisierte der Arbeitsminister gegen die drohende „Ausbeutung der Fleißigen durch die Faulen“: „800 DM Grundrente: dafür muß ein Durchschnittsverdiener 22 Jahre Beiträge zahlen, um durch Arbeit und Lohn diese Rente zu erwerben. Warum sollte er sich 22 Jahre morgens zur Arbeit schleppen, wenn er 800 DM auch ohne Arbeit bekommen kann?“ Die Rente müsse „lei-



Mit 59 Jahren — Frauen mit 57 Jahren — geht ein Postbeamter im Schnitt in Rente.

istungsgerecht“ bleiben, sich als „Leistung für Gegenleistung“ deutlich von der Sozialhilfe unterscheiden. Die Existenzbedrohung durch Hunger und das Absinken in für jedermann erkennbares Elend, wie sie in der Sozialhilfe als Prinzip festgehalten ist, soll den Zwang zur Arbeit für jung und alt in der Gesellschaft aufrechterhalten.

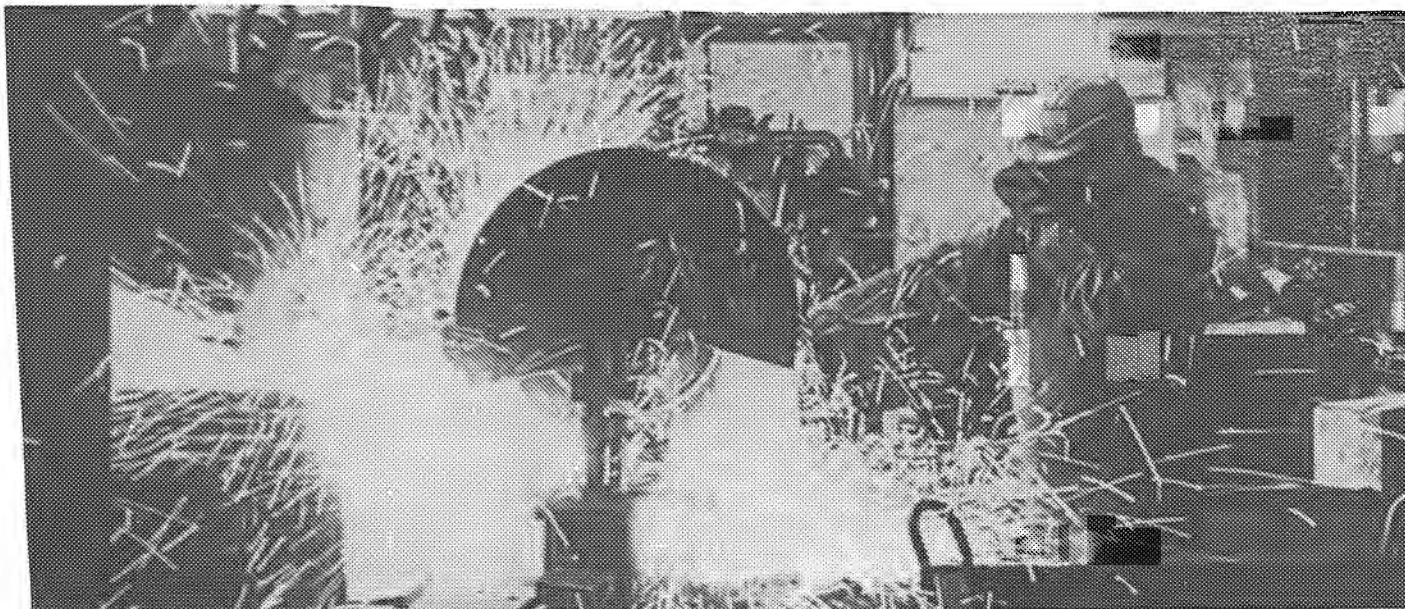
Rentenalter und Rentenhöhe flexibel

Der zweite Eckpunkt der Blümschen Reform: Die Altersgrenzen für eine vorzeitige Rente von derzeit 63. Lebensjahren bei Männern bzw. 60. Lebensjahren bei Frauen sollen ab Ende der 90er Jahre stufenweise für beide Geschlechter bis zum Jahr 2001 auf 65 Jahre angehoben werden; wer dann noch vorzeitig Rente beziehen will, müßte bedeutende Abschläge bei der Rentenhöhe in Kauf nehmen. Um die „Lebensarbeitszeit zu flexibilisieren“, soll es möglich sein, eine sogenannte Teilrente zu beziehen; arbeitet jemand nach dem 60. Lebensjahr z.B. nur noch die Hälfte der regulären Arbeitszeit, so könne er die Hälfte seiner späteren Rente beziehen.

Nun ist das gesetzliche Rentenalter keine aus biologischen Gegebenheiten des Menschen abgeleitete Größe, sondern eine aus den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals entwickelte politische Entscheidung. Die Anfang der 70er Jahre eingeführte Möglichkeit der vorzeitigen Rente hat den Kapitalisten erlaubt, die Arbeitsintensität auf enorme Höhen zu steigern. Ältere, nicht mehr zu Dauerhöchstleistungen fähige Beschäftigte konnten von den Firmen auf Kosten der Rentenversicherung abgeschoben werden. Diese für das einzelne Kapital recht einträgliche Methode der Auslese der Arbeitskraft hat allerdings die für die Kapitalistenklasse insgesamt unannehmable Folge, daß der Anteil der Arbeiterbevölkerung wächst, der aus dem Arbeitsmarkt ausgeschieden mehr oder minder auskömmlich von Versicherungsleistungen lebt. Die bürgerliche Fachwelt entdeckte also die sogenannte demographische Krise in der Rentenversicherung, in der platten Demagogie so umschrieben: „Immer weniger Beitragszahler müssen für immer mehr Rentner aufkommen“.

Nun ließen sich zur deswegen nötigen Steigerung der Beitragseinnahmen allhand Maßnahmen denken: Sonderabgaben in die Rentenkasse von jenen Firmen, die meinen, sie müßten unterdurchschnittlich ältere Leute beschäftigen; gesteigerte Beitragssätze für die Kapitalisten in den Branchen, in denen das Rentensystem besonders niedrig ist. Ebenso denkbar: höhere Abgaben bei Arbeitsumständen, die anerkannt zu frühzeitigem Verschleiß führen wie z.B. Schichtarbeit. Blüm denkt allerdings streng „angebotsorientiert“: Durch niedrigeres Rentenniveau und Abschläge bei vorzeitiger Rente liegt das Risiko des vorzeitigen Verschleißes ausschließlich beim Beschäftigten.

Hier liegt ein weiterer Grund, warum Blüm an der bestehenden Rentenformel festhalten will. Da die Rentenhöhe abhängt vom früheren Arbeitslohn, ergibt sich automatisch eine gewünschte soziale Differenzierung. Wer in der Betriebs-hierarchie weiter oben steht, wird von Blüm umschmeichelt: „Sanfter Ausklang durch schrittweises Sichzurückziehen aus Verantwortung unter Beibehaltung des Erfahrungsschatzes“, hier mag „Teilrente“ tatsächlich als Abwechslung im „erfüllten Lebensabend“ erscheinen, während andere, die wenig verdienten, keinen Posten hatten, sondern verschlissen wurden, sich mit Dienstboten-tätigkeit und ähnlichen im Alter noch vollends aufreiben sollen.



Ordnungspolitische Vorstellungen der CDU werden immer mehr zur Wirklichkeit: Schroffe soziale Spaltung in der Arbeitshierarchie, die in der inhumanen Behandlung alter Menschen, die nicht zu den besseren Schichten gehören, ihre Fortsetzung findet.

Blüm sieht als weitere Maßnahmen zur schroffen Differenzierung bei den Renten vor: Neubewertung der sogenannten „Ausfallszeiten“. Die Beschränkung der Anrechnung von Schul- und Hochschulbesuch nach dem 16. Lebensjahr auf höchstens neun Jahre wird zwar die Rentenfinanzen aufbessern, bei den künftigen Akademikerrenten aber kaum zu spüren sein — zumal hier zunehmend private Lebensversicherungen und Betriebsrenten für beträchtliche Aufbesserungen sorgen. Dagegen wird all denen, die unstatig beschäftigt sind, mit vielen Zeiten der Arbeitslosigkeit, die vorgesehene nochmals geringere Berücksichtigung in der Rentenformel zur Verelendung im Alter führen.

Eine Belastung der Kapitalisten mit den durch ihr Nachfrageverhalten verursachten „demographischen Folgen“ soll vermieden werden, obwohl absehbar die Rentenversicherung 1990 oder 1991 an den Rand der Zahlungsfähigkeit geraten wird. Stattdessen soll, wie von den Kapitalistenverbänden gefordert, der Zuschuß aus dem Bundeshaushalt (derzeit knapp 18% der Ausgaben) deutlich angehoben werden. Da bereits angekündigt ist, daß Leistungskürzungen entsprechend denen in der gesetzlichen Rentenversicherung auch bei Beamtenpensionen und der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst folgen sollen, wären entsprechende Geldmittel zur Sanierung der Rentenkassen ohne Belastung der Kapitalisten freigesetzt.

Fixierung der Geschlechterrollen

Da die Rentenformel nicht nur nach der Lohnhöhe, sondern auch nach der Dauer der Beitragszahlungen differenziert, wirkt sie stark geschlechtsspezifisch: Die Renten von Frauen sind also zum einen wegen der im Schnitt niedrigeren Frauenverdienste geringer, zum anderen

schlagen sich längere Zeiten der Kindererziehung rentenmindernd nieder. Der Vorschlag Blüms enthält nun — man hört, vor allem auf Drängen von Frau Süßmuth — eine weitergehende Berücksichtigung der Zeiten für Kindererziehung. So soll künftig bei Frauen, die wegen Erziehung eines Kindes bis zum fünften Lebensjahr nicht erwerbstätig sind, diese Zeit so bewertet werden, als ob sie 75% vom Durchschnittseinkommen verdient hätten (sogenannte Kindererziehungsjahre, bisher drei Jahre beschränkt auf Frauen der Geburtsjahrgänge 1907 bis 1911). Statt gesellschaftlicher Einrichtungen zur Kinderversorgung, die eine Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kleinkindern ermöglichen, wird die Kinderversorgung als Aufgabe der Frau in der Familie verfestigt.

Pflegefälle in der Familie erledigen

Ebenfalls von Frau Süßmuth soll der in dem Blüm-Entwurf enthaltene Vorschlag stammen, in die Rentenversicherung sogenannte Pflegejahre einzuführen. Denkbar sei, Zeiten, die mit der (unentgeltlichen) Pflege von Angehörigen zugebracht werden, wie Kindererziehungsjahre zu bewerten, möglich sei aber auch, daß die Kommunen Beiträge für solche Pflegepersonen in die Rentenversicherung zahlen, da sie dadurch ja von Sozialhilfe entlastet würden. Die CDU hat entdeckt, daß von den etwa 45- bis 60jährigen verheirateten Frauen immer weniger, nachdem die Kinder erwachsen sind, auf den Arbeitsmarkt zurückstreben, die Erwerbstätigkeit in diesen Altersgruppen vielmehr sinkt. Die Mobilisierung dieser Frauen für die Pflege ihrer Eltern — wäre das nicht echt christlich-familienfördernd? Und billiger als ein entsprechendes Angebot an Pflegeeinrichtungen durch die Kommunen allemal.

Die SPD will mitmachen

Blüm hat seit langem signalisiert, daß er eine Zustimmung der SPD zur Rentenreform wünscht, und die SPD hat erst jüngst in der Haushaltsdebatte bekräftigt, daß sie dazu bereit sei. Eine Zustimmung liegt bereits vor zur Anpassung der Renten an die Nettolöhne, zur Flexibilisierung des Rentenalters, auch die Erhöhung des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung ist eine SPD-Forderung. Was als besondere „sozialdemokratische Komponente“ bleibt, ist kaum ausreichend, eine Opposition gegen Blüm zu begründen: Mit der „Rente nach Mindesteinkommen“ sollen in Anlehnung an eine bestehende Regelung niedrige Renten von Frauen aufgestockt werden. Persönliche Einkommen, die zwischen 50 und 75% des Durchschnittslohnes liegen, würden mit 75% in der Rentenformel veranschlagt werden, entsprechend für Teilzeitbeschäftigte ab 25% auf 37,5%, allerdings wären mindestens 25 Versicherungsjahre Voraussetzung.

*

Unter dem Motto „verteidigt das bestehende Rentensystem“, mit dem die SPD liebäugelt, ist kein Widerstand gegen die Absicht der CDU-Reaktionäre zu leisten. Das bestehende Rentensystem enthält keine Mindestabsicherungen, und so kann Blüm es benutzen, um die soziale Differenzierung im Alter noch schroffer zu gestalten und die Aussicht auf Armut, Hunger, Siechtum und elenden Tod auf die Arbeiterbevölkerung wirken lassen.

Quellenhinweis: Handelsblatt, 21.9.88; Bundestagsprotokoll 11/91, 8.9.88; Stuttgarter Nachrichten, 21.9.88; Südd. Zeitung, 24.9.88; Stuttgarter Zeitung, 24.9.88 — (alk)

Ausländische Arbeiter Ruhrkohle Vorreiter bei Abschiebungen

Anfang September wurde bekannt, daß das neue „Rückkehrhilfeprogramm“ der Ruhrkohle AG (RAG), mit dem ausländische Arbeiter zur Rückkehr in ihre Herkunftsländer gezwungen werden sollen, mehrere Punkte beinhaltet: 1. Vorruhestand, 2. Möglichkeit, im Herkunftsland vorzeitig Rente zu beziehen, 3. finanzielle Unterstützung bei Rückkehr, 4. Modell „Teilzeitarbeit“ (siehe Pol. Ber. 16/88). Das Rückkehrhilfegesetz 1983 griff vor allem in der Montanindustrie, und die RAG legte bereits 1986 ein eigenes, erfolgloses „Rückkehrprogramm“ auf.

Die „Angebote“ beinhalten immer einen Betrag zum Einkauf in die türkische Rentenversicherung, Erstattung der Umzugskosten sowie die Jahressonderzuwendungen (u.a. Weihnachtsgeld) für das Jahr des Ausscheidens. Die mit der Rückwanderung verbundenen Rentenverluste sind bei den Modellen verschieden und richten sich auch nach der individuellen Situation des Arbeiters (z.B. Dauer der Beschäftigung). Die „Angebote“ sind an eine Beschäftigung von mindestens 15 Jahren im Bergbau und/oder an ein Mindestalter von 43 (Bergleute können in der Türkei dann Rente beziehen) bzw. 45 Jahren gebunden. Damit ist für die RAG gewährleistet, daß nur ältere, durch harte Arbeit gesundheitlich verschlissene Arbeiter getroffen werden.

Die 9. Landesweite Konferenz antirassistischer Initiativen und Organisationen NRW forderte am 17.9. den Vorstand der RAG in einem offenen Brief auf, sein Abschiebeprogramm zurückzunehmen. Dort heißt es:

„Die von Ihnen vorgeschlagenen ‚Modelle‘ sind so ausgelegt, daß sie besonders auf Arbeiter aus der Türkei zielen. Das ‚Teilzeitarbeitsmodell‘ ist nach Angaben der Presse sogar direkt auf Vorschlag des türkischen Arbeitsministerium entstanden. Mit dem ‚Teilzeitarbeitsmodell‘ soll eine Rotation von hier lebenden ausländischen Arbeitern herbeigeführt werden, wie sie auch im Entwurf für ein neues Ausländergesetz von Innenminister Zimmermann für neu angeworbene Arbeiter vorgesehen ist. Diese Parallele ist sicher nicht zufällig, haben doch westdeutsche Konzerne schon ihren verstärkten Arbeitskräftebedarf für die 90er Jahre angemeldet. Dabei sollen dann ‚Ansprüche‘ ausländischer Arbeiter z.B. auf politische und gewerkschaftliche Rechte ... von vorherein unterbunden werden.“

Immer wieder wird von Ihrer Seite angeführt, daß die Inanspruchnahme ‚freiwillig‘ sei. Angesichts einer angekündigten Verschärfung des Ausländerrechts und damit zum Ausdruck gebrachter ‚re-

gierungs-offizieller‘ Ausländerfeindlichkeit, angesichts wachsender faschistischer Ausländerhetze kann von ‚Freiwilligkeit‘ nur noch zynisch die Rede sein. Gerade durch solche ‚Angebote‘ wird von Ihrer Seite Ausländerfeindlichkeit geschürt: Die RAG hat angekündigt, bis Mitte der 90er Jahre mindestens 20000 Arbeitsplätze abzubauen. Durch solche ‚Angebote‘ wird dann darauf gesetzt, deutsche Arbeiter gegen ausländische Arbeiter aufzubringen. Dabei nehmen nicht etwa die ausländischen Arbeiter die Arbeitsplätze weg, sondern die RAG baut diese Arbeitsplätze ersatzlos ab.“

Seitens der IGBE wird betont, daß solche „Angebote“ nicht zu verhindern seien und Gewerkschaft und Betriebsrat nur noch die ausländischen Kollegen beraten könnten. In der AG „Ausländerpolitik“ auf der Antifa-Konferenz wurde es als Mangel bei der Kritik der Ausländergesetze empfunden, daß die Absichten und Interessen der Konzerne an Ausländerbeschäftigung wenig angegriffen werden. — (syb)

Nach Ramstein Scholz kommt unter Druck

Der Tod von 70 Menschen bei militärischen Einsätzen kann und darf einen anständigen Militär nicht ernsthaft erschüttern; seine Aufgabe ist es, mit ganz anderen Verlustraten zu planen. Insofern



Minister Scholz

mochten die in Nörvenich versammelten Offiziere und Generäle trotz der Ramsteiner Publikumsvernichtung den Ablauf ihres Flugtages einschließlich Saufen und Tanzen nicht in Gefahr bringen. Schließlich waren Flugtag und Fliegerfest in Nörvenich befohlen. Aber trotzdem sind inzwischen zwei der verantwortlichen Herren versetzt bzw. im Ruhestand, und die Führung der Luftwaffe steht mit dem Rücken zur Wand. Ein Feind nämlich war übersehen worden: die eigene Bevölkerung. Der breite Protest gegen Tiefflugmanöver wegen des

Lärms und der häufigen Abstürze hatte schon im Vorfeld der Flugtage die Forderung nach Abblasen der Veranstaltungen unüberhörbar gemacht. Nach dem Absturz in Ramstein bewiesen die verantwortlichen Offiziere auf die öffentliche Betroffenheit hin „nicht den kleinsten Hauch von Sensibilität“, so das einhellige Presseurteil. Die Luftwaffenführung, mit dem öffentlichen Druck überfordert, veranstaltete stattdessen schließlich eine skurrile Pressekonferenz mit einem Luftwaffengeneral in cognito, der erklärte, mit der Ablösung der beiden Kommandeure müsse die bedauerliche Sache abgeschlossen sein.

Natürlich gerät auch Scholz unter Druck. Flugtage will er generell nicht verbieten, bloß Akrobatik. Ansonsten soll der Ramstein-Vorfall gründlich untersucht werden, obwohl bereits jetzt feststeht, daß Sicherheitsbestimmungen durch den Publikumsüberflug eindeutig verletzt und keine Vorkehrungen für größere Unfälle getroffen worden waren. Auf der Flucht nach vorn hat Scholz den Weltkrieg-Flieger und Kunstfluggegner Steinhoff zum Vorsitzenden einer Kommission gemacht, die „die Grenzen und Kriterien zwischen Kunstflug, militärischem Flugbetrieb und der üblichen Einsatzausbildung“ untersuchen soll — wohl mit dem Ziel, mindestens die beiden letzteren Bereiche für unantastbar zu erklären. Wie stark Scholzens Not ist, zeigt seine Bereitschaft, möglicherweise weitere Luftwaffenführer zu feuern, wie es die SPD verlangt. Mit der Klärung von offenen Nörvenich-Fragen hat er den Wehrdisziplinaranwalt der Marine beauftragt — ein deutlicher Affront gegen die Luftwaffe. Scholz will seine Position behaupten und öffentlich nicht in die Offiziers-Kameraderie verstrickt werden.

Bleibt zu hoffen, daß sich diese Vorgänge weiter dämpfend auf die ohnehin für die Armee viel zu niedrigen Freiwilligenmeldungen auswirken. — (jok)

Flexibilisierung IG Metall gegen Sonntagsarbeit

Spät läßt sich die IG Metall jetzt auf den Kampf um das Sonntagsarbeitsverbot ein. Es hat erst einiger spektakulärer Entwicklungen bedurft, der Einführung der Sonntagsarbeit bei IBM und der Öffnung eines Teils der SPD für die Freigabe der Maschinenlaufzeiten. Dabei ist die Sache nicht neu. Die Sonntagsarbeit hat kontinuierlich zugenommen, und die Regierungskoalition hat schon in der letzten Legislaturperiode den Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes eingebracht, der diese Entwicklung legalisieren soll. Schließlich hat es seit Jahren mannigfache Versuche gewerkschaftlicher Körperschaften gegeben, die Bundestags-

fraktionen mit Kritik an Sonntags- und Nachtarbeit zu konfrontieren und innerhalb der Gewerkschaft den Widerstand anzuschieben. Beim Vorstand ist das lange ohne große Resonanz geblieben.

Das ändert sich jetzt. Mitte September hat die IG Metall in Stuttgart eine Tagung gegen Sonntagsarbeit durchgeführt. Mitglieder des Vorstands haben dort die Ausdehnung der Sonntagsarbeit als wirtschaftliches Interesse des Kapitals kritisiert und die angeblichen technologischen Zwänge für mehr Sonntagsarbeit zurückgewiesen. Sie haben sich auch gegen die einschlägigen politischen Vorhaben gewandt. Karl-Heinz Janzen, der zweite Vorsitzende, hat angekündigt, die IG Metall werde mit allen geeigneten Mitteln gegen das geplante neue Arbeitszeitgesetz vorgehen.

Schon einen Monat zuvor hatte Klaus Zwickel vom IGM-Vorstand in einem Interview darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften in der EG angesichts der Flexibilisierung im Zug des EG-Bin-

nenmarktes ein Programm sozialer Mindeststandards verfolgen müßten, und hat dabei auch das Verbot der Sonntagsarbeit genannt. (2) Es sieht also so aus, als ob an dieser wichtigen Front gegen die Deregulierungspolitik des Kapitals und der politischen Reaktion Fortschritte des Widerstands möglich seien. In der gewerkschaftlichen Politik müßten dazu aber Weichen gestellt werden, tarifpolitisch (keine neuen Verhandlungen über Arbeitszeit ohne Beschränkung der Betriebszeiten) und politisch (Konzentration der Kräfte auf die Verhinderung der Freigabe der Sonntagsarbeit wie auch der Nachtarbeit für Arbeiterinnen).

Eine kritische Rückbesinnung auf die eigene Politik bezüglich der Maschinenlaufzeiten ist auch für die IG Metall nötig. Franz Steinkühler hat nun auf der jüngsten Bundesfrauenkonferenz der IG Metall eher das Gegenteil getan und die Praxis der IGM aus jeder Kritik herausgeschönt: Die IG Metall sei bislang noch die einzige Gewerkschaft im Internatio-

nalen Metallarbeiterbund, die stark genug sei, den Forderungen der Arbeitgeber nach Wochenendarbeit und längeren Maschinenlaufzeiten zu widerstehen. „Wenn bei uns der Damm bricht, dann werden die anderen Länder rücksichtslos überflutet“. (3) Man sollte aber nicht vergessen, daß die IGM vor nicht allzu langer Zeit die angeblichen technischen Zwänge für Vollkontinuität in der Stahlindustrie geschluckt hat. Heute arbeiten Stahlunternehmen an Verfahren, um am Wochenende abzuschalten. Hat die Zustimmung der IGM zur Vollkontinuität vielleicht international keine Maßstäbe bezüglich der Maschinenlaufzeiten gesetzt? Weihrauch über die eigene Politik ist jedenfalls nicht am Platz, wenn jetzt gegen die Sonntagsarbeit Ernst gemacht werden soll. Einige deutliche Korrekturen müssen schon sein.

Quellen: (1) HBI. 16.9.88; (2) dpa-„Sozialpolitische Nachrichten“ 15.8.88, siehe ND Stahl- und Metallindustrie 35/88; (3) StN 24.9.88 — (rok)

Demonstration gegen IWF in Westberlin

Schuldenstreichen — Solidarität mit den unterdrückten Völkern

Nach wie üblich untertriebenen Angaben der Polizei 25000, nach Schätzung der Veranstalter 80000 Menschen demonstrierten am 25.9. gegen die IWF-Tagung. „IWF und Weltbank organisieren die Armut der Völker — Schuldenstreichen sofort“ war die Hauptforderung. Der Hunger, das Elend, die ungeheure Kindersterblichkeit, das Karussell von Militärdiktatur und demokratischen Regierungen, die zu sozialen Maßnahmen unfähig sind und dadurch ihre Basis verlieren, in so vielen Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerika hatte die Menschen empört: Gegen die IWF-Aufgabenpolitik, gegen die Schuldknechtschaft der Länder, für eine neue Weltwirtschaftsordnung. Das Bild der Demonstration wurde geprägt durch die vielen Initiativen zur Unterstützung von Bewegungen der unterdrückten Völker:

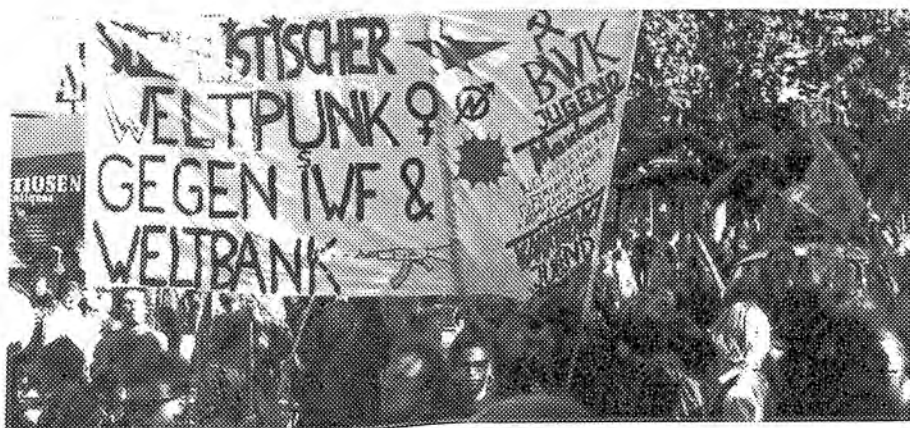
Solidarität mit Nicaragua, Aufkündigung des deutsch-brasilianischen Atomvertrags, Amis raus aus Korea, Pinochet am Galgen, gegen Verelendung und Massenverhaftungen in der Türkei, Waffen für El Salvador. Unterstützung für das kämpfende palästinensische Volk drückt der autonome Block durch die Uniformierung mit PLO-Tüchern und der Forderung nach Beendigung der bundesdeutschen Zusammenarbeit und Förderung der Zionisten aus. Vereinzelt wurden deutsche Konzerne, Siemens, Daimler, und die Großbanken als Schuldige für das Elend der „Dritten Welt“ angegriffen. „IWF und Deutsche Bank im Bunde richten die Welt zugrunde“, hieß es auf einem Transparent. „Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt“ wurde gerufen.

Lunas Vargs. Vertreter der peruani-

schen Landarbeitergewerkschaft, sprach auf der Kundgebung: Wir müssen jeden Tag mehr Kaffee, mehr Baumwolle produzieren, und wir erhalten jeden Tag weniger für unsere Rohstoffe. Unsere Kinder sterben. Die Schulden können nicht bezahlt werden. Er lehnt in seinem Heimatland deshalb auch den Vorschlag der sozialdemokratischen Regierung ab, die wenigstens 10% des Schuldendienstes leisten will.

In der Abschlußrede der Aufrufer zur Demonstration sagte eine Vertreterin der Aktion Sühnezeichen: Die kapitalistische Wirtschaftsordnung ist untauglich. Sie hat eine mörderische Weltwirtschaftsordnung hervorgebracht. Ein neuer Internationalismus, der nicht zur Phrase auf 1.Mai-Kundgebungen verkommt, ist nötig. In der BRD führt sie zur Verödung ganzer Regionen, Ruinierung der Arbeiter mit Flexibilisierung der Arbeitszeit, zu patriarchalischer Unterdrückung der Frauen, Vergiftung des Essens, staatlicher Unterdrückung, Rassismus. Dagegen den Kampf zu organisieren ist der wichtigste Beitrag, den wir zur Unterstützung der Bewegungen in den unterdrückten Ländern leisten können, nämlich die kapitalistische Wirtschaft hier, wo sie ihre Wurzel hat, zu ersetzen.

Deutlicher als in der Abschlußkundgebung und der abgedruckten Erklärung, die vom fortschrittlichen Teil dieser Bewegung geprägt wurden, kamen die vielfältigen Strömungen, die in dieser Bewegung wirken, auf dem Gegenkongreß zum Ausdruck. Auch hier natürlich die Darstellung der verzweiften Lage in ihren Herkunftsländern von Teilnehmern aus u.a. Brasilien, Südafrika, Uganda, Peru, Chile, Argentinien, Südkorea, den Philippinen, Indien, die in die Forderung nach Loslösung vom Weltmarkt mündete. Lonas Vargas befürwor-



Mehrere zehntausend Menschen demonstrierten in Westberlin

Aus „Westberliner Erklärung“ des IWF-Gegenkongreß

Seit Jahren sind die Schuldnerländer der „Dritten Welt“ dem Krisenmanagement der internationalen Finanzinstitutionen IWF und Weltbank ausgesetzt. Gemeinsam mit den Banken und den Regierungen der Gläubigerländer arbeiten diese beiden Institutionen daran, die Schuldenkrise im Sinne ihrer Interessen zu entschärfen. Ihre Sorge gilt dem internationalen Kreditsystem und den langfristigen Profitinteressen der Gläubigerbanken ...

Wenn wir von Schuldenkrise sprechen, dann ist die Krise gemeint, in die die Bevölkerung der „Dritten Welt“ nicht zuletzt durch die Verelendungspolitik von IWF und Weltbank gestürzt wurde: Die Krise der verarmten Bevölkerung in den Städten, die ihr Leben von Tag zu Tag weniger vor den Folgen von Krankheit und Unterernährung schützen kann; der Kleinbauern, die durch Verarmung und Vertreibung ihrer Existenzgrundlage beraubt werden; der Frauen, die als Manövriermasse zwischen Erwerbs- und Subsistenzarbeit besonders brutal ausgebeutet und zunehmend zu Objekten von bevölkerungspolitischen Strategien und Sex-Tourismus gemacht werden. Und wir meinen die ökologische Krise, die durch die Last des Schuldendienstes und den damit verbundenen beschleunigten Raubbau an der Natur noch verschärft wird.

Besondere Bedeutung kommt der Rolle der BRD zu. Als eine der führenden neokolonialen Mächte (Weltexportmacht Nr. 1) ist sie eine Hauptnutznießerin der gegenwärtigen Verhältnisse. Gleichzeitig gehören die Lohnabhängigen der BRD aber zu den Betroffenen der Verelendungspolitik von IWF und Weltbank. Die zuneh-

mende Entrechtung und Verarmung der ArbeiterInnen in der „Dritten Welt“ begünstigt auch hier Lohnsenkungsstrategien des Kapitals und die Auslagerung von Arbeitsplätzen an die jeweils kostengünstigsten Standorte.

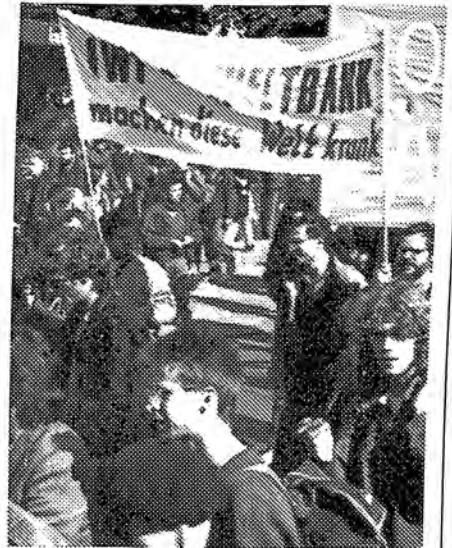
... Ein Schuldenerlaß allein wird diese Strukturen nicht verändern. In den Ländern der „Dritten Welt“ ist die Befreiung aus der Schuldknechtschaft aber eine unverzichtbare Voraussetzung für die Lösung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme, für die längst überfällige Suche nach neuen, selbstbestimmten Entwicklungswegen.

... Konditionierte Schulden- und Teilschuldenerlasse, auch wenn sie in „sozialem“ oder „ökologischem“ Gewand erscheinen, lehnen wir ab. Der Schuldentausch über „Debt to equity swaps“ oder „Debt to nature swaps“ (Umtausch in Kapitalbeteiligungen bzw. Naturschutzgarantien) ist ein neokolonialer Ausverkauf der letzten Reserven dieser Länder und ein Eingriff in ihre Souveränität.

... Gegen die mörderische Logik des Weltmarktes, gegen das Prinzip des maximalen Gewinns, gegen die Macht der Multis, Banken und diktatorischen Regierungen setzen wir die internationale Solidarität der Völker und ihrer Bewegungen.

... Die politische und wirtschaftliche Souveränität der Entwicklungsländer muß verwirklicht, ihre Abhängigkeit vom Weltmarkt, von transnationalen Konzernen und Banken ... muß beendet werden.

... Wir wissen, daß die Verwirklichung auch nur dieser allerdinglichsten Veränderungen nicht ohne tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzungen in den Industrieländern möglich ist ... Unser Widerstand richtet sich deswegen gegen die Verursacher von Ausbeutung, Hunger und Elend. Unser Kampf gilt den



Anti-IWF-Demonstration in Westberlin

bundesdeutschen Konzernen und Banken sowie einer Politik, die deren Interesse in diesem Land absichert und das bestehende kapitalistische Weltwirtschaftssystem stabilisiert. Unsere Solidarität mit den emanzipatorischen Bewegungen in der „Dritten Welt“ muß deshalb auf verschiedenen Ebenen in die politische Praxis umgesetzt werden: als konsequentes Engagement für neue Produktionsformen und Lebenszusammenhänge, in denen eine solidarische Lebenspraxis und ein neues, nichtausbeuterisches Verhältnis zur Natur angestrebt wird; als Kampf der Frauen gegen ihre Entmachtung und Entwürdigung durch patriarchale Strukturen; als grundsätzliche Infragestellung unserer Konsum- und Lebensweisen; als Fortsetzung und Intensivierung der politischen und materiellen Solidarität mit den sozialen, politischen und Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt“.

tete z.B. eine auf Deckung des Eigenbedarfs gerichtete Wirtschaft. In Peru seien in den reichsten Gebieten, wo Silber und Kupfer für den Export geschürft werden, die Menschen am ärmsten. Andererseits war bei den Teilnehmern an den zahlreichen Foren aus den Industriestaaten die Forderung nach vollständiger Schuldensstreichung umstritten. Elmar Altvater stellte sie in Frage, weil sie den Oligarchien zugute käme. Auf einem anderen Forum entwarf Ludger Vollmer, MdB der Grünen, ein Szenarium nach Streichung der Schulden, und Durchsetzung gerechter Austauschverhältnisse auf dem Weltmarkt: Es bleibe nur der Konsumverzicht oder ein harter Verteilungskampf. Er fragte sich, ob der DGB die Forderung nach vollständiger Schuldensstreichung noch nicht erhoben habe, weil er diesem Verteilungskampf nicht gewachsen sei. Diese Art Schulmeisteri der Arbeiterbewegung, die sich verhält-

nismäßig großer Beliebtheit erfreute, erstaunt um so mehr, als Vollmer sich erst kürzlich direkt gegen vollständige Schuldensstreichung ausgesprochen hat. Wer soll den Arbeitenden diese Alternative von Kampf oder Konsumverzicht erklären, fragte er sich. Ingomar Hauchler, MdB der SPD, schloß sich dieser Frage bereitwillig an: Müßte nicht der Staat einen Bankenkrach abwenden, würden nicht die Lasten der Schuldensstreichung zwangsläufig durch Steuern auf die Lohnabhängigen abgewälzt? Schenajew aus der UdSSR schlug 30% Schuldensstreichung vor. J. Uexküll erklärte die Schulden für einen papiernen Aberglauben, der Millionen Menschen töte. Ihre Streichung täte niemanden weh. P. Singer aus Brasilien wandte dagegen ein: Seine Regierung sei nur für Moratorien, da die Streichung die Eigentumsfrage aufwerfe, die Frage nach dem, was mit den inländischen Gläubigern und

Schuldern z.B. wird. Schuldensstreichung hieße auch Zinsverlust. Wer soll das tragen. Die Banken, die seien teils nur Vermittler. Die Einleger, die Aktionäre? Das werde auf Widerstand stoßen. Soweit das Podium. Aus der Zuhörerschaft wurde wenigstens klargestellt, daß die Schulden gestrichen werden müssen, weil die Schuldknechtschaft eine Art Sklavenhalterei ist, daß eine Schuldensstreichung unter 50% nichts ändert, weil schon jetzt nicht mehr bezahlt wird.

Vom 26. bis 29.9. werden Aktionen gegen z.B. Siemens, Schering und die Bekleidungsfirma Adler, die gegen ihre streikenden Arbeiterinnen in Südkorea äußerst hart vorgegangen ist, durchgeführt. Die Autonomen, die den Gegenkongreß abgelehnt hatten, tragen die Aktionen mit. Die Polizeiunterdrückung konzentriert sich auf diese Aktionen

— (chk)

Memminger Massenverfahren

Prozeß geht weiter. Ziel: Kriminalisierung jeder Abtreibung

Die große Demonstration am 10.9. in Memmingen gegen den § 218 hat die Reaktionäre gezwungen, sich öffentlich zu äußern. Eine Presseschau einiger wichtiger überregionaler Zeitungen zeigt, daß die Memminger Justiz unter erheblichem Rechtfertigungsdruck steht: „Richter sein in Memmingen“ (Rheinischer Merkur Christ und Welt, 16.9.), „Unbehagen in München über Abtreibungsprozeß“ (Die Welt, 14.9.). Der Bayernkurier mit dem Artikel „Gegen das Leben“ (17.9.) und die Kirchenzeitung für die Diözese Augsburg wiederholen weiterhin den Spruch von der Notwendigkeit des Schutzes des ungeborenen Lebens. Und weil Dr. Theissen medizinisch kein Vorwurf gemacht werden kann, wird erneut der Vorwurf der Geldgier erhoben. Tatsächlich konnte sich der Arzt aufgrund der Rechtslage die Abtreibungen nur privat bezahlen lassen.

Hier noch einmal die Fakten: Über 300 Frauen und ihre Partner, die den Instanzenweg bei einer Abtreibung aus einer Notlage heraus nicht eingehalten haben, wurden juristisch belangt. Im allgemeinen werden solche Verfahren wegen Geringfügigkeit eingestellt, nicht so in Memmingen. Dort wurden die Frauen und ihre Partner mit hohen Geldstrafen belegt. Die Strafverfolgung der Frauen wie auch des Arztes Dr. Theissen stützt sich auf die Patientenkartei, die aufgrund des Verdachts der Steuerhinterziehung beschlagnahmt wurde. In einem ähnlich gelagerten Fall war eine Ermittlung aufgrund von Patientendaten für rechtswidrig erklärt worden, da sie grundsätzlich Dritten gegenüber geschützt ist. Die Verteidigung versucht deshalb, die Einstellung des Verfahrens zu erreichen, bisher ohne Erfolg.

Seit dem 8.9.88 findet nun der Prozeß gegen Dr. Theissen statt. 156 bereits abgeurteilte Frauen werden gezwungen, als Zeuginnen auszusagen, unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Letzteres sollte angeblich plötzlich dem Schutz der Intimsphäre der Frauen dienen, nachdem seit zwei Jahren Justiz und Polizei auf ihrer Intimsphäre herumgetrampelt sind. Eine Person ihres Vertrauens durften sie jedenfalls in die nichtöffentliche Verhandlung nicht mitnehmen. In jedem einzelnen Fall wollen nun die Richter im nachhinein darüber entscheiden, ob bei den Frauen eine Notlage vorgelegen hat, die eine Abtreibung aus ihrer Sicht gerechtfertigt hätte.

Die Rechtsanwältin B. Hörster, die einige der Frauen vertreten hat, führte auf ihrer Rede auf der Demonstration am 10.9. in Memmingen u.a. folgendes aus: „Nun prüfen leider die hier zuständigen

Staatsanwälte und Richter dieses Vorliegen der Indikationsstellung nicht nach ärztlicher Erkenntnis, beispielsweise der Erkenntnis des Herrn Dr. Theissen, sondern sie prüfen und werten nach ihrer eigenen Erkenntnis, und das ist unseres Erachtens rechtswidrig. Allerdings ist das nicht nur nach unserer bescheidenen Meinung so, sondern das ist BGH-Rechtsprechung seit dem Jahre 1985: „Es kann letztlich nur nachgeprüft werden, ob die Indikationsstellung nach ärztlicher Erkenntnis in der damals gegebenen Situation vertretbar erscheint oder nicht“ ... Die schwere Notlage im Sinne des § 218 ist ... als die *Gesamtheit der Lebensbedingungen* von Frauen definiert ... Sicher war es oft auch die *enge wirtschaftliche Lage*, die für Frauen die Notlage noch zuspitzte. Die wirtschaftliche



Bayerns Justizministerin Berghofer-Weichner zu Vogel (SPD): Er solle helfen, die Gerichte „nicht dem Terror der Straße freizugeben“.

Lage war es jedoch nie allein. Das seelische Befinden interessierte Richter und Staatsanwälte, wie wir sie erlebt haben, jedoch nicht ... Genauso gilt dies für Äußerungen wie die Feststellung, daß DM 1 800 für eine sechsköpfige Familie doch durchaus ausreichen. Das lapidare In-den-Raum-stellen, daß die Betreuung des Kindes in Pflegefamilien, Kinderkrippen oder Kindergärten doch möglich sei, ist zynisch, wenn man sich die Anzahl der Krippenplätze, der Kindergartenplätze und die entsprechenden Wartezeiten betrachtet. Was halten Sie von dem Bemerkens: Frau müsse eben wie mit einem Kind, auch mit zwei Kindern von Sozialhilfe leben, allenfalls würden die Heiratschancen etwas vermindert. Und letztendlich kann das Kind ja immer zur Adoption freigegeben werden. Adoption als zumutbare Hilfe? Ist der

Zwang zur Leihmutterschaft zumutbar?“

Es handelt sich nicht um die Verbohrtheit einiger Allgäuer Juristen, wenn diese sich auf ein juristisch möglicherweise höchst anzweifelbares Unternehmen einlassen. Bayerns Justizministerin Mathilde Berghofer-Weichner erklärte zu Beginn des Jahres, sie halte es für „völlig ausgeschlossen“, daß die hohe Zahl der Schwangerschaftsabbrüche einer tatsächlichen Notlage entspreche. In Vorbereitung ist ein neues Beratungsgesetz zum § 218, Bayern plant ein Adoptionsgesetz, das den Frauen eine „Abnahme-garantie“ für ihr Kind gewährleisten soll. Die Kinder sollen — so die Bayerische Staatsregierung — unter Umständen auch als „Staatsmündel“ aufwachsen. Kommen da einem nicht Gedanken an vergangene Zeiten, „dem Führer ein Kind“?

Namhafte Vertreter der CDU/CSU, darunter solche Menschenfreunde wie der Verfechter der Todesstrafe Jäger haben erklärt, sie könnten einer Reform des Gesundheitswesens nur zustimmen, wenn keine Abtreibung aus Notlagenin-



dikation mehr von der Krankenkasse bezahlt werde. Im Faschismus stand ab 1943 auf Abtreibung die Todesstrafe. Es erscheint als ein Widerspruch, wenn diejenigen, die am lautesten für sich beanspruchen, das „Leben zu schützen“, mit dem Leben der betroffenen Frauen und ihrer Partner bzw. Ärzte nicht gerade zimperlich umgehen. In Wirklichkeit ist dies überhaupt kein Widerspruch, denn Lebensschützer wie Verfechter der Todesstrafe wünschen Eigentumsansprüche gegenüber Menschen statt Solidarität unter den Menschen.

Dr. Theissen und die anderen juristisch Verfolgten bedürfen kontinuierlicher Unterstützung. Die Memminger Frauen haben ein Konto eingerichtet: Spendenkonto § 218 Frauen in Not, Kontonr. 521 418 BLZ 731 607 44, Raiffeisenbank Memmingen. — (elf, rül)

Die Pläne der Reaktionäre zur Verschärfung des § 218

Süßmuth: Der Entwurf des Beratungsgesetzes

§1 Anspruch auf Beratung. Jede Schwangere hat einen Rechtsanspruch darauf, sich in allen die Schwangerschaft und Familienplanung betreffenden Fragen in einer Beratungsstelle nach § 218b Abs. 2 Nr. 1 des Strafgesetzbuches beraten zu lassen ...

§ 2, Ziel der Beratung. (1) Die Beratung dient dem Schutz des ungeborenen Lebens und der Sorge für die Schwangere. Sie wird mit dem Ziel angeboten, die Bereitschaft der Schwangeren zur eigenverantwortlichen Annahme des ungeborenen Lebens zu wecken, zu stärken und zu erhalten.

(2) Die Beratung soll dazu beitragen, eine im Zusammenhang mit einer Schwangerschaft bestehende seelische und soziale Not- und Konfliktlage zu bewältigen und das Austragen der Schwangerschaft sowie die Lage von Mutter und Kind erleichtern. Sie soll der Schwangeren helfen, eine eigenverantwortliche Entscheidung zu treffen, die der Verpflichtung gegenüber dem ungeborenen Leben und der besonderen Problematik des Schwangerschaftsabbruchs gerecht wird ...

§ 5 Zeitpunkt der Beratung ... (2) Im Falle des § 218a Abs. 2 Nr. 3 des Strafgesetzbuches darf die Feststellung nach § 219 Abs. 1 Satz 1 des Strafgesetzbuches erst nach der Beratung getroffen werden. (gemeint ist die ärztliche Feststellung einer „Notlagenindikation“ nach § 218a, wonach „ein Schwangerschaftsabbruch angezeigt ist“, um von der Schwangeren „die Gefahr einer Notlage abzuwenden“, Anm. d. Red.)

(Gesetzesentwurf des Familienministeriums Süßmuth)

CDU-MdB Friedmann, Verteidigungsausschuß

Mehr Tote durch Abtreibung als an der Weltkriegs-Front. „Die Zahl derer in der Union, die gegen die Gesundheitsreform stimmen werden, läßt sich leicht auf 60 verdoppeln.“ Das erklärte der CDU-Abgeordnete Dr. Bernhard Friedmann, einer der Wortführer von 29 „Abtreibungsrebellen“ in der Unions-Fraktion. Friedmann: „Die Abtreibung auf Krankenschein muß auf jeden Fall aus der Gesundheitsreform herausgenommen werden. Der Paragraph kann jedoch in der Reichsversicherungsordnung stehen bleiben ... Seit Kriegsende sind bei uns über 2 Mio. wehrlose Kinder im Mutterleib getötet worden. Das sind mehr, als Soldaten im 2. Weltkrieg umgekommen sind oder als vermißt gelten.“

Bild-Zeitung, 19.9.88

Bayerische Staatsregierung: Vollzug des Schwangerenberatungsgesetzes

„Inmitten der Sommerpause werden die Bayerischen Schwangerenberatungsstellen und deren Träger durch die Bayerische Staatsregierung auf dem Verordnungswege mit einer wesentlichen Veränderung der bisherigen Beratungspraxis konfrontiert, die die Regelungen eines Bundesberatungsgesetzes vorwegnimmt ... Es geht um die Gemeinsame Bekanntmachung des Innen- und des Sozialministeriums vom 4.7.1988 zum Vollzug des Schwangerenberatungsgesetzes, Änderung der Vergaberichtlinien der Landesstiftung ‚Hilfe für Mutter und Kind‘, Pressemitteilung des Bayerischen Justizministeriums vom 3.8.1988 ... Die neue Bekanntmachung enthält gegenüber der Bekanntmachung vom 23.5.78 folgende Regelungen nicht mehr ... 2.3. Hilfe bei Schwangerschaftsabbruch. In der alten Fassung war unter 3.7.2. eindeutig geregelt: ‚Da die Beratung auch der Sorge für die Schwangere dient (Art. 3, Abs. 1) muß auf ihre besondere Lage eingegangen und ihr auch dann geholfen werden, wenn

offen bleibt, ob sie sich für die Fortsetzung der Schwangerschaft entscheidet, ja selbst dann, wenn erkennbar wird, daß sie von dem Vorhaben eines Schwangerschaftsabbruchs nicht absieht.‘ Die neue Bekanntmachung enthält keine vergleichbare Regelung ... Die neuen Richtlinien enthalten nicht mehr die Verpflichtung, die Schwangere auf die gesetzlichen Leistungen u.a. nach §§ 196, 200e und 200 f (Übernahme der Kosten bei legalem Schwangerschaftsabbruch) RVO hinzuweisen ... Hilfe bei Schwangerschaftsabbruch findet auch in der neuen Bekanntmachung keine Erwähnung.“

(Presseerklärung von Pro Familia, LV Bayern e.V.)

Bayerische Staatsregierung: Aus dem Plan eines Adoptionsgesetzes

„Die Bayerische Staatsregierung hat am 10. November 1987 eingehend mögliche Maßnahmen zum Schutz des ungeborenen Lebens erörtert, die ergriffen werden können, um die nach wie vor erschreckend hohe Zahl von Abtreibungen aus ‚sozialer Notlage‘ zu vermindern. Hierzu hat das Staatsministerium der Justiz einen Vorschlag ausgearbeitet, der zum Ziel hat, durch ein im Gesetz vorgesehenes Adoptions- und Freistellungsangebot an die werdende Mutter einen Schwangerschaftsabbruch wegen sozialer Notlage zu verhindern ... Bereits im Jahre 1972 hatte die Arbeitsgruppe ‚Adoptionsrecht‘ des Kommissariats der deutschen Bischöfe vorgeschlagen, das Adoptionsrecht dahingehend zu ändern, daß die Schwangere schon vor der Geburt ihre Einwilligung in eine Adoption des Kindes geben könne ... Wegen schwerwiegenden Bedenken wurde eine solche Regelung im Adoptionsgesetz von 1976 nicht übernommen (BT-Drucks. 7/3061 S. 20) ... Im übrigen ist nach Art. 5 Abs. 4 des Europäischen Übereinkommens vom 24. April 1967 über die Adoption von Kindern (BGBl. 1980 II S. 1093; 1981 II S. 72) eine bindende Einwilligung der Mutter vor der Geburt nicht zulässig ... hat das Staatsministerium der Justiz folgenden Vorschlag ausgearbeitet: Der werdenden Mutter könnte im Rahmen der nach § 218b StGB vorgeschriebenen Beratung über öffentliche und private Hilfen zur Abwendung einer sozialen Notlage die verbindliche Zusicherung gegeben werden, daß ihr Kind — wenn dies innerhalb von sechs Monaten nach der Geburt beantragt und die Einwilligung in eine daraufhin angebotene Adoption erklärt wird — mit dem Ziel der Adoption in die Obhut von Adoptionsbewerbern, Pflegeeltern oder einer geeigneten Einrichtung genommen und die Mutter dadurch von ihrer Betreuungs- und Unterhaltungspflicht freigestellt wird ... Der Vorschlag geht ... davon aus, daß die soziale Notlage i.S. des § 218a Abs. 2 Nr. 3 StGB ... durch eine Adoption in zumutbarer Weise abgewendet werden (kann) ...“

(Stellungnahme des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz vom 14.12.1987 zum Plan eines Adoptionsgesetzes)

CDU-Frauenvereinigung: Aktion „Kleine Hände“

... ist es ganz besonders wichtig, daß schwangeren Frauen auch eine Perspektive für die Jahre nach der Geburt des Kindes eröffnet wird, sei es bei der Betreuung eines Kindes während des Behördengangs der Mutter oder die Unterstützung bei vielen Dingen, die die Ausbildung, die Arbeits- und Wohnsituation der jungen Mütter betreffen ... Die Frauenvereinigung hat bei der Initiative „Kleine Hände“ an die Gründung von Fördervereinen gedacht, wobei die Übernahme von persönlichen Patenschaften und die Einrichtung von Koordinationsstellen geplant ist, die in ständigem Kontakt mit den Beratungsstellen stehen, um gegebenenfalls vermittelnd tätig zu werden. Diese Koordinationsstellen sollen gleichzeitig Anlaufstelle sein für Menschen, die helfen wollen, also zum Beispiel Patinnen bzw. Paten und für Familien, die Hilfe brauchen ...

Leni Fischer, Landesvorsitzende der CDU-Frauenvereinigung NRW und MdB, in der Zeitschrift „Informationen für die Frau“, April 1988, S. 4f.

Demokratische Arabische Republik Sahara

Marokko nimmt Friedensplan der UNO für Westsahara an

Bechir Mustafa von der Frente Polisario und der marokkanische Außenminister Abdelatif Filali haben den bereits vor fünf Jahren von der UNO-Vollversammlung beschlossenen Friedensplan für die Westsahara „mit einigen Anmerkungen und Kommentaren“ angenommen. Der schon 1983 von der Organisation Afrikanischer Staaten OAU aufgestellte Plan sieht einen Waffenstillstand, die vorübergehende Unterstellung des phosphatreichen Wüstengebietes unter UNO-Aufsicht und die Durchführung eines Referendums über den Status des 250 000 Quadratkilometer großen Gebietes vor.

In ihren ersten Stellungnahmen zum Schritt Marokkos betonte die Frente Polisario zwei Bestandteile des Friedensplans, die Marokko bislang immer abgelehnt hatte und die auch jetzt noch nicht ausdrücklich zugesagt sind: Militär und Administration Marokkos müssen die Westsahara größtenteils verlassen haben, wenn das sahrauische Volk über seine Zukunft entscheidet; die Bevölkerung der Flüchtlingslager im Süden Algeriens — insgesamt etwa 180 000 Menschen — muß an dem Referendum beteiligt werden. Letzteres ist umso wichtiger, als Marokko in den letzten Jahren eine systematische Besiedlungspolitik der Westsahara mit insgesamt ungefähr hunderttausend Marokkanern betrieben hat.

Bis 1975 war die Westsahara, ein Land, so groß wie die Bundesrepublik, mit einer Bevölkerung zwischen einer viertel und einer halben Million — nicht volksgezählt! — eine spanische Kolonie. Dann wurde sie zum überwiegenden Teil an Marokko übereignet, der kleinere südliche Teil ging an Mauretanien. Einen Tag nach dem Rückzug Spaniens, am 27. Februar 1976, wurde in der Oase Bir Lehlou die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) ausgerufen. Tags darauf unterzeichnete der Provisorische Nationalrat eine provisorische Verfassung. Der Allgemeine Volkskongreß tritt seitdem alle drei Jahre zusammen, der letzte fand im Dezember 1985 statt.

Die sofort einsetzende Invasion durch die marokkanische Armee stieß auf den erbitterten, anhaltenden Widerstand der Sahrauis. Mauretanien schloß 1979 Frieden mit der DARS. Wegen der anhaltenden Aggression Marokkos öffnete Algerien seine Grenzen für die Flüchtlinge.

Das Interesse Marokkos an dem Stück Wüste bezieht sich vor allem auf die dortigen Rohstoffvorkommen. Die Westsahara birgt beispielsweise eine der größten Lagerstätten der Welt für Vana-

dium, eines strategisch wichtigen und sehr seltenen Rohstoffs, der vor allem in der Luft- und Raumfahrtindustrie zur Herstellung leichter und hitzebeständiger Legierungen verwendet wird. Bei Bu Craa fanden spanische Geologen zudem eine der bedeutendsten Stätten der Welt für Rohphosphat, das die Westsahara nach den USA, der UdSSR und Marokko zum viertgrößten Phosphatproduzenten und zweitgrößten Phosphatexporteur nach Marokko machen würde. Würde — denn schon vor dem marokkanischen Einmarsch hatte die Frente Polisario die Ausbeutung der Phosphate mehrfach durch Überfälle gestört. 1974 vernichtete sie zwei Kontrollstellen am Förderband, später wurde das ganze Band gesprengt. Es kam zum Stillstand, die Produktion brach zusammen, die Arbeiter flohen vor der bevorstehenden Invasion Marokkos. In den folgenden Jahren ge-

zu zerstören. Hinter diesen Wällen leben heute noch etwa 50 000 Sahrauis unter schwierigsten Bedingungen. Sie werden von den Besatzern genauestens überwacht, und das Verschwinden von Menschen ohne jede Gerichtsverhandlung ist an der Tagesordnung. Die wenigen, denen es gelang, aus den marokkanischen Gefängnissen wieder frei zu kommen, berichteten über grausamste Folterungen, Vergewaltigungen und Morde.

Rüstungsausgaben machen den größten Teil des marokkanischen Haushalts aus. Die letzte auffindbare Zahl stammt aus dem Jahr 1984 und betrug 2,5 Milliarden US-Dollar. Das sind immerhin 6,8 Millionen Dollar für jeden Tag des Saharakrieges. Die hohen Kosten des Eroberungskrieges und verfehlte Investitionsprojekte in den exportorientierten Wirtschaftszweigen führten seit Mitte der siebziger Jahre zu einer Verzehnfachung der marokkanischen Auslandsschulden. Seit 1983 ist Marokko zur planmäßigen Rückzahlung der geliehenen Gelder nicht mehr in der Lage und ringt mit seinen Gläubigern um immer neue Umschuldungsvereinbarungen. Die wichtigsten Kreditgeber sind französische, amerikanische und bundesdeutsche



Flüchtlingslager der Sahrauis im Süden Algeriens

lang es der Frente Polisario, jede nennenswerte Produktion in Bu Craa zu verhindern, wenigstens sechs Jahre lang wurde kein Phosphat mehr abgebaut. 1980 wurde der Betrieb völlig eingestellt.

Mit massiver militärischer Hilfe, vor allem aus Frankreich und den USA, aber auch aus der Bundesrepublik, hat Marokko seine Armee aufgerüstet und den Krieg eskaliert. Seit 1982 versuchen die Truppen König Hassans, Teile der Westsahara durch den Bau von Befestigungswällen gegen die sahrauischen Kämpfer abzuschotten. Diese inzwischen rund 2000 Kilometer langen Mauern schließen heute zirka zwei Drittel der Westsahara ein. Eine militärische Entscheidung konnte Marokko aber auch damit nicht erzwingen. Den Sahrauis gelingt es immer wieder, große Teile der Mauern

Privatbanken, öffentliche Kreditgeber des „Pariser Clubs“, dem auch die Bundesrepublik neben zehn weiteren Ländern angehört, der Internationale Währungsfonds und einige konservative arabische Regierungen. Die IWF-Kredite sind dabei zwar vom Umfang her relativ unbedeutend, aber von hoher strategischer Relevanz, weil sie an soziale und politische Auflagen gebunden sind und eine Art Rückhalt für andere Gläubiger bilden. Wie in den meisten Schuldnerländern bestanden die vom IWF diktierten Maßnahmen in Marokko aus: Senkung der staatlichen Subventionen für Grundnahrungsmittel, Anhebung der Schul- und Studiengebühren, Stopp des Ausbaus von Schulen und Krankenhäusern.

Die etwa 180 000 Sahrauis, die den Besatzern entkommen sind, haben das

Leben in den Flüchtlingslagern in Algerien zwar stets als Übergangssituation, zugleich aber auch als Ausgangspunkt für den Aufbau ihres eigenen Staates begriffen. Unter härtesten klimatischen Bedingungen und in einer Situation extremen Mangels haben sie in den Lagern ein Gesundheits- und Schulwesen geschaffen, das in Afrika als beispielhaft gelten kann. Sie haben eine kleine Handwerksproduktion aufgebaut und — mitten im unwirtlichsten Teil der Sahara — sogar Gärten angelegt, um einen möglichst großen Beitrag zu ihrer eigenen Versorgung zu leisten.

Das Schulsystem gilt als eines der bestfunktionierenden Afrikas. Für Kinder vom ersten bis zum sechsten Lebensjahr, deren Eltern den ganzen Tag in den Lagern beschäftigt sind, stehen Kindergärten zur Verfügung. Alle Kinder im Alter von sechs bis zwölf Jahren sind eingeschult. Neben dem Arabischen lernen sie Spanisch als Fremdsprache, darüber hinaus Naturwissenschaften, Geographie und Geschichte. An die Schulen sind die Berufsschulzentren angeschlossen, in denen sich die Kinder zu Schlossern oder Lehrerinnen, Elektrikern oder Textilfacharbeiterinnen ausbilden können. Auch Sport, Spiel und kulturelle Aktivitäten nehmen einen großen Teil des Schulalltags ein. Die Schulen selbst sind meist mit Speisesälen, Bibliotheken, einer Krankenstation, einer Wäscherei und einer Fabrikationsstätte zum Beispiel für Kinderbekleidung ausgestattet.

Trotzdem ist der Mangel nach wie vor groß. Die Sahrauis legen großen Wert darauf, jede vom Ausland kommende Hilfe selbst zu verwalten und das Leben in den Lagern selbst zu organisieren. In Lagerkomitees mit verschiedenen Zuständigkeitsbereichen wie Schule, Gesundheit, Handwerk, Versorgung, Justiz und so weiter planen und entscheiden alle erwachsenen Lagerbewohner mit. Die Frauen spielen dabei die zentrale Rolle. Ihre Stellung in der sahrauischen Gesellschaft war schon zur Nomadenzeit viel stärker als in anderen islamischen Ländern. Nun, wo die Männer überwiegend im militärischen Kampf stehen, ist ein noch größerer Teil der öffentlichen Verwaltung in ihre Hände übergegangen.

Eines der größten Probleme in den Lagern ist die Ernährung. Der sahrauische Rote Halbmond spricht selbst von einer kontrollierten Unterernährung. Konkret heißt das, daß die Nahrungsrationen der ganzen Bevölkerung nicht die eigentlich notwendige Anzahl von Kalorien, Vitaminen und so weiter enthält, daß aber alte Leute, schwangere Frauen, Säuglinge, Kleinkinder und Kranke ständig besonders kontrolliert werden. Sie erhalten Zusatznahrung und Zusatzvitamine, sobald es sich als notwendig erweist.

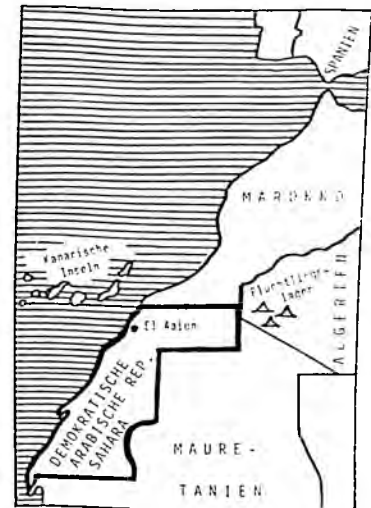
Um ansteckenden Krankheiten vorzubeugen, führten die Sahrauis ein eigenes

Impfprogramm durch, das auf den Impftabellen der Weltgesundheitsorganisation basierte. Mittlerweile sind nahezu hundert Prozent der Lagerbevölkerung geimpft. Ein weiterer Schwerpunkt im Rahmen der Gesundheitsvorsorge ist die strikte Einhaltung strenger Hygienevorschriften für Wasser und Lebensmittel. Gesundheit bedeutet für die Sahrauis aber auch die Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen. So zum Beispiel die Bereitstellung ausreichender Kleidung, von Decken und Zelten. Abfälle und Tierkadaver werden kilometerweit außerhalb der Lager verbrannt, um so der Entstehung und Ausbreitung von Krankheitserregern vorzubeugen.

Eine hervorragende Rolle spielt darüber hinaus die Aufklärung in den Lagern. Vortragsreihen, Filme, Dias und Ausstellungen informieren die Bewohner darüber, wie sich bestimmte Krankheiten äußern und wie sie sich davor schützen können.

Das Gesundheitssystem umfaßt die ambulanten Gesundheitsposten in den Lagern selbst, die Gesundheitszentren an den Schulen mit etwa 30 bis 60 Betten jeweils, die Regionalkrankenhäuser mit jeweils 60 bis 100 Betten und das Nationalkrankenhause mit über 400 Betten sowie eine auf Gynäkologie und Geburtshilfe spezialisierte Frauenklinik und ein Kinderkrankenhaus. Anfangs wurde das medizinische Personal im Ausland ausgebildet und kehrte von dort mit wenig brauchbaren Kenntnissen zurück. Die ganze Medizintechnik, auf der die Ausbildung vielfach aufbaute, war ja in den Lagern nicht vorhanden. Jetzt bilden die Sahrauis selber aus, und zwar für die anfallenden Bedürfnisse — Krankheiten, die etwa das Wüstenklima mit den extremen Temperaturschwankungen mit sich bringt, saisonale Krankheiten und so weiter. Ärzte und Ärztinnen müssen allerdings nach wie vor im Ausland studieren.

Im wesentlichen organisiert die Gesellschaft der Freunde des Sahrauischen Volkes die Aufklärung der westdeutschen Bevölkerung über den vergessenen Krieg in der Wüste, die Solidarität mit den Sahrauis und die Unterstützung mit Geld und Hilfsmitteln. Eine wichtige Aktion in diesem Jahr war die Einladung von 55 Kindern aus den Lagern in die Bundesrepublik, unter anderem nach Hamburg, Hannover und München, verbunden mit entsprechender Aufklärungs- und Informationsarbeit. Unterstützt durch zahlreiche Spenden sowie Kreisjugendringe, den Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder und die Falken wurden die Zehn- bis Zwölfjährigen kostenlos ärztlich und zahnärztlich betreut und gesund und vitaminreich ernährt. Zum ersten Mal in ihrem Leben sahen sie Berge, Seen, Wälder und das Meer. Bitter vermerkten die Betreuer: „Die Westsahara, unsere Heimat, hat 1000 Kilometer Küste, feinsten Badestrand. Vor 1975 waren die Eltern dieser Kinder teil-



weise Fischer. Man machte Schiffsreisen zu den 150 Kilometer entfernten Kanarischen Inseln. Heute muß man uns in einen anderen Kontinent einladen, damit wir den Kindern das Meer zeigen können.“

Spenden für die Arbeit der Gesellschaft der Freunde des Sahrauischen Volkes können überwiesen werden an: Hanni Bräuer/GFSV, Postgiro München, Konto 40670-803.

Quellenhinweis: Sahara-Info, verschiedene Ausgaben 1987 u. 1988 — (doz)

Türkei

Hoher Zuwachs beim Tourismus

Die Türkei sei noch touristisches Entwicklungsland und auf Jahre hinaus nicht in der Lage, den traditionellen Urlaubsländern Konkurrenz zu machen — so sieht es das Handelsblatt in seiner Beilage vom 24.5.1988 und gibt damit die Einschätzung der türkischen Regierung wieder. Diese hat erhebliche Anstrengungen unternommen, um das Tourismus-Geschäft in die Gänge zu bekommen. Werbefeldzüge vor allem in Europa und den USA gehören dazu, ebenso wie staatliche Beteiligung an Projekten wie Hotelbau. Jüngstes (und glücklicherweise gescheitertes) Beispiel war der Versuch der bundeseigenen Deutschen Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern (DEG), der Duisburger IFA AG, einer türkischen Unternehmensgruppe und des türkischen Staates, in dem letzten Brutgebiet der Meeresschildkröten im Mittelmeerraum einen Hotelneubau für 10,7 Mio. DM zu errichten. Die Gelder sollten überwiegend aus der BRD kommen, die türkische Regierung verfügte zwar „Umweltschutzaufgaben“, förderte aber das Vorhaben nach Kräften. Erst massive internationale Proteste sorgten für ein Ende der Bauarbeiten. Nun soll aus dem Gebiet mit eben jenen 10,7 Millionen DM ein Naturschutzgebiet gemacht werden.

Die Zahl der Touristen in der Türkei stieg von 300 000 1980 auf fast 3 Millionen 1987. Am stärksten vertreten sind die Westdeutschen. 2 Mrd. Dollar flossen allein im letzten Jahr durch den Tourismus ins Land. Zwar bezeichnet die türkische Regierung selbst die touristische Infrastruktur des Landes als noch schlecht (Strom- und Wasserausfälle in den Hotels, schlechter Service), dennoch haben die großen Ketten längst ihren Fuß in der Tür, nicht nur im türkischen Süden. Sheraton und Hilton verfügen in Istanbul über eine Kapazität von 900 Betten.

Hauptreisegebiet sind die Küsten an Ägäis und Mittelmeer. Bis vor wenigen Jahren waren sie gänzlich unberührt. Die Bevölkerung lebte (und lebt) vorwiegend vom Zitrusfrüchteanbau, der Landwirtschaft und dem Fischfang. Mittlerweile sieht man entlang den Küsten eine Baustelle neben der anderen, in den entlegensten Buchten ebenso wie in den Dörfern, die ungebremsst wachsen. Allein der Ort Kas am Süzipfel der Türkei beherbergt im Sommer dreimal so viele Touristen wie Einheimische. Innerhalb eines einzigen Jahres wurden dort 10 Hotels bezugsfertig gestellt. Zwar bleibt der Großteil der Tourismuseinnahmen bei den Tourismuskonzernen hängen, dennoch verdienen die Menschen im Süden mehr als anderswo, was bei der großen Armut von so großer Bedeutung ist, daß es kaum Widerstand gegen die Zerstörung der sozialen und ökonomischen Infrastruktur und der Natur durch den Tourismus gibt. — (Mak)

Kurdistan

Paktbildung gegen Befreiungskampf

Über den Fortgang der Kampfhandlungen in Süd-Kurdistan zwischen der irakischen Armee und den kurdischen Freiheitskämpfern liegen nur noch spärliche Nachrichten vor. Während das irakische Verteidigungsministerium behauptet, seit dem 6. September seien die Kämpfe angeblich eingestellt, registrierte die Türkei eine Woche später eine erneute Welle kurdischer Flüchtlinge aus dem Irak. Inzwischen sind über 100 000 kurdische Flüchtlinge in türkischen Zeltlagern notdürftig untergebracht. Zwar behauptet die türkische Regierung weiterhin, sie werde die Flüchtlinge „aus humanitären Gründen“ versorgen. In türkischen Zeitungen wird aber schon angekündigt, diese „humanitären Gründe“ würden nach dem Referendum über die Vorziehung der Kommunalwahlen am 25.9., für das die Regierung Özal mit der Aufnahme der Flüchtlinge Stimmen zu gewinnen sucht, hinfällig werden.

Tatsächlich mehren sich die Anzeichen für eine von den Imperialisten betriebene erneute Paktbildung zwischen

der Türkei, dem Iran und Irak gegen den kurdischen Befreiungskampf. Die von der türkischen Regierung errichteten Zeltlager werden bei Einbruch des Winters völlig unzureichend werden. Das weiß auch die türkische Regierung. Mit dem Vorwand, die Flüchtlinge ansiedeln zu wollen, hat sie bei den Imperialisten um jährliche Zahlungen von 300 Mio. Dollar nachgesucht. Sollten diese Zahlungen zustandekommen, so ist damit zu rechnen, daß das von der Regierung schon länger verfolgte Projekt der Umsiedlung der kurdischen Bevölkerung in von der Armee kontrollierte sogenannte „strategische Dörfer“ unter dem Vorwand der „Hilfe für Flüchtlinge“ beschleunigt wird. Gleichzeitig haben türkische Regierungsstellen damit begonnen, die irakischen Giftgaseinsätze zu dementieren. Türkische Ärzte hätten bei Untersuchungen der Flüchtlinge keinerlei Giftgasverletzungen festgestellt, teilte der türkische Verteidigungsminister Vuralhan am 17.9. mit. Zwei Tage später ergänzte ein Sprecher des türkischen Außenministeriums, man werde dem Wunsch der Vereinten Nationen, ausländische Experten zur Überprüfung der Vorwürfe gegen den Irak einreisen zu lassen, nicht stattgeben, weil dadurch „die Kompetenz der türkischen Ärzte in Zweifel gezogen“ werde. Auch Saudi-Arabien hat die Vorwürfe der UN gegen den Irak zurückgewiesen. Man stehe „voll hinter den irakischen Bemühungen, Frieden und Sicherheit und Stabilität in die arabische Golfregion zu bringen“, meldete die amtliche Nachrichtenagentur SPA des mit den USA und den westeuropäischen Imperialisten verbündeten Regimes. Sprecher der Demokratischen Partei des Iranischen Kurdistans (DPIK) meldeten am gleichen Tag Anzeichen für eine Offensive auch des iranischen Regimes gegen die Kurden. Die in Iranisch-Kurdistan stationierten Truppen seien von 200 000 auf 300 000 Mann verstärkt worden.

Welche Interventionsmöglichkeiten in Kreisen der Imperialisten beraten werden, beschrieb der SPD-Bundestagsabgeordnete M. Nüller am 12. September. In einer Pressemitteilung seiner Fraktion forderte er: „Die Hilfe für die Kurden — ein Volk, das seit Jahrzehnten ständiger Verfolgung ausgesetzt ist — muß zum zentralen Anliegen der internationalen Völkergemeinschaft werden. Eine UN-Friedenstruppe muß auch an der türkisch-irakischen Grenze dafür Sorge tragen, daß keine Kampfhandlungen stattfinden.“ Mit der Schließung der Grenze zwischen Iran und Irak hatten die irakischen Gemetzel gegen die Kurden begonnen. Eine UN-Grenzkontrolle nun auch zwischen Irak und Türkei würde dabei helfen, die Niederschlagung des Befreiungskampfes auf beiden Seiten der Grenze fortzusetzen.

Quellenhinweis: SPD-Pressedienst, 12.9.88; Süddeutsche Zeitung vom 19.9.; FAZ vom 12.9. und 17.9. — (rü)

Schweiz

Warnstreiks in der Druckindustrie

Ende August einigten sich die Verhandlungsdelegationen von Gewerkschaften und Unternehmerverband der Graphischen Industrie der Schweiz auf einen Vorschlag für einen Gesamtarbeitsvertrag. Die Laufzeit der bisher geltenden tariflichen Regelungen war im März dieses Jahres abgelaufen. Erstmals wollten die drei in der Graphischen Industrie vertretenen Gewerkschaften einen gemeinsamen, einheitlich geltenden Arbeitsvertrag gegen die Kapitalisten



Kapitalisten verweigern Anpassung von Mindestlöhnen.

durchsetzen. Die Gewerkschaft Druck und Papier (GDP, ca. 15 500 Mitglieder), der Schweizerische Lithographenbund (SLB, ca. 7 000), und die christliche Schweizerische Graphische Gewerkschaft (SGG, ca. 4 500) forderten eine Anhebung von Löhnen und Gehältern auf das Niveau der bislang nur für Lithographen geltenden tariflichen „Berufsordnung“. Sie verlangten außerdem eine fünfte Urlaubswoche und eine Anpassung der Mindestlöhne für Hilfsarbeiterinnen an die entsprechenden Löhne für Männer. Außerdem sollte der Geltungsbereich des Arbeitsvertrages auch auf die Expeditionen der Zeitungs- und Zeitschriftenbetriebe ausgedehnt werden. Forderungen, die vom Kapitalistenverband rundheraus abgelehnt wurden.

Im Juni kam es gegen die Ablehnungsfrent der Kapitalisten zu Kampfmaßnahmen der Beschäftigten. In zahlreichen Betrieben fanden Warnstreiks und Protestversammlungen statt. An über 50 Orten organisierten die Gewerkschaften Veranstaltungen, rund 5 500 Lohnabhängige verließen mit mehreren Demonstrationen ihren Forderungen Nachdruck. Der Unternehmerverband SVGU reagierte mit Hetze und Drohungen: die Aktionen wurden als „illegal“ beschimpft, die im Verband organisierten Kapitalisten aufgefordert, schwarze Listen von Leuten zu erstellen, die sich an Protestmaßnahmen beteiligt hatten.

Als Folge der gewerkschaftlichen Proteste wich der SVGU jedoch Anfang Juli von der bis dahin praktizierten Mauertaktik ab und schlug einen Kompromiß vor: stufenweise Einführung einer fünften Ferienwoche, etappenweise Anpassung der Hilfsarbeiterinnenlöhne, dafür jedoch eine Laufzeit des Arbeitsvertrags von sechs Jahren.

Die gewerkschaftliche Verhandlungsdelegation ließ sich auf dieses Angebot ein und stellte nur eine Bedingung: eine bisher für Typographen geltende Regelung über „Vermögensbildung“ solle zukünftig auch im Bereich von SGG und GDP gelten. SLB-Mitgliedern zahlen Unternehmer zwischen 25 und 50 Franken im Monat — auf ein Sperrkonto. Diese Abmachung ist ein Ausfluß der von der Bourgeoisie durchgesetzten „Arbeitsfriedenspolitik“ und soll die Betriebsgemeinschafts-Ideologie fördern. Dementsprechend leicht fiel es den Kapitalisten dann auch, diese Forderung zu akzeptieren.

Gegenwärtig läuft die gewerkschaftliche Urabstimmung über den Vertrag, auf deren Ausgang man gespannt sein darf. Innerhalb der Gewerkschaften gibt es starke Kritik am Verhandlungsergebnis. Die „Nationale Frauenkommission“ der GDP lehnte es ebenso ab wie die GDP-Sektionen Winterthur und Genf und eine gemeinsame Sektionsversammlung von SLB, GDP und SGG in Zürich. In den Satz- und Reproabteilungen des Zürcher „Tages-Anzeiger“ protestierten 120 Beschäftigte mit einer Resolution gegen den neuen GAV-Vorschlag. Die Kritik richtet sich zum einen gegen die überlange Laufzeit des Vertrags, die den Lohnabhängigen in einer Branche sechs Jahre die Hände binden würde, in der große technologische Umwälzungen stattfinden. Außerdem sei die Angleichung der Frauenlöhne und die Urlaubswoche für die „Vermögensbildung“ verkauft worden, die Nichteinbeziehung der in der Branche am schlechtesten bezahlten Beschäftigten in den Speditionen vertiefte die Spaltung in den Betrieben.

Quellenhinweis: WoZ Nr. 24, 17.6.88, WoZ Nr. 33, 19.8.88 — (jüg)

Südafrika/Azania

Prozeß gegen APLA-Unterstützer

Seit nunmehr über zwei Jahren führt die Rassistenjustiz ein Verfahren gegen sieben Azanier, weil sie den bewaffneten Kampf der Azanischen Volksbefreiungsarmee (APLA) unterstützt haben sollen. Die Angeklagten sind: Enoch Zulu, angeklagt als angeblicher „Kriegskommandeur“ der APLA und angeblich führendes Mitglied des PAC (Pan Africanist Congress of Azania), Siyabulela Ndoda Gcanga, Vincent Mathunjwa, Setsiba Mohohlo, Reverend Daniel Nkopodi,

Achmad Cassiem und Yusuf Patel. Achmad Cassiem und Yusuf Patel sollen Mitglieder der islamischen Organisation Quibla sein, die übrigen fünf sind wegen PAC-Mitgliedschaft angeklagt. Die Anklage enthält 24 Punkte, u.a. verbotener Waffenbesitz, Werbung für den bewaffneten Kampf, Werbung für Ausbildung im bewaffneten Kampf, versuchter Mord, Terrorismus und Mitgliedschaft in verbotenen Organisationen. Die Gruppe soll ihre Aktivitäten im gesamten östlichen Randgebiet und im weit entfernten Kapegebiet durchgeführt haben. Die Angeklagten müssen bei einer Verurteilung nach allen Anklagepunkten mit Strafen zwischen zehn Jahren bis lebenslanglichem Gefängnis, zwei Angeklagte, Enoch Zulu und ein weiterer, können nach den Rassistengesetzen auch zum Tode verurteilt werden. Von Enoch Zulu behaupten zwei Polizeizeugen, er habe bei seiner Verhaftung in „einer Kiste mit Handgranaten gekramt“, und sie hätten ihn nur durch Prügel mit dem Gewehrkolben davon abhalten können, sie in die Luft zu sprengen. (1)

Die rassistische Regierung verfolgt zwei Ziele in diesem Prozeß: zum einen will sie den Nachweis erbringen, einen hochrangigen PAC-Funktionär verhaftet zu haben, zum anderen will sie durch Einbeziehung von Quibla in den Prozeß eine besondere Verbindung zwischen Libyen und dem PAC gerichtlich fest-

stellen lassen. Quibla ist eine 1979 entstandene islamische Organisation, die sich als Teil des Befreiungskampfes versteht. Sie tritt für den vollständigen Boykott aller Institutionen des rassistischen Staates auf und fordert die Einheit der Unterdrückten im Kampf gegen die Apartheid. Der Angeklagte Achmad Cassiem ist bereits von 1963 bis 1969 in Robben Island inhaftiert gewesen wegen Beteiligung an Aktionen gegen das Siedlerregime. Aus der Tatsache, daß zu dieser Zeit viele PAC-Mitglieder in Robben Island gefangen waren, folgert der Gerichtshof von Pretoria nun, daß Cassiem auch in den vergangenen Jahren mit dem PAC „konspirierte“ habe. (2)

Alle Angeklagten sind im Verlauf der Untersuchungshaft gefoltert worden, zum Teil sind auch Zeugen der Anklage über lange Zeit inhaftiert und gefoltert worden. Aziz Kader wurde am 17. Juni letzten Jahres in Kapstadt als Zeuge verhaftet und am 9. Mai dieses Jahres zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, weil er sich weigerte, gegen die Quibla-Mitglieder auszusagen. Ein anderer Zeuge gab im März an, daß er jede Aussage vor dem Gericht verweigert hätte, wäre er nicht zuvor ins Gefängnis geworfen und über sechs Wochen in Einzelhaft gehalten worden. Der Prozeß soll im Oktober zu Ende gehen. (3)

(1) Sowetan, 8.3.88 und 10.5.88; (2) Weekly Mail, 5.—11. August 1988; (3) Sowetan, 8.3.19., 21., 27.7.88 — (uld)

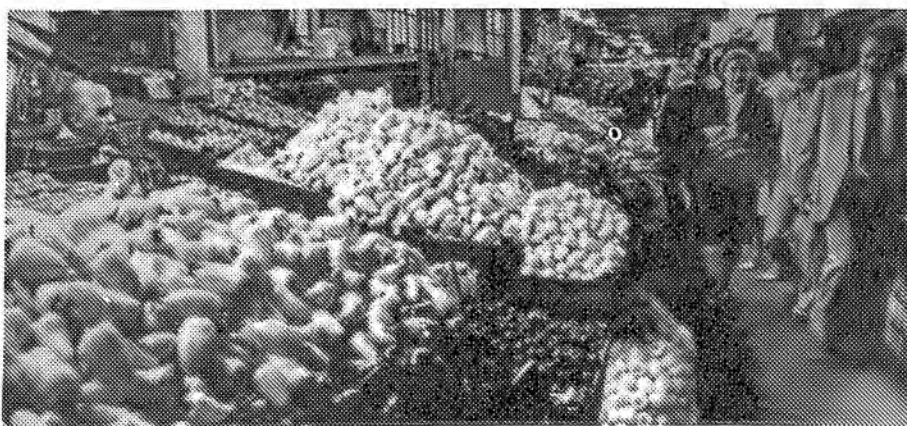
Ungarn/Wirtschaftsreform

Radikale Veränderung des Institutionengefüges

Wirtschaftliche Reformen seien ohne politische unmöglich, erklärte der ungarische Ministerpräsident Károly Grösz Ende Juli '88 in Washington. Deshalb plant Ungarn radikale politische Veränderungen in drei Bereichen:

Erstens soll die führende Rolle der Partei umgedeutet werden. Die Partei

übernimmt nicht mehr die operative tägliche Arbeit des Staats, der Wirtschaft und der gesellschaftlichen Organisationen. Künftig entscheidet sie nur noch über Fragen der Strategie, der politischen Orientierung und übt eine entsprechende Kontrolle aus. Die parteipolitische Linie bringt sie „über ihre in ver-



Ungarische Regierung propagiert „Unternehmer- und Wettbewerbsgeist“ — Bild: ein Gemüsemarkt.



Am 6. September hat das Oberste Gericht der Siedlerrepublik Südafrika die Beratungen über das Verfahren gegen die Sechs von Sharpeville wieder aufgenommen. Über das Ergebnis ist uns bislang nichts bekannt. Das Gericht muß entscheiden, ob eine untere Instanz das Verfahren erneut eröffnen soll und so die am 13. Juni erneut bestätigten Todesurteile gegen die Sechs in einem weiteren Verfahren überprüft werden sollen. Die Vollstreckung der Urteile war von Präsident Botha auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Die Proteste in Südafrika und in der internationalen Öffentlichkeit (Bild: Aktion gegen die Todesurteile in Belgien) haben das Regime bereits zweimal gezwungen, die Vollstreckung zu verschieben. — (uld)

El Salvador: Schweizer durch Armee ermordet

Am 22. August wurde Jürgen Weis, Mitglied des Zentralamerika-Sekretariats Zürich, von Mitgliedern der salvadorianischen Nationalpolizei erschossen. Er befand sich in Begleitung zweier — ebenfalls ermordeter — Bauern auf dem Weg zu einem kurz zuvor bombardierten Dorf, um Informationen über den Terror der Luftwaffe gegen die Zivilbevölkerung zu sammeln. Weis wurde um 15 Uhr festgenommen, aber erst um 17 Uhr erschossen. Die drei Leichen wiesen schwere Folterspuren (Machetenhiebe) auf. Offenkundig will die Regierung gegen die internationale Solidaritätsbewegung schärfer als bisher vorgehen; in der Presse werden die „Internationalistas“

als „Terroristen“ verleumdet. Seit Anfang August wurden 20 Europäer verhaftet und des Landes verwiesen. — (zwk)

Haiti: Neuer Militärputsch

Am 18.9. putschte in Haiti erneut das Militär. Nach mehrstündigen Schießereien in der Hauptstadt Port-au-Prince erklärte am Abend der bisherige Kommandeur der Präsidialgarde, Prosper Avril, er habe die Macht im Lande übernommen. Avril gilt als enger Vertrauter des Ex-Präsidenten Jean-Claude Duvalier, der Anfang 1986 gestürzt worden war. Zum neuen Oberkommandierenden der Streitkräfte ernannte Avril den in den USA wegen Rauschgiftschmuggel angeklagten Oberst J.C. Paul. — (rül)

SA: Marine baut Interventionsfähigkeit aus

Am 1. November 1987 wurde der Großversorger SAS Drakensberg von der Werft Sandock Austral, Durban, der südafrikanischen Marine übergeben. Das 12500 Tonnen große Schiff ist damit die größte Einheit, welche die Seestreitkräfte des Rassistenregimes unmittelbar zur Unterstützung von Kampfschiffen gegen Angola und Mosambik einzusetzen vermögen. Das Schiff ist eine Eigenentwicklung der Firmen Krysgor Armscom und Liebenberg & Stander (Kapstadt). Es dient zur In-See-Versorgung der Flotte mit Munition, Brennstoffen, Verpflegung und Frischwasser. Die Frischwassererzeugungskapazität pro Tag beträgt 70000 Liter. Im März und April dieses Jahres besuchte der Flottenversorger zusammen mit dem FAC Frans Erasmus offiziell verschiedene chilenische Häfen. Auch sonst klappt die Zusammenarbeit mit anderen Unterdrückerregimen. Von den 39 zur Aggression zur Verfügung stehenden Raketen Schnellbooten sind die meisten israelischen Ursprungs. Insgesamt verfügen die Rassisten über 48 Kriegsschiffe (8000 Mann), darunter 3 U-Boote französischen Ursprungs. Dazu kommen in absehbarer Zeit noch die nach den bekanntlich schon gelieferten IKL/HDW-Unterlagen geplanten U-Boote. Dieser Streitmacht zur See haben die Frontstaaten bisher nichts entgegenzusetzen bei möglichen Blockaden, Küstenbeschleßungen und Hafenverminungen. Große Seeversorger wie die Drakensberg, die außerdem zur Mitführung von Helikoptern ausgerüstet ist, erhöhen die Interventionsfähigkeit der vorhandenen Kampfschiffe enorm. (Quelle: Marine-Rundschau 1/88, 4/88; Naval Forces II/88, Vol. IX — gel)

schiedenen Lebensbereichen arbeitenden Mitglieder zur Geltung“. (1) Dies bedeute eine Erhöhung der Kompetenzen und Selbständigkeit der Regierung, der Wirtschaftsführung. Die Parteidemokratie soll ausgebaut werden, indem die Grundorganisationen, die bislang nicht viel zu sagen hatten, das „Fundament der Parteipolitik bilden“. Dazu gehört die Einführung alternativer Wahlvorschläge, und ein gewisser Anteil von Kandidaten für höhere Parteiorgane soll von der Mitgliedschaft vorgeschlagen und auch von ihr abberufen werden können. Außerdem darf eine Person nur *einmal* in die gleiche Parteifunktion gewählt werden. Um die bisher oft aufgetretene Protektion und „persönliche Verflechtung“ auszuschalten, muß ein Kandidat für leitende Positionen Eignung, Wissen und „Rechtschaffenheit auch im *praktischen Leben*“ mitbringen. und „ein anderer wichtiger Wesenszug soll die Höhererschätzung und Förderung von

Fachwissen werden, weil die geistige Arbeit, die Werte produziert, ein entscheidender Faktor bei der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes ist.“ (2) denn Unwissenheit und Konservatismus hätten bisher die Reform gebremst.

Ein zweiter Schritt ist das „Gesetz über Gesellschaften“, das sieben verschiedene Unternehmensformen vorsieht, darunter Aktiengesellschaften, kapitalistisch-sozialistische, staatliche, genossenschaftliche, private etc. Damit soll u.a. ausländisches Kapital angelockt, der Kapitalfluß gefördert und laut Grösz der „Unternehmens- und Wettbewerbsgeist die Oberhand gewinnen“. (3)

Die Gewerkschaften befürworten ein solches Gesetz, betonen aber, die grundlegenden Eigentumsverhältnisse in Ungarn dürften nicht verändert werden. Sie stellen die Bedingung, daß die Gründung von Unternehmen, bei denen der

ausländische Kapitalanteil bei über 51% liegt, gesondert genehmigt werden, und die gewerkschaftlichen Rechte garantiert sein müssen. Auch daher ist nun der Erlass eines Gewerkschaftsgesetzes — der dritte Reformbereich — notwendig geworden.

Die Gewerkschaften sollen künftig in einem „partnerschaftlichen Verhältnis zur Partei“ stehen, und eigenständige Meinungen ohne jegliche Einschränkung äußern können, wobei die Interessenvertretung der Mitglieder absoluten Vorrang hat. „Zum ersten Mal in der Geschichte der sozialistischen Länder tritt die Gewerkschaft als Trägerin und Gestalterin des gesellschaftlichen Pluralismus ... in Erscheinung“, erläutert der Zentralrat der Ungarischen Gewerkschaften (SZOT). (4)

Anläßlich der im Juli 1988 ohne Information der Gewerkschaften durchgeführten Erhöhung der Benzin- und Diesellohpreise kam es zu öffentlichen Protes-

Antialbanische Aktionen in Jugoslawien

Am 24.9. demonstrierten fast 300000 Serbien in der südjugoslawischen Stadt Nis gegen angebliche Übergriffe von Albanern in der mehrheitlich von Albanern bewohnten Provinz Kosovo. Mehrere Redner verlangten auf der Kundgebung die weitere Einschränkung der Rechte der Albaner in Kosovo und eine Verfassungsänderung. Die albanische Regierung hatte in einer Erklärung des Außenministeriums vor der Demonstration gewarnt, auf der Aktion könnten „Haßgefühle außer Kontrolle geraten.“ — (rül)

USA: Kein Geld für Abtreibung nach Vergewaltigung

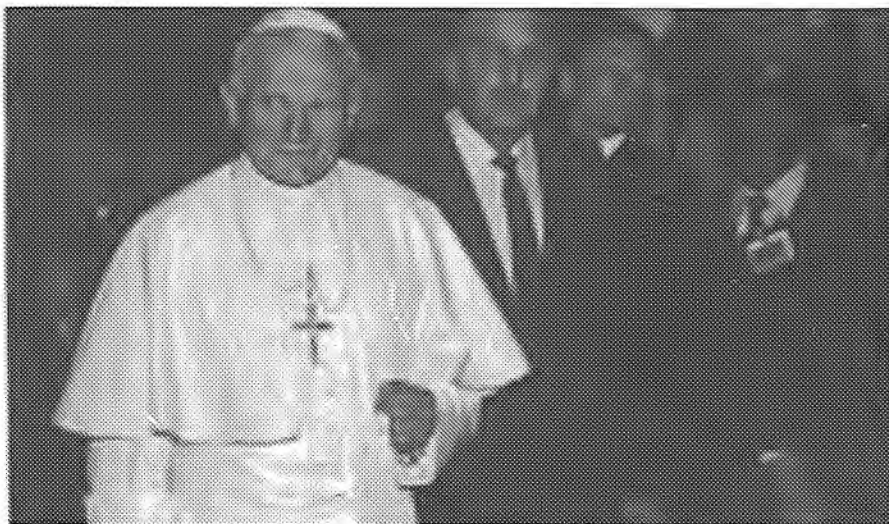
Mitte September lehnte eine knappe Senatsmehrheit die Bezahlung von Abtreibungen aus Bundesmitteln bei Vergewaltigung und Inzest ab. Zwei Monate zuvor hatte dasselbe Gremium mit großer Mehrheit (73:19) für eine Bezahlung gestimmt. Auf Druck von Präsident Reagan und dem Repräsentantenhaus fand dieser Sinneswechsel statt. Die Demokraten haben zwar in beiden Häusern die Mehrheit, aber Reagan drohte mit Veto des gesamten Gesetzentwurfes, der unter anderem Bundesgelder für AIDS-Programme, für Obdachlose, Alkohol- und Drogenabhängige vorsieht. Eine 2/3-Mehrheit ist notwendig, um das Reagan-Veto zu überstimmen, die im Repräsentantenhaus nicht vorhanden sei. Es bleibt also beim Alten: der Bundesstaat zahlt eine Abtreibung nur, wenn das Leben der Mutter gefährdet ist. Dieser Rückschlag bekräftigt gleichzeitig diejenigen, die eine Kriminalisierung der Abtreibung herbeiführen wollen. Mit der jüngsten Ernennung eines Reagan-Richters zum Obersten Gerichtshof ist diese Ge-

fahr groß. Anfang des Jahres hat eine 4:4-Entscheidung vor diesem Schritt noch Halt gemacht. Jetzt ist das Gericht auf der Suche nach einem passenden Einzelfall. — (her, ger)

Türkei: Özal unterliegt

Der türkische Ministerpräsident Özal hat ein Referendum über die von ihm gewünschte Vorverlegung der Kommunalwahlen vom März nächsten Jahres auf November diesen Jahres und über eine gleichzeitige Verfassungsänderung, wo-

nach künftig Parlaments- und Kommunalwahlen im selben Jahr stattfinden sollen, verloren. Nach Auszählung von 64,4% der Stimmen hatten 64,64% der Wahlberechtigten gegen und nur 35,36% für die Vorverlegung gestimmt. Özal hatte auf eine Vorverlegung gedrängt, weil er bei der rapide zunehmenden Teuerung in der Türkei mit einem schlechten Ergebnis der ANAP-Partei im nächsten Jahr rechnete. Vor dem Referendum hatte Özal erklärt, er werde zurücktreten, falls sich eine Mehrheit gegen die Vorverlegung der Kommunalwahlen aussprechen sollte. — (rül)



Papst Johannes Paul II. als „Friedensstifter“ im südlichen Afrika? Auf jeden Fall hat Woytila die reaktionären Kräfte in der Region ermutigt. Dem Vatikan ist es gelungen, die Papstreise zu direktem Kontakt mit der Rassistenregierung in Südafrika zu nutzen, ohne den öffentlichen Eindruck direkter Unterstützung für die Rassisten zu erwecken. Woytila traf den südafrikanischen Außenminister Botha in Johannesburg (Bild), wo er wegen Schlechtwetter zwischenlanden mußte und nutzte die unplanmäßige Landung zu einer zweistündigen Unterredung. In Lesotho leistete südafrikanisches Militär Polizeischutz für den Papst und brachte dabei vier Oppositionelle um. In Mosambik forderte der Papst die Regierung auf, Verhandlungen mit der reaktionären MNR aufzunehmen, die von der rhodesischen Regierung unter Smith gegründet worden ist und seit der Befreiung Simbabwe von Südafrika ausgehalten wird. — (uld)

sten des SZOT. Ihr Generalsekretär Sándor Nagy erklärte in einer Fernsehsendung: Die Gewerkschaften müßten über jedes historisch entstandene, klassische Instrumentarium der Bewegung verfügen, darin eingeschlossen auch das des Streikrechtes. „Nicht um damit irgend jemandem zu drohen oder dadurch Verwirrung zu verursachen, sondern damit wir unsere Verantwortung wirklich erhöhen können, kann doch nur derjenige verantwortungsbewußt politisieren, der auch die entsprechenden Mittel dazu besitzt.“ (5)

Dazu muß man wissen, daß die Ungarischen Gewerkschaften in letzter Zeit im Kreuzfeuer der Kritik stehen. Die 15%ige Erhöhung der Verbraucherpreise ohne Ausgleich bei Lohn und Gehalt, die seit 1.1.1988 eingeführte Steuerreform und die Arbeitsplatzvernichtungen im Zuge der Betriebsschließungen und Umstrukturierungen haben sie mit der Forderung ihrer Mitglieder konfrontiert.

ihre materiellen Interessen besser und entschiedener zu vertreten. Von den Reformbetreibern wiederum wird ihnen Reformfeindlichkeit und Konservatismus vorgeworfen. So kam es im Mai 1988 im Wissenschafts- und Forschungsbereich zur Gründung einer „Alternativgewerkschaft“, — bei uns würde man sie Spaltergewerkschaft nennen — der „Demokratischen Gewerkschaft der Werktätigen der Wissenschaft“, die die Satzung der SZOT bislang nicht anerkennt und bereits Kontakte ins Ausland mit ähnlichen Gewerkschaften aufnahm. Die Wissenschaftler hatten seit längerem ihre „spezifischen Berufsinteressen“ von der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes nicht stark genug vertreten gesehen. Aber nur eine Minderheit beteiligte sich an der Gründung der neuen Gewerkschaft. Der SZOT erklärte zu diesem Vorgang: „Eine große Rolle spielte dabei die verhältnismäßige Verschlechterung der Lebens- und Arbeits-

bedingungen der Werktätigen wissenschaftlicher Bereiche sowie die von der Regierung angekündigte Kürzung der Budgetausgaben bis 1990, die die erwähnten Werktätigen weitgehend berührt und das Bestehen mehrerer Forschungsinstitute sowie die Existenz von Mitarbeitern wissenschaftlicher Institutionen gefährden könnte.“ (6) Grundsätzlich unterstützt der SZOT organisatorische Neuerungen wie z.B. die Gründung von relativ selbständigen Fach- und Branchensektionen zur besseren, berufsspezifischen Interessenswahrnehmung, solange sie die Satzung der ungarischen Gewerkschaftsbewegung anerkennen, eine mit Recht vorgenommene Einschränkung.

Quellenhinweise: (1) Rundschau der Ungarischen Gewerkschaften 8-9/88; (2) a.a.O.; (3) Neueste Nachrichten (Zeitung der Ungarischen Presseagentur MIT) v. 26.7.88. (4) Rundschau a.a.O.; (5) NN 30.7.88. (6) Rundschau a.a.O. — (frr)

Veröffentlichungen

Merkle: Für das Volk Disziplin und der Wirtschaft die Führung

Hans Lutz Merkle (75), Chef der Bosch-Gruppe seit 25 Jahren, Großmeister in der Steuerhinterziehung von Parteispenden, einer der einflußreichsten Drahtzieher in der Politik seit Bestehen der Bundesrepublik, ließ sich von der WELT interviewen. Der Mann verkörpert eine geistige Tradition, die ungebrochen vom Kaiserreich über Weimar, Faschismus und „Neubeginn“ bis heute Führungsanspruch anmeldet. „Jedem das Seine“, der Wirtschaft die Führung, den Arbeitenden Fleiß und Disziplin, ist die Botschaft. Der Staat sei das Instrument der Wirtschaft und habe für die geistige und faktische Ordnung zu sorgen. Merkle fußt in der Kultur des Pietismus, auf die sich schon die Faschisten bruchlos beziehen konnten.

Fleiß und Sparsamkeit und Bereitschaft, wenigstens in diesem Land den Karren gemeinsam zu ziehen, fordert Merkle. Auf dieser Grundlage sucht er den Brückenschlag zu den Gewerkschaften und zur SPD, sucht er „den Konsensus als höchstes politisches Ziel, ohne den wir auch in Europa nicht weiterkommen.“

Den Burgfrieden will er, damit weltweit die Schlachten geschlagen werden können. Es ist dies die Ideologie der Leistungsgemeinschaft der „Boschler“, der „Deutschen“, der „Europäer“, die die Lohnabhängigen für die imperialistische Expansion zusammenschweißen soll. Merkle tritt dabei nicht als Scharfmacher aus dem Unternehmerlager auf. Er gesteht den Arbeitenden schon den sozialen Standard zu, den sie heute haben — aber auf keinen Fall neue Sozialleistungen. Er nennt die Stärken der BRD-Wirtschaft innerhalb der EG, fordert aber zugleich eine drastische Verringerung der Unternehmensteuern. Gegen die Anhebung der Verbrauchsteuern hat er nichts einzuwenden.

Quelle: Interview in der WELT vom 12.9./14.9.1988 — (ros)

„Selbstschutz“ bei Demonstrationen

Unbestreitbar tritt die Polizei bei Demonstrationen und Protestaktionen seit 1967 zunehmend verummter und brutaler auf. Die Zahl der von ihr verletzten Teilnehmer an solchen Protesten ist groß, und bei einigen Großdemonstrationen scheint die Absicht der Staatsgewalt von Anfang an zu sein, den Protest mit Provokation und sofortigem Zuschlagen zu unterbinden. Das ist ein Beweggrund für manche in der politischen Opposition, sich ihrerseits entsprechend ausgerüstet auf Demonstrationen zu begeben und Broschüren darüber zu verfassen,

welche Ausrüstung, welche Erste-Hilfe- und welche Rechtskenntnisse nützlich und notwendig sind, um an einer Demonstration teilzunehmen. Die „Redaktion Straßenmedizin — Mitteilungsblatt der Sanitätergruppen, Hamburg“ hat eine Broschüre herausgebracht, die von der Kleidungsempfehlung über Erste-Hilfe-Vorschläge bis zu grundlegenden Mitteilungen über die Rechtslage bei Polizei- und Justizvernehmungen eine Reihe von Kenntnissen vermittelt. Ob diese Kenntnisse allein aber dafür nützen können, die Resignation oder den Zerfall organisierter Strukturen nach brutalen Angriffen der Polizei aufzuhalten, ist zumindest zweifelhaft. Die Erörterung, welche Modelle von Motorradhelmen sich als ungünstig für Demonstrationen erwiesen haben, ist für das Selbstbewußtsein und die Stärkung der politischen Absicht von Demonstranten wenig hilfreich.

Selbstschutz und Erste Hilfe bei Demonstrationen und Blockaden. Mit Rechtshilfetips. Hrsg.: Redaktion Straßenmedizin; Hohenesch 63, 2000 Hamburg 50; 6,00 DM — (uld)

Materialien zu: 125 Jahre Bayer

Die „Coordination gegen BAYER-Gefahren“ hat aus Anlaß ihres Kongresses gegen die 125-Jahr-Feier des Konzerns eine Materialmappe herausgegeben, die

mischer Waffen und den gentechnischen Forschungen. Zu den Grundsätzen der Coordination gehören die Forderungen: „Menschen- und umweltfreundliche Produktion bei Bayer — weltweit! Umfassende Umgestaltung der Produktion mit menschen- und umweltfreundlichen Arbeitsplätzen bei Bayer — weltweit.“ Die Coordination kritisiert nicht die Größe und den damit verbundenen Herrschaftsanspruch und das Machtpotential des Konzerns, sondern sie richtet sich im wesentlichen gegen die Art, in der dieses große Kapital genutzt wird. Schwach bis gar nicht vorhanden ist die Kritik der Arbeitsbedingungen insbesondere in den westdeutschen Betrieben von Bayer, obgleich allein die regelmäßig veröffentlichte Liste von „Chemie-Unfällen“ Übles vermuten läßt. Mit der Tatsache, daß der Konzern das Schichtsystem zunehmend ausweitet und in äußerst verschleißende Formen pressen will, befaßt sich die Coordination nicht, ebenso nimmt sie den Widerstand der Belegschaften dagegen nicht zur Kenntnis, obwohl doch jede Ausweitung der Produktion, die mit der Ausweitung der Schichten beabsichtigt ist, und jede Intensivierung der Arbeit, die damit verbunden ist, die Gefahr für Unfälle und allgemeine Umweltverschmutzung steigert. Die von der Coordination zusammengestellten Materialien erwecken den Eindruck, als könne der Konzern seine inzwischen Jahrzehnte al-



Aktion gegen die pharmazeutische Industrie im Juni 1987 in Krefeld (Bayer Uerdingen).

für bestimmte Gesichtspunkte der Konzernkritik von Nutzen ist. Sie enthält u.a. den „Alternativen Geschäftsbericht“ kritischer Aktionäre von 1985, in dem eine ausführliche Liste von Beteiligungen, Besitzverhältnissen und internationalen Aktivitäten des Konzerns veröffentlicht ist. Schwerpunkt der Coordination ist der Kampf gegen die Umweltschäden, für die der Konzern verantwortlich ist. Entsprechend liegt das Hauptgewicht der Enthüllungen auf den großen und kleinen Unfällen, der Giftmüllentsorgung, den Emissionen aus den Bayer-Werken, aber auch der Beteiligung von Bayer an der Produktion che-

te Strategie der Betriebsgemeinschaft im wesentlichen unangefochten und erfolgreich durchführen. Kritik an den dabei benutzten Methoden, wie den firmeneigenen Gehaltskonten, Werkswohnungen, Firmenkaufhaus, Firmenkredite etc. übt die Coordination nicht.

125 Jahre Bayer, hrsg. von Coordination gegen Bayer-Gefahren, Hofstraße 27a, 5650 Solingen 11, 20,00 DM — (uld)

Beitrag zum grünen Polizeiverständnis

Im Klartext-Verlag Essen ist im August ein Buch von Manfred Such, Sprecher

der „Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizistinnen und Polizisten“ unter dem Titel „Bürger statt Bullen“ erschienen. M. Such war Leiter des Kriminalkommissariats der ländlichen Stadt Werl (NRW) und wurde im Sommer dieses Jahres wegen kritischer Äußerungen über die Polizei im Zusammenhang eines Disziplinarverfahrens nach Soest versetzt. M. Such ist Mitglied der Grünen und wurde bei den letzten Kommunalwahlen in den Stadtrat von Werl gewählt. Die SPD in NRW verlieh der Bundesarbeitsgemeinschaft 1988 den Gustav-Heinemann-Bürgerpreis.

M. Such tritt gegen eine bürgerfeindliche Polizei auf. Seine Beschreibung über die Polizeitätigkeit ist stark unter persönlichen Eindrücken geschildert und liefert keine neuen Kritikansätze, die von Interesse sind. Der Autor ist im übrigen der Meinung, „am Prinzip, daß das Gewaltmonopol beim Staat liegt und die Polizei ausführendes Organ des Gewaltmonopols ist, sollte festgehalten werden“. Er hält die Bildung von Initiativen wie „Bürger beobachten die Polizei“ für richtig. Im Kapitel „Alternativen — die neue Polizei!“ tritt M. Such nicht gegen zu viele Polizisten auf, sondern für die Trennung polizeilicher Aufgaben: „Es sollte eine Diskussion über die Trennung der Polizeibereiche: Verkehrs-, Schutz- und Kriminalpolizei in Gang kommen. Unsere vielschichtige Gesellschaft kann sich heute keine Einheitspolizei mehr leisten. Der Regelungsbedarf einer modernen Gesellschaft ist so groß, daß der einzelne Polizeibeamte überfordert ist. Er kann kein Fachmann für Bürgerliches Recht, Straf-, Strafprozeß- und Verkehrsrecht und viele andere Rechtsbereiche sein ... Durch die Trennung polizeilicher Aufgaben, d.h. durch die Einrichtung separater Polizeiorganisationen und durch die Gründung und Aufstockung ‚nichtpolizeilicher Dienste‘, die ich mal als ‚Sozialpolizei ohne Strafverfolgungszwang‘ bezeichnen möchte, würde sich der Polizeiapparat überschaubar und kontrollierbarer gestalten lassen.“ M. Such formuliert kritisch und ungezwungen den Machtanspruch der werktätigen Intelligenz, ohne dabei in völlige Gegnerschaft zum bestehenden Staate zu kommen. Deshalb wundert es auch nicht, wenn er den Polizeieinsatz gegen die Friedensbewegung und gegen Kernkraftgegner als unverhältnismäßig ansieht und darauf verweist, daß gegen die gewalttätigen Aktionen der Stahlarbeiter (Brückenbesetzung) der Staat politisch anders reagiert habe. „Sie (die Polizei, d. Red.) darf nicht auf der einen Seite zulassen, als Politikersatz gegen Friedensdemonstranten einzuschreiten und auf der anderen Seite gewalttätige Aktionen unterstützen.“

Manfred Such, Bürger statt Bullen, Klartext-Verlag, 16,80 DM — (jöd)

IG Chemie-Gewerkschaftstag

Mit „Standortsicherung“ werden Arbeiterinteressen unterdrückt

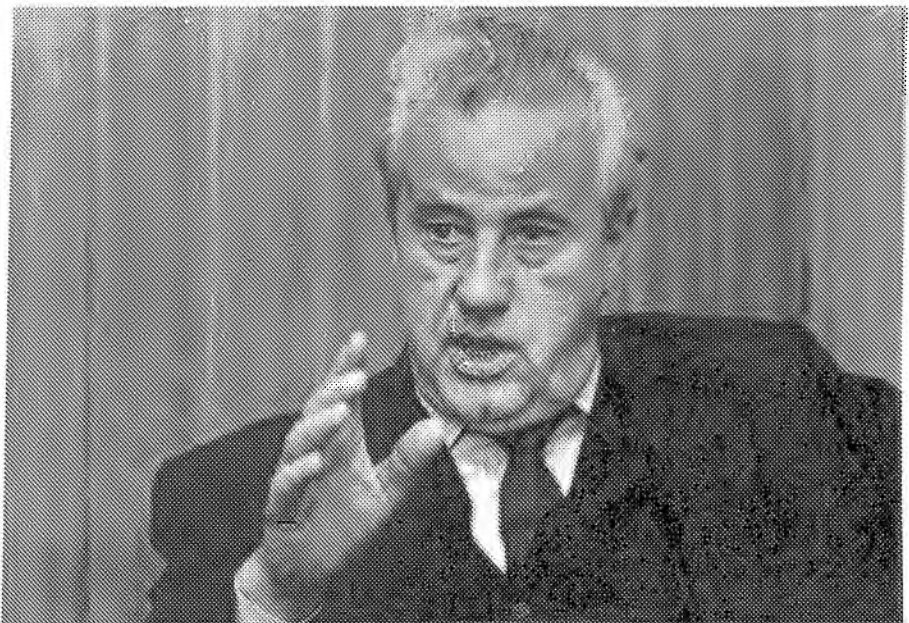
Auf dem 13. o. Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik, der Anfang September 1988 in Karlsruhe stattgefunden hat, wurden die Leitanträge zur Chemie- und Wirtschaftspolitik mit nur etwas mehr als einer Handvoll Gegenstimmen und Enthaltungen angenommen. Daß der Beschluß A 1 „Chemie der Zukunft — Chancen für die Zukunft“ das Heil gewerkschaftlicher Politik in der Sicherung des Industriestandorts Bundesrepublik Deutschland durch Erhaltung und Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sucht (siehe Dokumentation), gibt dem Hauptvorstand wenn nicht einen Freibrief, so doch die Möglichkeit, nützliche Beschlüsse des Gewerkschaftstags bereits kurz nach Ende des Kongresses zu Makulatur werden zu lassen.

Der alte und neue Vorsitzende der IG Chemie Hermann Rappe placierte bereits in der Eröffnungsrede das Angebot an die Chemiekapitalisten, in der Europapolitik zusammenzuarbeiten. Er begrüßte erneut die Initiative des Bundeskanzlers, eine ständige „nationale Europa-Konferenz“ einzurichten. Presseberichte dokumentieren Zufriedenheit darüber in Wirtschaftskreisen. Gegen solcherlei auf Ausweitung der strategischen Basis und der Operationsmöglichkeiten bundesdeutscher Konzerne gerichtete europäorientierte konzertierte Aktion hilft auch nicht die im einstimmig beschlossenen Antrag A 6 „Binnenmarkt 1992“ befürwortete Zusammenarbeit der europäischen Gewerkschaften gegen die „De-regulierungsoffensive konservativer

Kräfte“, „um erhebliche soziale Verschlechterungen zu verhindern“. Denn bereits im ersten Satz des vom Hauptvorstand beantragten Beschlusses wird die IG Chemie darauf festgelegt, „alle Bestrebungen innerhalb der europäischen Gemeinschaft (zu unterstützen), mehr Gemeinsamkeiten der EG-Länder zu verwirklichen. Neben dem Ziel eines einheitlichen Europäischen Binnenmarktes muß gleichberechtigt der Europäische Sozialraum geschaffen werden“.

Bereits vier Tage nach Abschluß des Kongresses konkretisiert Rappe, was die IG Chemie (der gesamte Hauptvorstand?) auf dem Altar der Wettbewerbsfähigkeit zu opfern bereit wäre. Ins Gespräch gebracht wird die Notwendigkeit der Ausdehnung der Schicht- und Wochenendarbeit inkl. einer tarifvertraglichen Regelung der Sonntagsarbeit. Das Handelsblatt vom 15.9.88 schreibt unter der Überschrift „IG Chemie / Hermann Rappe zur Gewerkschaftspolitik im Europäischen Binnenmarkt — Tarifvertrag über ‚technologische‘ Sonntagsarbeit“: „Man müsse sich klarmachen, daß Spanien 1993 Inland sei. Aus technologischen und Wettbewerbsgründen könne Sonntagsarbeit in bestimmten Bereichen auf die Dauer nicht vermieden werden. In Tarifverträgen müsse aber festgelegt werden, auf welche Bereiche das zu beschränken sei; Rappe ist der Meinung, daß es immer nur kleinere Abteilungen eines Betriebes sein könnten, in denen Sonntagsarbeit aus Konkurrenzgründen unvermeidlich werde.“

Die Beschlußlage des Gewerkschafts-



Rappe behauptet die Identität der Interessen zwischen Gewerkschaften und Kapitalisten in chemie- und industriepolitischen Fragen.

tages ist bezüglich der Wochenendarbeit anders! Im vom Hauptvorstand vorgelegten Antrag D 15 (Gegen die Wende im Arbeitsrecht), der einstimmig beschlossen wurde, heißt es: „Die Bundesregierung will (...) die Ausnahmebestimmungen für Samstags- und Sonntagsarbeit erweitern. Der Gewerkschaftstag der IG CPK wendet sich gegen derartige gesetzliche Verschlechterungen ...“ Die durch diesen Beschluß leider „erledigten“ Anträge D 22 und D 23 hatten ausdrücklich den Erhalt des jetzigen Verbots der Sonntagsarbeit (Gewerbeordnung § 105a) gefordert. Der bei 2 Enthaltungen einstimmig beschlossene Antrag G 44 (Flexibilisierung der Arbeitszeit) lautet: „Der Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik sowie die Manteltarifkommissionen werden aufgefordert, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, daß bei der nächstmöglichen Veränderung der Manteltarifverträge keine Regelungen aufgenommen werden, die die Flexibilisierung der Arbeitszeit bzw. die Ausdehnung der Maschinenlaufzeiten und damit die Ausdehnung der Arbeitszeit auf das Wochenende fördern.“ Die als Material zu diesem Beschluß verwiesenen Anträge G 45 bis G 50 beinhalten ausdrücklich den Erhalt der 5-Tage-Woche von Montag bis Freitag und des freien Wochenendes. Für den Schichtbereich sollte erreicht werden, daß die Samstags-, Sonntags- und Nacharbeit reduziert wird und bestehende Schichtrhythmen nicht zum Nachteil der Schichtarbeiter verändert werden.

In Sachen Entgelttarifvertrag forderten zahlreiche Anträge Nachbesserungen, vor allem für die unteren Entgeltgruppen. Die Gefahr der Abkoppelung der Gruppen unterhalb Facharbeiter mit dreijähriger Ausbildung wurde auch in Redebeiträgen von Delegierten betont. Leider wurden die unterstützenswerten Anträge G 2 bis G 9 nur als Material an die zuständigen Entgelttarifkommissionen überwiesen. Auf konkrete Forderungen für Nachbesserungen im unteren Bereich bereits bei den nächsten Verhandlungen 1990/91 ließ sich der für Tariffragen zuständige Horst Mettke — der zwar nicht bestreiten konnte, daß die unteren Einkommen besser sein könnten, aber für „Behutsamkeit“ warb — nicht festlegen.

Die Ausschluß der gesamten Vertrauenskörperleitung von Boehringer Mannheim durch den Hauptvorstand (siehe Politische Berichte 17/88) war zwar Thema auf dem Gewerkschaftstag und stieß auch bei etlichen Delegierten auf Kritik — ebenso wie einige Delegierte den Kurs der „Sozialpartnerschaft“ und der „gesamtgesellschaftlichen Verabredung“ angriffen und als gescheitert bezeichneten —, angesichts der auf dem Gewerkschaftstag vorherrschenden Meinung und mit dem Beschwerdeausschuß im Rücken konnte Rappe aber bestimmt entgegen, er ließe sich die Politik der IG Chemie nicht „umdrehen“. — (mio)

Aus dem beschlossenen Leitantrag des Chemie-Gewerkschaftstags 1988

Chemie der Zukunft — Chancen für die Zukunft

(...) Die chemische Industrie ist einer der wichtigsten und innovationsfähigsten Industriezweige in der Bundesrepublik Deutschland. Chemische Verfahren und Produkte nehmen im täglichen Leben und in allen Wirtschaftszweigen ständig an Bedeutung zu; vielfach wird eine wirtschaftliche Tätigkeit erst durch und mit Chemie ermöglicht. (...) Ziel des Wirtschaftens ist die Erhaltung und Sicherung eines hohen Lebensstandards für die Menschen in einer intakten Umwelt. (...) Unsere Konzeption definiert die künftige Gestaltung der chemischen Industrie und stellt sie in ihre gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge. In der Verknüpfung von ökonomischen und ökologischen Zielen sehen wir die Chancen für eine positive Weiterentwicklung von Industriegesellschaft und Sozialstaat.

Es muß wieder Vertrauen für den Erhalt und den Ausbau chemischer Produktionen und damit verbundene Wirtschaftsbereiche innerhalb der Gesellschaft erreicht werden. Hierzu sind klare Anforderungen an die chemische Industrie zu stellen.

Die Chemieunternehmen tragen Verantwortung für sichere, gesundheits- und umweltverträgliche Produkte und deren Herstellung. (...)

Die chemische Industrie muß sich zur ökologischen Verantwortung der Industrie bekennen. (...)

Zur langfristigen Sicherung des Industriestandortes Bundesrepublik Deutschland und zum Ausbau der Anzahl der Arbeitsplätze sind noch höhere Investitionen in Sachanlagen sowie für Forschung und Entwicklung durch die chemische Industrie notwendig.

(...) Eine zielgerichtete Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik muß — unter Berücksichtigung regionaler und sektoraler Bedingungen — für eine strukturelle politische Planung sorgen. Durch Rahmenregelungen sind für Wirtschaftsförderung, für Wissenschaft und Forschung, Aus- und Weiterbildung sowie für Arbeits-, Umwelt- und Gesundheitsschutz Bedingungen zu schaffen, die Erhalt und Ausbau unserer Industriegesellschaft sichern. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit muß erhalten und gestärkt werden.

(...) Staatliche Politik muß durch den Abschluß einheitlicher oder vergleichbarer Regeln für international gleiche Sicherheits- und Wettbewerbsbedingungen sorgen; das schließt auch Kon-

trolle und Überwachung dieser Regelungen ein.

Bei den internationalen Organisationen, insbesondere der Kommission der Europäischen Gemeinschaft, sind bei der Gestaltung der Rahmenregelungen durch entsprechende Vereinbarungen den Gewerkschaften Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte einzuräumen.

(...) Die Sicherung des Industriestandorts Bundesrepublik Deutschland muß auch über einen Ausbau der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen erfolgen. Industriepolitik bedeutet damit auch Standortvorsorge, Planung neuer Produktlinien, besonders für Chemiesparten, die von Umstrukturierungen betroffen sind; Standortvorsorge gehört damit zu den wichtigsten Zielen einer forschungs- und entwicklungsorientierten Chemiepolitik. Die Vorstellung von einem Forschungsland Bundesrepublik Deutschland mit überwiegender Produktion in Übersee liegt nicht in unserem Interesse.

(...) Die Umsetzung unserer chemiepolitischen Positionen kann nur gelingen, wenn eine entsprechende gewerkschaftliche Beteiligung an wirtschaftlichen und industriellen Planungen erfolgt. Sie setzt gegenseitige Anerkennung der Sozialpartner voraus. Sie verlangt darüber hinaus Einigungswillen bei strittigen Themen und unterschiedlichen Bewertungen. Identität der Interessen in industrie- und chemiepolitischen Fragen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern kann jedoch den Interessengegensatz in weiteren politischen Handlungsfeldern nicht aufheben.

(...) Die Gesprächsfähigkeit und -bereitschaft über die Ziele der chemischen Industrie und über die unterschiedlichen Anliegen und Vorstellungen von Gewerkschaften und Arbeitgebern sind eine notwendige Grundlage für die ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft.

(...) Wir gehen davon aus, daß eine Sicherung der chemischen Industrie in der Bundesrepublik Deutschland gemeinsam von den Sozialpartnern betrieben werden muß.

Dies setzt die gegenseitige Anerkennung unterschiedlicher Arbeitsschwerpunkte und Interessen voraus. Industrielle und wirtschaftliche Interessen werden dabei vorrangig die Leitlinie für die Arbeitgeber sein. Unser Interesse zielt vorrangig auf eine humane und umweltgerechte Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen und ihrer Familien. (...)

Tag des Flüchtlings

München. Die Fraktion der Grünen im Bayerischen Landtag führt zum Tag des Flüchtlings am 29. September ein Hearing im Landtag durch unter dem Titel „Flüchtlinge aus der ‚Dritten Welt‘ in Bayern“. Es ist öffentlich und findet von 10-16 Uhr im Landtag statt. Das Hearing soll informieren über

— Ursachen und Ausmaß weltweiter Flüchtlingsbewegungen (Referent Alexander von Pechmann)

— die rechtliche Situation in Bayern, Exkurs: Vergleich zur europäischen Gesetzgebung (Referenten Rechtsanwalt H. Heinhold und Wolfgang v. Nostiz, Mitglied des Europa-Parlaments)

— die konkreten Lebensumstände der Flüchtlinge in Bayern (Referentin Lili Schlumberger, Bayer. Flüchtlingsrat).

In München führen Verbände, kirchliche Gruppierungen und der Münchner Flüchtlingsrat am Samstag, den 1.10. von 10–14 Uhr einen Infostand in der Fußgängerzone durch.

Zur Zeit wird von Amnesty eine Unterschriftensammlung durchgeführt, um für den türkischen Dichter Cengiz Dogu einen sicheren Aufenthaltsstatus durchzusetzen. — (lsc)

GEW-Veranstaltung zur „Reichspogromnacht“

Freiburg. Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht kamen ca. 50 Menschen zu einer Veranstaltung des Kreisverbandes der GEW. Zwei Referenten der Politik- und Kulturgruppe Waldkirch berichteten über nazistische Umtriebe und Organisationen im Raum Südbaden. In der anschließenden Diskussion wurde von einigen Lehrern darauf hingewiesen, daß nicht nur die Lehrpläneinheiten zum Thema Nationalsozialismus von Kultusminister Mayer-Vorfelder drastisch reduziert werden sollen, sondern auch daß es immer schwieriger werde, für das Thema im Unterricht Interesse bei den Schülern zu wecken. Fahrten in KZ-Gedenkstätten würden von einigen Klassen inzwischen abgelehnt. Ein Lehrer meinte, Schüler müßten sich identifizieren können, und schlug vor, verstärkt dies durch Behandlung des antifaschistischen Widerstands zu versuchen. Andere Beiträge gingen eher in die Richtung, daß der heutige Faschismus und Rassismus verstärkt behandelt werden müßte. Schüler hätten vielfältig mit Auffassungen wie „Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“ zu tun, z.B. über ihre eigene Suche nach einem Ausbildungsplatz. Hier müsse der Anknüpfungspunkt für die Behandlung des Themas im Unterricht liegen. Der Raum dafür sei allerdings immer enger, da Mayer-Vorfelder selbst inzwischen in den faschistischen Magazinen MUT und „Nation Europa“ publiziere. — (ulb)



Der Vertrag über die Städtepartnerschaft zwischen Salzgitter und der DDR-Stadt Gotha wurde am 20.9.88 in Salzgitter ratifiziert. Die Gothaer Stadtverordneten begrüßten, daß sich die Mehrheit der Ratsmitglieder in Salzgitter für die Auflösung der zentralen Erfassungstelle, mit der widerrechtlich die westdeutsche Gerichtshoheit auf Bürger der DDR ausgedehnt wird, ausgesprochen haben. — (gba)

Gericht spricht NPD Räume zu

Bielefeld. Das VG Minden hat jetzt die Stadt Bielefeld verpflichtet, dem NPD-Kreisverband monatlich öffentliche Räume für Mitgliederversammlungen zur Verfügung zu stellen, falls die NPD keine anderweitigen Räume (Gaststätten o.ä.) finde. Vorausgegangen war: Die NPD wollte letztes Jahr ihre Mitgliederversammlung im „Haus des Handwerks“ abhalten, aufgrund öffentlichen Drucks zog der Pächter die Raumzusage zurück, daraufhin verlangte die NPD einen Raum von der Stadt, die dies verweigerte. Die NPD erwirkte beim VG Minden eine einstweilige Verfügung, die das OVG Münster jedoch wieder aussetzte. Die Stadt wird Widerspruch gegen das Urteil beim OVG Münster einlegen unter Verweis auf Art. 139 GG, erklärte aber gleichzeitig, daß sie sich keine Erfolgsaussicht ausrechne, da die Bielefelder Dozentin Lübke-Wolff in einem NJW-Gutachten Art. 139 GG für obsolet erklärt habe. — (ads)

Demonstration gegen den IWF

München. Bei starkem Regen versammelten sich am 16.9. zur Auftaktkundgebung an der Münchner Freiheit ca. 400 Leute. Im Laufe der Demonstration wuchs der Zug auf ca. 2000 Leute an. Bis auf Provokationen seitens der Polizei durch gefährliches Reindrängeln mit Motorrädern in den Demo-Zug und ständiger Spalierbegleitung, verlief die Demo bis zur Kundgebung am Odeonsplatz ohne Festnahmen. Dort entstand kurz nach Beginn der Kundgebung ein Gerangel mit dem USK. Gauweilers Sonderpolizei beabsichtigte u.a., den Demokratischen Informationsdienst (Anti-Strauß-

Komitee) nach etwaigen Verunglimpfungen etc. zu überprüfen. Die Redebeiträge zu IWF, gewerkschaftliche Solidarität und zu Kurden konnten wegen der Polizeiübergriffe nur ziemlich unkonzentriert verfolgt werden. — (ibm)

Maulkorburteil für Coordination gegen Bayer-Gefahren

Köln. Am 20. September verkündete der Vorsitzende Richter des 15. Senats des OLG Köln (Pressesensat), das zweitinstanzliche Urteil in dem vom Bayer-Konzern erzwungenen Prozeß gegen die „Coordination gegen die Bayer-Gefahren“ und den Sprecher der Coordination. Es verurteilte berechtigte Kritik als „Diffamierung“ und kriminalisierte Tatsachen: daß Bayer von einer „grenzenlosen Sucht nach Profiten“ getrieben werde; daß Multis „die Menschenrechte verletzen und gegen demokratische Prinzipien und politische Fairneß verstoßen“; daß Multis „willfähige Politiker unterstützen und finanzieren“. Der Sprecher der Coordination erklärte zu dem Urteil: „Dieses Urteil ist ein politisches Urteil. Hier wird Kritik an dem Multi Bayer mit juristisch fragwürdigen Konstruktionen zum Schweigen gebracht und kriminalisiert. Die von uns vorgelegten zahlreichen Beweise ... werden einfach unter den Teppich gekehrt. Die Tragweite des Urteils reicht weit über den Streit zwischen dem Bayer-Konzern und uns hinaus ... Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Attacken des Bayer-Konzerns gegen den Westdeutschen Rundfunk ... erhält dieses Urteil besondere Bedeutung.“ Die Coordination fordert zu öffentlicher Unterstützung in dem Verfahren auf. Sie will alle Rechtsmittel gegen das Urteil ausschöpfen. — (uld)

Krankenhausplanung

Bedarfsplanung oder verordnete Einschränkung?

Flensburg. In Schleswig-Holstein hat die Veröffentlichung eines noch von der CDU-Landesregierung in Auftrag gegebenen Gutachtens zur Krankenhausplanung von der Gesellschaft für Systemberatung im Gesundheitswesen (GSbG) für Aufregung gesorgt. Der jetzige Sozialminister Jansen betonte, das Gutachten habe keine „Entscheidungsautomatik“ und die Landesregierung werde in Diskussionen mit allen Betroffenen bis zum Jahr 1990 die Krankenhausplanung fortzuschreiben. Das Gutachten der GSbG errechnet, daß in den kommenden Jahren 1504 (9,5%) Betten — ausgehend von den derzeit geförderten Planbetten — gestrichen werden müßten. Elf Krankenhäuser, darunter sechs Kreis- bzw. städ-

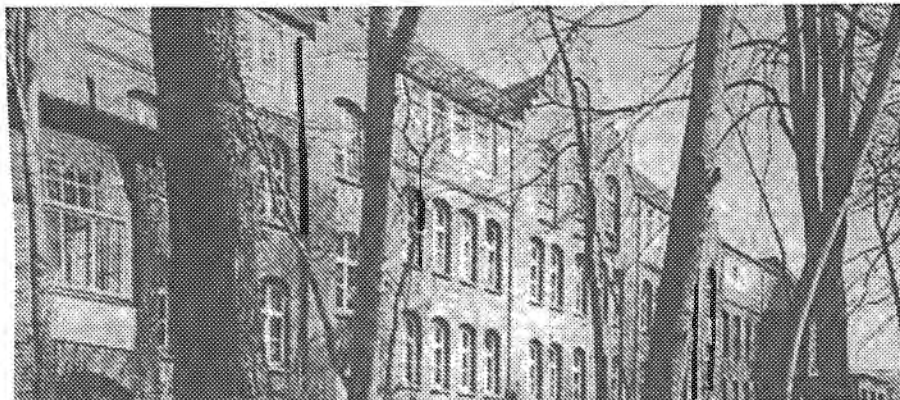
fristig eine Dezentralisierung in der Versorgung psychisch Kranker anzustreben. Außerdem beabsichtige sie, in je einem Kreis und einer kreisfreien Stadt ein Modellkonzept zur ambulanten Betreuung aufzubauen. Jetzt weist der Gesundheitsminister darauf hin, daß dies natürlich nur „im Rahmen finanzieller Möglichkeiten gestaltbar ist“.

Aus einer „Strukturanalyse des Gesundheitswesens in Schleswig-Holstein“, die dieselbe Gesellschaft im Auftrag der Robert-Bosch-Stiftung 1978 veröffentlichte, gehen einige interessante Fakten für die Beurteilung des aktuellen Gutachtens hervor. So weist z.B. Schleswig-Holstein im Zeitraum 1966 bis 1975 im Vergleich mit allen anderen Bundeslän-

Nachbehandlung frei sind. Eine Kürzung der Verweildauer drückt auch nicht schnelleres Gesundwerden aus, sondern den Zwang der Verhältnisse. Der tatsächliche Gesundheits- bzw. Krankheitszustand der Bevölkerung spielt in diesen Berechnungen allerdings keine Rolle.

Seit 1970 wurde in Schleswig-Holstein, zunächst auf freiwilliger Basis, ab 1974 als Pflicht die Diagnosestatistik eingeführt. Sie gibt Auskunft über abgeschlossene Fälle nach Verweildauer, Pflegetagen, Abteilung und Diagnosen usw. Damit wurden die Daten beschafft, die dem aktuellen Gutachten der GSbG zugrundeliegen. Wie nützlich diese Daten sein können hat auch die Bundesregierung erkannt und in der Pflegesatzverordnung von 1984 vorgeschrieben, daß alle Krankenhäuser eine Diagnosestatistik als Teil ihrer Leistungsnachweise erbringen müssen.

Quellen: Pressemitteilung der PDL zur Pressekonferenz vom 3.8.88; Gesellschaft für Systemberatung im Gesundheitswesen: Empfehlung zur Fortschreibung des Krankenhausplans — Zusammenfassung; Brandecker, Strukturanalyse des Gesundheitswesens in Schleswig-Holstein. — (ans)



Die Klinik Ost in Flensburg wird im Sommer 1989 geschlossen, dies legte bereits der letzte Bedarfsplan fest. Das Gutachten nimmt davon keine Notiz.

tische Krankenhäuser, sollen aus dem Krankenhausbedarfsplan herausgenommen werden. Gestrichen wurde v.a. in den Bereichen Kinderheilkunde und Gynäkologie/Geburtshilfe, HNO und Innere. Empfohlen werden 300 neue Betten für den Aufbau von Geriatrie (Altersheilkunde), Lungenheilkunde und Thoraxchirurgie-Abteilungen. Allerdings geht das Gutachten zumindest teilweise völlig an bereits getroffenen Entscheidungen vorbei. So taucht die im Bau befindliche städtische Frauen- und Kinderklinik Flensburg in seinen Empfehlungen gar nicht auf. Die Klinik Ost, die 1989 geschlossen wird, soll aber 120 Psychiatrie-Betten vorhalten. Für ein derartiges Gutachten ist das schon reichlich realitätsfern.

Im Bereich der Akutversorgung psychisch Kranker enthält das Gutachten drastische Vorschläge zur Umverteilung der Betten auf mehrere Krankenhäuser. Zumindest in diesem Punkt stimmt seine Richtung mit den Plänen der neuen Landesregierung überein, die in der Regierungserklärung angekündigt hatte, lang-

dem eine deutlich geringere Bettendichte im Akutbereich auf. Die durchschnittliche Verweildauer in Krankenhäusern betrug 1966 17,2 Tage in SH, 19,5 Tage im Bundesdurchschnitt. 1975 lag sie bei 14,8 Tagen in SH, der Bundesdurchschnitt bei 16,7 Tagen. Auch die Krankenhaushäufigkeit (das ist die Zahl der Patienten, die im Laufe eines Jahres zur stationären Behandlung eingewiesen werden) war in Schleswig-Holstein niedriger als in den anderen Bundesländern. Die „Strukturanalyse“ der GSbG stellte eine positive Abhängigkeit zwischen Bettenangebot und Krankenhaushäufigkeit und eine negative Verbindung zwischen diesen beiden Größen und der Verweildauer fest. Je mehr die Krankenhaushäufigkeit steigt, umso geringer wird die Verweildauer. Als Ansatzpunkt für eine Beeinflussung der Kostenentwicklung wird das Bettenangebot ausgemacht. Es ist logisch, daß bei weniger Betten im Akutbereich die Krankenhaushäufigkeit auch niedriger sein muß, weil z.B. keine Operationen durchgeführt werden können, wenn keine Betten zur

Krankenhäuser

Überarbeit, Verwahrung der Pflege

Hannover. Mitglieder der Kreisfraktion der Grünen besichtigten Krankenhäuser des Landkreises Hannover (6 Krankenhäuser mit insgesamt 1735 Betten), informierten sich auf den Stationen und sprachen mit den Personalräten. Anschließend brachten sie einen Antrag im Kreistag ein, in dem sie u.a. forderten, daß bei der Aufstellung der Stellenpläne die tatsächliche Ausfallzeit berücksichtigt wird, daß Auszubildende nicht mehr auf den Stellenplan angerechnet werden, daß insbesondere der Nachtdienst besser besetzt wird und tarifliche Bestimmungen eingehalten werden.

Die Grünen begründeten ihren Antrag u.a. mit der Zunahme von Diagnostik und Therapie. Tatsächlich stieg in der Zeit von 1983—1986 z.B. am Robert-Koch-Krankenhaus die Zahl der Narkosen um 18%, die Zahl der Magenspiegelungen — unterschiedlich in den einzelnen Landkreiskrankenhäusern — um 41% bis 276%, Ultraschalluntersuchungen weisen Steigerungsraten zwischen 13% und 120% auf, am Kreiskrankenhaus in Lehrte sogar 720%. Im untersuchten Zeitraum wurde der Pflegedienst zwar um knapp 5% aufgestockt, aber die „Krankenzugänge durch Aufnahmen“ stiegen um über 8% und die durchschnittliche Liegezeit wurde nochmals um bis zu 1,5 Tagen reduziert.

Die so entstandene Mehrbelastung konnte nur zum geringen Teil durch Mehrarbeit kompensiert werden, obwohl

die Zahl der Überstunden in die Tausende geht. Die sogenannte Funktionspflege verschlingt die gesamte Arbeitskraft des Pflegepersonals, so daß die Grundpflege kaum noch stattfindet, worunter insbesondere alte pflegeintensive Patienten zu leiden haben. Ein Teil der Patienten wird unter Streßbedingungen von einer Untersuchung zur nächsten gekarrt, ein anderer Teil von Patienten wird immer mehr der Verwahrlosung preisgegeben. Bereits vor einem Jahr schrieben die Chefarzte eines Krankenhauses in einem gemeinsamen Brief: Es „geraten immer wieder Patienten in die Klasse 0 — gefährliche Pflege. Es kommen also — trotz größtmöglicher Bemühung und Sorgfalt des Pflegepersonals — u.a. mangelhafte Körperpflege Schwerstkranker, tagelange Gabe falscher Medikamente an Patienten und Akte fehlender Zuwendung zu kranken Menschen in Not vor“.

CDU, F.D.P. und die sich ebenfalls in Opposition befindliche SPD griffen die Initiative der Grünen an, eine derartige öffentliche Debatte würde dem Ruf der Krankenhäuser schaden. Der Antrag wurde abgelehnt. — (kar)

„De-Facto-Flüchtlinge“ Stadt zahlt keine Sozialhilfe

Gelsenkirchen. Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte die Auseinandersetzung darum, ob „De-Facto-Flüchtlinge“ Sozialhilfe von der Stadt Gelsenkirchen erhalten. Knapp 130 Libanesen wurde die Sozialhilfe gestrichen und sie wurden aufgefordert, nach Bayern zu fahren.

Aus dem Libanon stammen fast 80% der Asylbewerber in Gelsenkirchen. Ursprünglich war ein Großteil der Flüchtlinge nach Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen zugewiesen worden. Aus verschiedensten Gründen sind sie dann nach Gelsenkirchen gelangt und haben hier erneut einen Asylantrag gestellt. Durch Rücknahme der Asylanträge haben die Flüchtlinge dann versucht, einer Rückverteilung zu entgehen. So z.B. die Familie Hussein, die ursprünglich 1986 Regensburg zugewiesen wurde. Anfang 1988 ist die zwölfköpfige Familie nach Gelsenkirchen gezogen, da die hier lebende Tochter den herzkranken Vater pflegen sollte. Zudem hätten die zwölf Menschen in Regensburg in eineinhalb Räumen wohnen müssen. So z.B. die neunköpfige Familie Ibrahim. Nach einem israelischen Raketenangriff auf Beirut floh die Familie 1985 in die Bundesrepublik. Frau Ibrahim brach seelisch zusammen, nachdem sie nach dem Raketenangriff die zerfetzten Leichenteile ihrer Angehörigen eingesammelt hatte. Ein Nervenarzt attestierte der im baden-württembergischen Sammellager bei Weingarten zugewiesenen Frau

schwere Depressionen und empfahl die Herausnahme aus dem Sammellager. Daraufhin zog die Familie ihren Asylantrag zurück, sie wollte nach Schweden. Sie landete in Gelsenkirchen, da eine Weiterreise mit der Mutter nicht möglich war.

Beruhend auf einem Erlaß des Landesministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales vom Januar 1986 sollten die „De-Facto-Flüchtlinge“ rückgeführt werden. Als faktisches Mittel zur Durchsetzung wurde in Gelsenkirchen insbesondere die Streichung der Sozialhilfe eingesetzt. So wurde der oben genannten Familie Ibrahim wegen „illegalen Aufenthalts“ die Auszahlung der Sozialhilfe verweigert. Bereits hier setzte sich die Stadtverwaltung gegen einstweilige Anordnungen des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen hinweg, wonach für die Zahlung von Sozialhilfe an Asylbewerber der tatsächliche Aufenthalt maßgeblich ist, und nicht die Frage, ob die Familie sich „rechtmäßig“ in Gelsenkirchen aufhält oder nicht. Im Verlauf der Auseinandersetzung hat das OVG Münster der Stadtverwaltung Recht gegeben. Gleichwohl hat das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen entgegen dem OVG und der Weigerung der Stadtverwaltung Sozialhilfe zu zahlen entschieden, daß Sozialhilfe gezahlt werden müsse. Von seiten der Stadt wurde allerdings erst gezahlt, als das Verwaltungsgericht schriftlich den Gerichtsvollzieher ankündigte. Die Stadtverwaltung sieht in der Nichtauszahlung der Sozialhilfe nichts „Unmenschliches“. „Wir stellen der Familie jederzeit eine Fahrkarte nach Regensburg und ein Eßpaket zur Verfügung, so daß niemand verhungern muß“, so Rechtsdezernent Mensing.

Gegen diese Vorgehensweise hat sich u.a. B. Hannouneh vom Flüchtlingsrat Essen gewandt: „Das ganze Verfahren muß geändert werden. Die Anlaufstelle in Zirndorf darf keine Menschen verteilen.“ Alle Städte müßten regelmäßig bestimmte Summen an die Anlaufstelle zahlen, die dann auf die Menschen, egal, wo sie leben, verteilt werden. — (scm)

Wohnungsnot

Innenminister: Obdachlose einsperren

München. In den letzten Wochen machte der bayerische Innenstaatssekretär Gauweiler wieder einmal Schlagzeilen in der Münchner Lokalpresse. Mit Freiheitsentzug statt Geldstrafen — die nicht eingetrieben werden könnten — und Aufenthaltsverboten für Stadstreicher sollen in den Fußgängerzonen der Geschäfts- und Bankenviertel Leute von der Straße vertrieben werden, die sich dort mangels Zimmer oder Wohnung tagsüber und zum Teil auch in der Nacht aufhalten. Das bayerische Innenministerium

konstruiert ein persönliches Delikt, wo ein gesellschaftlicher Notstand vorliegt. Es antwortet mit Unterdrückung, wo Wohnungen, Geld und Arbeit zum Leben völlig ausreichen würde.

In München — einer Stadt mit ca. 1,3 Mio. Einwohnern — leben ungefähr 8000 Obdachlose, davon ca. 2500 in Pensionen des Beherbergungsgewerbes oder angemieteten Wohnungen, 3000 Asylbewerber in Sammelunterkünften, 5000 sogenannte „Nichtseßhafte“ in Asylern oder auf der Straße, 20000 Sozialwohnungen sind vorgemerkt. Die Zahl des Wohnungsverlusts durch Zwangsausweisung ist steigend. Über 53000 Menschen (5,8%) sind im Münchner Arbeitsamtsbezirk arbeitslos.



Wohnung? — Auf engstem Raum in heruntergekommenen Zimmern

Wenn bis 1992 ca. 50000 Sozialwohnungen aus der Mietpreisbindung fallen und erhebliche Mietsteigerungen zu erwarten sind, wird sich die Obdachlosigkeit noch weiter verschärfen.

Der Begriff „Nichtseßhafte“, der auch in der lokalen Presse immer wieder verwendet wird, kommt aus dem Faschismus. Er charakterisiert eine Personengruppe, die meist aus sozialen Gründen wohnungslos geworden ist (Arbeitslosigkeit, Verschuldung) als Menschen, die quasi freiwillig und aus charakterlichen Eigenschaften dieses Schicksal zu tragen haben. Da sie der Kapitalistenklasse nicht mehr zur Ausbeutung zur Verfügung stehen, ist ihr gesellschaftlicher Nutzen verschwunden. Sie werden diskriminiert und von staatlichen Instanzen unterdrückt. Das Grundrecht auf Wohnen als Voraussetzung zu einer regelmäßigen und menschenwürdigen Arbeit wird diesen Menschen vorenthalten. Gauweilers Politik hat Tradition. Im Jahr 1982 — damals im Münchner Stadtrat — hat er die „Schwarzen Sheriffs“ auf die „sozial lästigen Personen wie Stadstreicher, Penner und Strichjungen“ gehetzt.

Quellen: Süddt. Ztg., versch. Ausgaben; Die grüne Mamba Nr. 35; Neue Armut in München. Hrgb. Sozialreferat. — (dil)

Arbeitsbedingungen

Mauern macht krank Kampagne der IG-BSE

Hamburg. In der letzten Nummer des „Grundsteins“, der monatlichen Zeitschrift für Mitglieder der IG Bau-Steine-Erden, wurde das Erscheinen einer Broschüre angekündigt. Diese hat den Titel „Maurer: Arbeitsbelastungen, körperlicher Verschleiß, Verbesserungsmöglichkeiten“ und beruht u.a. auf Untersuchungen des Institutes für Medizinsoziologie des Universitätskrankenhauses Eppendorf/Hamburg.

In dieser Broschüre wird anhand von einigen wissenschaftlichen Studien nachgewiesen, inwieweit sich die gängige Arbeitsbelastung der Bauarbeiter schädlich auf deren Gesundheit auswirken muß. Durch den Einsatz von mehr Maschinen, aber auch durch eine enorme

Baustoffindustrie immer größere, schwerere und unhandlichere Steine auf den Markt bringt, nach dem Motto: je größer die Steine, desto mehr Quadratmeter schafft der Maurer. Daß diese Steine dann z.T. das zehnfache herkömmlicher, kleinformater Steine wiegen (ein Stein=22,5 kg), kann der Gesundheit derer, die die Steine verarbeiten, nicht zugute kommen. So ist dann auch die Erkrankung des Stütz- und Bewegungsapparates als Grund für Frühberentung (1980: 17%, 1985: 24%), Rehabilitationsmaßnahmen und Arbeitsunfälle deutlich gestiegen. Erwähnenswert ist hierzu eine Empfehlung der Niederländischen Berufsgenossenschaften, die für häufige Tätigkeiten (z.B. Mauern, Tra-

sein können).

Eine Studie, die Hamburger Maurer mit Beschäftigten von Strom- und Hafenbau vergleicht, zeigt ein unterschiedliches Erkrankungsrisiko. Demnach erkranken Maurer zweieinhalbmal so häufig an der linken Schulter und viermal so häufig am linken Ellenbogen. An der linken Hand, mit der der Maurer ja meistens die schweren, häufig auch feuchten und rauen Steine bewegen muß, ist das Erkrankungsrisiko sogar fünfmal so hoch!

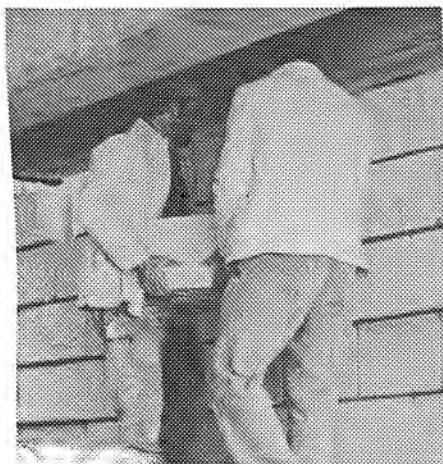
Dementsprechend ist auch die subjektive Einschätzung der Arbeit durch die Arbeiter. Während 89% der Maurer angaben, sie würden schwer arbeiten, waren nur 38% der Beschäftigten bei Strom- und Hafenbau dieser Meinung. 62% der Maurer meinten ferner, daß ihre Arbeit unter Zeitdruck geschehe (19% bei Strom- und Hafenbau). Eine ungünstige, also unbequeme und ungesunde Körperhaltung müssen ebenfalls 89% der Maurer einnehmen, während dies nur 44% der bei Strom- und Hafenbau Arbeitenden tun müssen. Immerhin klagen 58% der Maurer über sich immer wiederholende Bewegungen (11% bei Strom- und Hafenbau). Einzig bei der Einschätzung der Unfallgefahr bei der ausgeführten Arbeit waren die Zahlen ähnlich (65% der Maurer, und 53% der Beschäftigten bei Strom- und Hafenbau halten ihre Arbeit für unfallgefährlich).

Bemerkenswert ist, daß die gesundheitsschädigende Wirkung durch krebserregende Baustoffe wie Asbest, Feinstäube, Vibrationen oder Lärm noch kaum berücksichtigt sind.

In der Broschüre werden mehrere Möglichkeiten zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im betrieblichen und überbetrieblichen Bereich genannt. So wird die Erarbeitung von Normen und Bestimmungen z.B. für Höchstgewichte (von Steinen und Materialien), für geänderte Arbeitszeitrichtwerte, Pausen und Erholungszeiten und qualifizierte Inhalte der Arbeit angeregt. Außerdem wird die Anerkennung von Erkrankungen der Bewegungsorgane als Berufskrankheit gefordert und die Einrichtung von Beratungsstellen für Arbeitsschutzfragen angeregt. Für den betrieblichen Bereich stellt die IG-BSE folgende Forderungen auf: Einhaltung der existierenden Arbeitsschutzvorschriften, Weiterbildung der Beschäftigten in Fragen ergonomischer Arbeitstechniken, Förderung einer breiten Diskussion über Erkrankungsrisiken und Möglichkeiten der Vorbeugung.

Mit dem Ende der „Sommerpause“ werden demnächst wieder die Fachgruppen- und Ortsverbandssitzungen stattfinden, auf denen die in der Broschüre angeschnittenen Fragen zur Diskussion stehen werden. Abzuwarten bleibt, inwieweit diese Kampagne in der gewerkschaftlichen Praxis umgesetzt wird.

— (fau/r)



Heben und Tragen großformatiger Steine. Risikofaktoren bilden hier auch die ungünstige Standfläche und die Drehbewegungen.

Verkürzung der Zeitvorgaben für die einzelnen Arbeitsgänge wird dem Bauarbeiter heute eine 50% höhere Arbeitsleistung abverlangt als noch vor 10 Jahren. Auch sind einzelne unterschiedliche Arbeiten nicht mehr von einem Arbeiter zu erledigen, sondern es hat eine starke Spezialisierung um sich gegriffen: Während früher z.B. ein Maurer die Hälfte seiner Arbeitszeit mit Nebentätigkeiten verbrachte (Mörtel anrühren, Fugen auskratzen), so muß er heute zu 85% nur eines tun, nämlich mauern. Das hat zur Folge, daß bei der Frühverrentung in der Berufsgruppe der Maurer — mit etwa 300 000 Erwerbstätigen einem Drittel aller im Bauhauptgewerbe Beschäftigten — gut die Hälfte betroffen sind. Der Bezug einer Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitsrente — ohne Unfälle — liegt im Durchschnitt bei 53,9 Jahren. Das bedeutet, daß 50% der Maurer zehn Jahre früher als der übliche Arbeiter in Rente geht.

Seit längerer Zeit ist es so, daß die

gen von Schutt in Eimern oder Holzbalken über mehrere Geschosse und Stunden) unter ungünstigen Arbeitsbedingungen eine Höchstbelastung von 5 bis 8 Kilogramm, unter günstigen bzw. idealen Arbeitsbedingungen eine Belastung von höchstens 15 bis 18 Kilogramm empfehlen. Daß die Praxis davon weit entfernt ist, kann man anhand der handelsüblichen Verpackung von Zement in 50 kg Säcken leicht ausrechnen. Aufgrund der geltenden Regelungen dürfen Männer Lasten tragen, die von 45 kg in der DDR über 56 kg in Mexiko bis zu 80 kg in China und 90 kg in Bangladesch und Pakistan reichen.

Daß solche ungesunden Belastungen selbst auf unverbrauchte Jugendliche nicht gerade angenehm wirken, zeigt sich u.a. daran, daß ein Drittel aller, die auf dem Bau eine Lehre beginnen, diese trotz der relativ hohen Entlohnung vorzeitig abbrechen (wobei Wind und Wetter — denen man als Bauarbeiter ausgeliefert ist — das Tüpfelchen auf dem i

DVU in Passau

**1 500 demonstrieren
Stadtrat: Verbot**

Passau. Rund 700 Beamte der Bereitschaftspolizei und des Bundesgrenzschutzes waren aufgeboten, damit die DVU-Liste D am 18. September ihre „Großveranstaltung“ in der Passauer Nibelungenhalle durchführen konnte. Die Halle war hermetisch abgeriegelt, auf sämtlichen Hauptzufahrtsstraßen fanden Polizeikontrollen statt. Dabei wurden mindestens drei Antifaschisten in „Vorbeugehaft“ genommen, sie mußten allerdings nach zwei Stunden wieder freigelassen werden.

Ca. 1 500 Antifaschistinnen und Antifaschisten waren dem Aufruf „Kein Nazitreffen in Passau und anderwo“, der von einem breiten Bündnis getragen wurde, gefolgt. Mit Sprechchören und zahlreichen Transparenten zog der Demonstrationzug gegen Mittag durch die Passauer Innenstadt. Dabei ging eine Scheibe einer Bäckerei zu Bruch hinter der mehrere seitenverkehrte aus Brotteig geflochtene Hakenkreuze ausgestellt waren.

Auf der Abschlußkundgebung, die „außerhalb der Wurfweite“, d.h. rund 650 Meter von der Nibelungenhalle entfernt stattfand, sprachen Grüne, Jusos, VVN und Autonome sowie ein Vertreter der KPI aus Bozen. Anne Schulz vom Bundesvorstand der Grünen erklärte, daß bei allen Gefahren die von der DVU-Kundgebung ausgingen, nicht die Augen vor den eigentlichen Problemen verschlossen werden dürften. All denjenigen müsse entschieden entgegengetreten werden, die für Ausländerfeindlichkeit und Frauendiskriminierung einträten oder Schuld an der hohen Arbeitslosigkeit trügen. Die autonome Rednerin zeigte in ihrem Beitrag anhand des geplanten Ausländergesetzes, der Gentechnologie und der IWF/Weltbank-Tagung die Verbindungen zwischen faschistischer Propaganda und offizieller westdeutscher Politik auf.

Gleichzeitig blockierten zahlreiche Demonstranten mit Menschenketten den Haupteingang zur Nibelungenhalle. Zum Teil unter Schlagstockeinsatz wurde den Faschisten von der Polizei der Weg freigemacht. Insgesamt wurden 21 Demonstranten vorübergehend festgenommen.

Nachdem der Widerstand gegen das Treffen der Faschisten, das seit 1982 in Passau stattfindet, von Jahr zu Jahr gewachsen ist und auch internationale Beachtung findet, sahen sich die im Stadtrat vertretenen Parteien — CSU, SPD, FDP, GRÜNE — in diesem Jahr erstmalig veranlaßt, einstimmig ein „Passauer Bürgermanifest“ zu verabschieden. Die DVU wird darin aufgefordert, „den Namen unserer Stadt nicht länger in die dämpfe Ecke ihrer rechtsextremen Aktivitäten zu ziehen.“ Weiter fordern sie



Gegen „neue und alte Nazis“ demonstrierten in Passau 1 500 Menschen

darin Bundesinnenminister Zimmermann auf, „mit allen rechtstaatlichen Mitteln ein Verbot von rechtsextremen Organisationen wie der DVU zu erwirken“. Es endet mit den Worten: „Wir Passauer Bürger fordern: Schluß mit dem ‚braunen Spuk‘ in Passau“. Im Vorfeld hatte die Stadt Passau versucht, der DVU die Nibelungenhalle zu verweigern, war ihr aber vor den Verwaltungsgericht unterlegen. Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert die von rechtsextremen Organisationen bedrängten Städte in ihrem Kampf nicht allein zu lassen.

In der Nibelungenhalle sprach vor rund 2 300 Zuhörern neben dem DVU-Vorsitzenden Frey auch der NPD-Vorsitzende Mußnug. — (ror)

Kapitalistentagung

**Der Norden
bietet Chancen**

Hamburg. Schluß soll sein mit dem Negativimage des Nordens als „Armenhaus der Nation“. Dies ist eines der Ergebnisse der Kapitalistentagung „Zukunftsstandort Küste“, die am 31. August in Hamburg, auf gemeinsame Einladung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) hin stattfand. Die 1 800 anwesenden Kapitalisten und Manager aus der ganzen BRD stellten einmütig fest, daß der Standort Küste deutliche Vorteile gegenüber dem Süden der BRD bietet. Dazu gehören vor allem die Standortfaktoren wie Lohnkosten, Arbeitskraftreserven, Gewerbeflächenangebot, Gewerbesteuersätze und Energiekosten. Sie liegen im Norden deutlich günstiger als im Süden.

Das ist das Ergebnis des in den letzten Jahren vollzogenen Strukturwandels, der dazu führte, daß die Region Nord-

deutschland immer stärker nach den Anforderungen der Kapitalisten ausgerichtet wurde. So sind von 1975-1985 insgesamt 250 000 Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe in Handel und Verkehr vernichtet worden. 1975 waren noch 41% aller erwerbstätigen Hamburger im produzierenden Gewerbe tätig, mittlerweile sind es noch 25%. Dieser Wandlungsprozeß brachte Hamburg und Bremen an die Spitze der Arbeitslosenstatistik. Das ist das, was die Kapitalisten als Arbeitskraftreserve bezeichnen, die ihnen zu günstigsten Preisen zur Verfügung stehen: so liegt das Lohnniveau in Schleswig-Holstein um 6,4% unter dem Bundesdurchschnitt. Doch die Kapitalisten starten weitere Angriffe auf das Lohnniveau im Norden. So z.B. der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie Necker: „Die Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze muß Vorrang haben vor weiteren Einkommenssteigerungen für immer weniger Beschäftigte.“

Der Dienstleistungs- und Hochtechnologiebereich sollen weiter ausgebaut werden, so daß schon jetzt der Bedarf an Fach- und Führungskräften steigt. Damit steigt die Bedeutung des Standortfaktors Freizeit, schließlich brauchen diese Leute eine entsprechende Umgebung mit ausreichenden kulturellen Angeboten. Diese Umgebung soll durch Sanierung und Projekte wie Flora, Eisenstein (ein Yuppie-Treff in Ottensen) etc. geschaffen werden.

Wie empfindlich die Kapitalisten auf jede Art von Widerstand reagieren, ließ sich an den Äußerungen zur Hafenstraße erkennen. Zum Störfaktor Nr.1 in Sachen Wirtschaftsklima wurde die Hafenstraße erklärt. Die Feinde der Hafenstraße sehen sogar die wirtschaftliche Zukunft in Gefahr, wenn nichts getan wird. In diesem Zusammenhang kam Bürgermeister Vöschler nicht umhin, deutlich zu machen, wessen Diener er ist, und sagte auf dieser Tagung: „Sagen Sie, was Sie von uns erwarten.“ — (fau/r)



Kapitalisten in Geschlossenheit: Stihl, Necker, Murmann

Antifaschistische Bündnispolitik

Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen NRW festigt sich

Essen. Rund 160 Antifaschisten beteiligten sich an der 9. Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen NRW, die am 17.9. in Essen stattfand. Zu den Teilnehmern gehörten Mitglieder von VVN/BdA, DKP, Volksfront, VSP, BWK, MLPD, Demokratischen Sozialisten, Jungdemokraten, SPD und Autonome. Ausdrücklich unterstützt wurde die Konferenz auch vom Landesvorstand der Grünen.

Die Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen entstand 1984 als Ruhrgebietskonferenz. Sie wurde von Mitgliedern der DKP, der VVN/BdA und der Volksfront, die im Bündnis „Wattenscheider Aktionswoche gegen Faschismus und Krieg“ in Bochum zusammenarbeiteten, initiiert und war eine Reaktion auf die wachsenden Aktivitäten faschistischer Kräfte im Ruhrgebiet, insbesondere der FAP. Schwerpunkt der ersten Konferenzen war der Austausch von Informationen und Erfahrungen antifaschistischer Arbeit.

Im Zuge der Vorbereitung der landesweiten Demonstration gegen die FAP im Juni 1986 in Duisburg konnten zumindest ein Stück weit die Grundlagen der Zusammenarbeit geklärt werden. Umstritten waren sowohl die Notwendigkeit einer Kritik faschistischer Ziele als auch die Forderung nach Verbot faschistischer Organisationen. Der Aufruf zur Duisburger Demonstration benannte immerhin wichtige Ziele der Faschisten, wandte sich gegen Rassismus, Revanchismus und Volksgemeinschaft und kritisierte die FAP als arbeiterfeindlich. Er hielt fest, daß die Alliierten Kontrollratsgesetze und Art. 139 Grundgesetz gültig und faschistische Organisationen verboten sind.

Diese Grundlagen reichten für eine mit annähernd 5000 Teilnehmern große Demonstration, das Bündnis ging von den Autonomen bis hinein in die Gewerkschaften und die SPD. Daß die Streitpunkte nicht beigelegt waren, zeigte sich jedoch in unterschiedlichen Stellungnahmen in den Kundgebungsreden.

Zwar konnte nicht verhindert werden, daß ein Teil der autonomen Gruppen sich an der Konferenz nicht mehr beteiligte, bei der folgenden Konferenz im Dezember 1986 in Marl wurden jedoch Fortschritte erreicht. Erstmals lag der Schwerpunkt der Konferenz auf Arbeitsgruppen, die u.a. der Verbesserung der Kritik faschistischer und reaktionärer Politik dienten. Zu den Bundestagswahlen 1987 wandte sich die Konferenz in einem Offenen Brief an die Wahlauschüsse und forderte die Nichtzulassung

faschistischer Organisationen auf Grundlage von Art. 139 Grundgesetz.

An der folgenden Konferenz in St. Augustin beteiligten sich über 200 Antifaschisten, die behandelten Themen wurden deutlich breiter, als zuvor. Der DGB trat als Mitveranstalter auf, die Stadt unterstützte die Konferenz offiziell. Beschlossen wurde eine Demonstration gegen das NF-Zentrum in Bielefeld, die — nach Streit um Fragen der Bündnispolitik bei mehreren Koordinationstreffen — im Oktober 1987 als örtliche, regionale Demonstration mit 2500 Teilnehmern stattfand. Trotz diffamierender Pressehetze der Bielefelder CDU und deutlicher Distanz der SPD beteiligten sich an der folgenden Konferenz in Bielefeld 160 Teilnehmer.

In Essen konnten die Versuche bürgerlicher Kräfte, die Antifaschisten zu isolieren, weiter durchbrochen werden. Die IG Metall und die GEW begrüßten die Konferenz offiziell, das Jugendamt der Stadt beteiligte sich an der Finanzierung, Vertreter des Ausländerbeirates und des Oberbürgermeisters sprachen Grußworte.

Insgesamt neun Arbeitsgruppen fanden statt, darunter mehrere zu antifaschistischer Jugendarbeit. Auf Interesse stießen insbesondere die Arbeitsgruppe „Die Hauptkräfte des Neofaschismus im Aufwind“, die sich vor allem mit NPD und DVU auseinandersetzte, und — mit jeweils rund 30 Teilnehmern — die Arbeitsgruppen „Die ‚Neue Rechte‘ auf dem Vormarsch: Spiritualismus, Okkultismus, New Age, Naturreligion“ sowie

„Antifaschistische Strategie und Bündnispolitik“. Die Beurteilung von Versuchen der „Neuen Rechten“, ökologische Theorien zu vereinnahmen, ist nicht abgeschlossen. Immerhin wurde der nebenstehende Offene Brief von der Arbeitsgruppe und vom Plenum mit großer Mehrheit gebilligt.

Das Abschlußplenum billigte einstimmig einen Brief an die Ruhrkohle AG, in dem die Konferenz gegen die Ausländer-Rückführungspläne dieses Konzerns protestiert. Nach ausführlicher Diskussion wurde mehrheitlich eine Erklärung gegen die Verfolgung von Feyka-Kurdisten gebilligt. Auf Grundlage der ebenfalls gebilligten „Arbeitshilfe zu den Kommunalwahlen“ soll eine Erklärung zu den Kommunalwahlen 1989 in NRW erarbeitet werden, die bei der nächsten Konferenz behandelt wird.

Die Konferenz beschloß, eine von der VVN/BdA initiierte bundesweite Konferenz zu den Europawahlen Ende Januar 1989 in Bremen zu unterstützen. Am 3.6.1989 findet ein landesweiter Aktionstag gegen faschistische Kandidaturen bei den Europawahlen statt. Verabschiedet wurde auch eine Erklärung zur Reichspogromnacht.

Daß sich die Konferenz als Instrument antifaschistischer Bündnispolitik gefestigt hat, zeigt sich nicht nur daran, daß sie in Essen immerhin das neunte Mal stattfand. Die nächste Konferenz findet im Februar 1989 in Wuppertal statt. Bis dahin wurde erstmals eine Kontaktadresse vereinbart, über die das Essener Präsidium zu erreichen ist. — (ads, wof)



Nachdem es der NPD im Juni bereits in Moers und in Emsdetten mißlungen ist, ihren diesjährigen Landesparteitag für NRW abzuhalten, scheiterte jetzt in Mülheim auch der dritte Versuch. Der Pächter des bereits angemieteten Stadthallen-Restaurants kündigte zwei Tage vorher die Räume, nachdem Gegenaktionen angemeldet worden waren und der Hauptausschuß des Rates mit Konsequenzen drohte. Die NPD verzichtete auf rechtliche Schritte, unseres Wissens konnte sie den Parteitag auch nicht anderswo abhalten.

Erklärung zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht

... Antifaschistische Aktionen zur Reichspogromnacht sind umso wichtiger, als es seit Jahren heftige Bestrebungen von faschistischen, reaktionären und konservativen Kräften gibt, die kritische Auseinandersetzung mit dem Faschismus als unliebsame „Vergangenheitsbewältigung“ zu unterbinden. Dafür steht insbesondere der „Historikerstreit“ mit seiner „Schlußstrich“-Forderung ...

Vernichtungsprogramme gegen Juden und ganze Völkerscharen waren für den Faschismus auch erforderlich, um den Widerstand in den eroberten Ländern gegen die Ausbeutung durch die deutschen Konzerne und die Unterdrückung durch den Hitler-Staat ersticken zu können. Die Konzerne profitierten mehrfach vom Antisemitismus: Die Arierisierung ermöglichte ihnen die Einverleibung von wirtschaftlichen Konkurrenten und trieb ihnen Zwangsarbeiter als Ausbeutungsobjekte zu.

Wir betrachten es mit Sorge, daß Bundeskanzler Kohl (CDU) beim 125-jährigen Jubiläum der Bayer AG sich ausdrücklich auf einen der Konzernchefs berief, die am meisten Anteil an der Förderung der Hitler-Faschisten hatten. Kohl bezog sich positiv auf die Personalpolitik des IG Farben-Aufsichtsratsvorsitzenden und späteren Wehrwirtschaftsführers Carl Duisberg ... Carl Duisberg war der Cheftheoretiker der Betriebsgemeinschaftsideologie, die die völlige Unterordnung der Lohnabhängigen unter die Interessen „ihres“ Betriebes beinhaltet ...

Arbeitshilfe zu den Kommunalwahlen

1. Forderungen gegen Faschisten und deren Aktivitäten:

... Wir fordern von den Kommunen, ... dem Beispiel der Städte Mannheim, Essen, Lübeck und vieler anderer zu folgen, deren Stadträte Beschlüsse gegen faschistische Organisationen gefaßt haben.

... (Wir) fordern insbesondere:

- Verbot faschistischer Organisationen und faschistischer Wiederbetätigung aufgrund Art. 139 GG; keine Vergabe von öffentlichen Räumen oder Plätzen für faschistische Auftritte, auch nicht für Wahlveranstaltungen, Unterbindung faschistischer Auftritte in Privaträumen auf obiger Rechtsgrundlage.
- Nichtzulassung faschistischer Kandidaturen ...

2. Antifaschistische Aufklärung und Gegenmaßnahmen:

... Wir fordern eine Kommunalpolitik, die antifaschistische Aufklärungsarbeit und die kritische Auseinandersetzung mit faschistischen Inhalten nicht behindert, ... sondern sie fördert.

Deshalb treten wir ein für:

- Finanzielle Unterstützung örtl. antifaschistischer Initiativen und Gruppen ...
- Beteiligung von antifaschistischen Initiativen und Gruppen an der Arbeit der Jugendwohlfahrtsausschüsse ...
- Ein Bedarf Einrichtung eines Koordinationsausschusses im Rat der Stadt, bei dem alle faschistischen Aktivitäten ... erfaßt und öffentlich dokumentiert werden ... (Daran) sollen sich antifaschistische Initiativen und Gruppen beteiligen können.
- ... Abteilungen mit antifaschistischer Literatur in den öffentlichen Bibliotheken ...

3. Antifaschistische Kommunalpolitik:

Wir sind für antifaschistische Grundsätze in der Kommunalpolitik. Wir sind für eine Kommunalpolitik, die sozial orientiert ist, vom Grundsatz der Gleichheit der Menschen ausgeht und von Toleranz geprägt ist. Weil wir ein Interesse daran haben, daß wir von Kommunen politische Pflichten und Handlungen einfordern können und weil wir für mehr demokratische ... Kontrolle in den Kommunen sind, wenden wir uns gegen die zunehmende Entrechtung der Kommunen durch Bund und Land und sind für ... Stärkung dezentraler, kleinräumiger Gebietskörperschaften.

a) Gegen die Entrechtung von Ausländern:

... Wir wissen, daß die in der BRD arbeitenden und lebenden Ausländer oft genug die schmutzigsten Arbeiten unter schwersten Bedingungen und schlechter Bezahlung leisten. Umso weniger können wir hinnehmen, daß den Ausländern ... die elementarsten politischen Rechte entzogen bleiben.

Deshalb fordern wir:

- Uneingeschränktes Kommunalwahlrecht für Ausländer als ersten Schritt zum allgemeinen Wahlrecht.
- Volle Unterstützung und ausreichende Finanzierung der Arbeit von Ausländerbeiräten ...
- Auflösung von Flüchtlingsheimen und -Ghettos, Bereitstellung von angemessenem Wohnraum und ausreichenden Sozialhilfebezügen ...

b) Für eine soziale Kommunalpolitik und gegen Diskriminierung:

Wir sind für eine Kommunalpolitik, die an den Interessen und Bedürfnissen der Lohnabhängigen und sozial Benachteiligten ausgerichtet ist. Deshalb sind wir gegen Wirtschaftsförderungsprogramme im Interesse der Konzerne ...

- Für kommunale Beschäftigungsprogramme. Keine Stellenstreichungen im öffentlichen Dienst.
- Ausreichende Sozialhilfesätze für Sozialhilfeempfänger ... keine Zwangs-Arbeitseinsätze von Arbeitslosen oder Sozialhilfeempfängern.
- Keine Diskriminierung und städt. Bevormundung von sozialen Gruppen wie Punker, Obdachlose usw.
- Gegen jede Form der Benachteiligung von Frauen ...

c) Gegen Revanchismus und Militarismus:

Alle faschistischen Organisationen propagieren die gewaltsame Wiederherstellung eines Großdeutschlands unter Annektierung fremder Staaten ... Jede staatliche Unterstützung revanchistischer und militaristischer Ansprüche und Politik z.B. durch Unterstützung ... der „Vertriebenenverbände“, bedeutet eine Unterstützung faschistischer Propaganda und Politik.

— Aufkündigung von Städtepatenschaften in ehemals deutschen Ostgebieten ...

— Im Zusammenhang mit Aussiedlern treten wir dagegen ein, daß die BRD ... durch die Behauptung, Staatsangehörige anderer Länder seien aufgrund ihrer deutschen Vorfahren ... deutsche Staatsangehörige, politische Vertretungs- und Einmischungsrechte postuliert. Wir sind gegen die Anwerbung von Aussiedlern durch westdeutsche Propagandakampagnen und die Schaffung von finanziellen Anreizen.

Offener Brief

1. Die 9. landesweite Konferenz der antifaschistischen Initiativen und Organisationen Nordrhein-Westfalen verurteilt die zahlreichen Solidaritätsadressen prominenter Personen, die sich schützend vor den *rechtsextremen Sektenprediger Hubertus Mynarek* gestellt haben, nur weil dieser das Wort Ökologie im Munde führt.

Mynareks „Ökologische Religion“ basiert z.T. auf den Thesen des rassistischen nationalsozialistischen Agitators Wilhelm Hauer, den Mynarek für „eine der bedeutendsten Größen der Religionswissenschaft des 20. Jahrhunderts“ hält, und den arisch-germanischen Religionsvorstellungen der Neofaschistin Sigrid Hunke, Mitarbeiterin des neurechten „Thule-Seminars“ und Ehrenpräsidentin der völkisch-rassistischen Sekte „Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft“, mit der auch Mynarek eng zusammenarbeitet ...

2. Wir sind bestürzt darüber, daß die Leiterin des Arbeitskreises Umweltethik und Frieden im BUND, *Beate Seitz-Weinzierl*, in dem Buch „Zurück zur Natur-Religion“, das von dem Mitglied der „Unitarier“-Sekte und Autor in der neofaschistischen Zeitschrift „Nation Europa“, Holger Schleip, herausgegeben wurde, gemeinsam mit Neofaschisten, Nationalrevolutionären und/oder weiteren Mitgliedern der „Unitarier“-Sekte schreibt ...

3. Wir fordern den *Deutschen paritätischen Wohlfahrtsverband (DPWV)* und seine Mitgliedsorganisationen auf, das „Unitarier-Hilfswerk“ der völkisch-rassistischen Sekte „Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft“ aus dem DPWV auszuschließen.

Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger

Hannover. Die Vorsitzende der FDP-Fraktion im Stadtrat will, einem Artikel der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ zufolge, Sozialhilfeempfänger „in großem Umfang zu gemeinnützigen Arbeiten“ heranziehen, um sie an „regelmäßige Arbeit zu gewöhnen“. Das ist dreist, heißt es doch, Sozialhilfeempfänger noch mehr als jetzt zu Zwangsarbeit bei Hungerlöhnen als Hilfskräfte beim Grünflächenamt, bei der Müllabfuhr, in Pflegeheimen usw. zu verpflichten und denen, die das ablehnen, die Sozialhilfe zu streichen. — (wjh)

ÖTV-Seeleute gegen Zweitregister

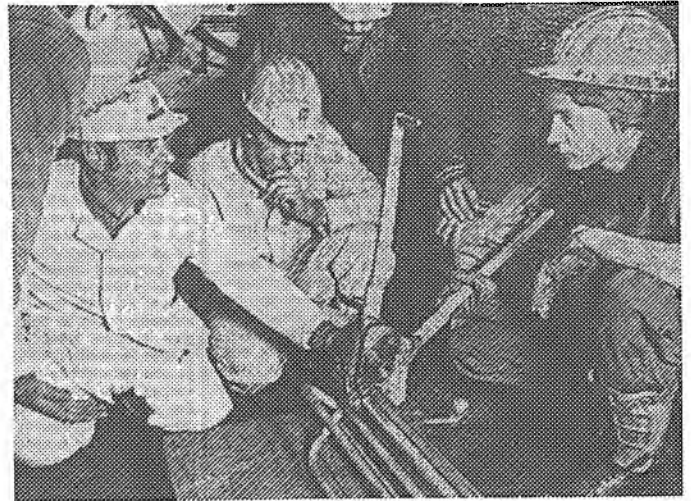
Bonn. Am 21. September fand in Bonn vor dem Verkehrsausschuß die öffentliche Anhörung zum Gesetzentwurf der Regierung statt, der die Schaffung eines zweiten, internationalen Schiffsregister für die BRD-Handelsflotte vorsieht. Durch dieses zweite Register soll es den Reedern in Zukunft gestattet sein, ausländische Seeleute zu Heimat-Heuern und -Bedingungen zu beschäftigen. Praktisch bedeutet es die Ent-

Von Anfang Oktober bis Ende November können in allen Betrieben mit mindestens fünf Wahlberechtigten alle Jugendlichen und Auszubildenden, die noch nicht 25 Jahre alt sind, erstmals eine gemeinsame Interessenvertretung wählen. Das sieht das im Juni beschlossene Gesetz vor. Bislang galt die Persönlichkeitswahl. Der DGB befürchtet, daß die anonyme Listenwahl die Regel wird, und daß die Einführung des Verhältniswahlrechts die einheitliche Interessenvertretung schwächt. Quelle: Welt der Arbeit, 22.9. — (gba)

lassung der verbliebenen 17000 deutschen und ausländischen Seeleute und die Zerschlagung des gültigen Tarifrechts. Mehrere hundert Kolleginnen und Kollegen waren dem ÖTV-Aufruf gefolgt und beteiligten sich an diesem Tag in Bonn an Protestaktionen. Während der Anhörung seilten sich in einer gewagten Aktion dreizehn Seeleute von der Bonner Konrad-Adenauer-Brücke ab mit Transparenten, auf denen stand: 17000 rufen SOS! Die mehrstündige Aktion wurde unterstützt von einem Agitationsschiff der ÖTV, das die Bonner Rheinstraße auf- und abdampfte. — (gel)



Chile: Am 15. September 1988 wurden in Santiago de Chile 140 Personen verhaftet, als sie gegen die vom Pinochet-Regime verhängte Verbannung führender Gewerkschafter protestierten. Der Vorsitzende der „Vereinigten Zentrale der Werktätigen“ (CUT), Manuel Bustos (Bild), wie auch das CUT-Präsidiumsmitglied Arturo Martinez mußten eine 18monatige Verbannung antreten. — In Concepcion, 400 Kilometer südlich von der Hauptstadt Santiago de Chile, stoppten Polizisten ein Fahrzeug, in dem sie Mitglieder der bewaffneten Oppositionsgruppe „Patriotische Front Manuel Rodriguez“ (FPMR) vermuteten. Sie erschossen einen Mann und verhafteten seinen Begleiter. (Quelle: „UZ“ 17.9.1988) — (gba)



Bosch: Samstagsarbeit verpflichtend

Stuttgart. Die Feuerbacher Bosch-Werksleitung hat den Antrag gestellt, daß 100 Beschäftigte in der Fertigung von Lichtmaschinen zwei Monate lang samstags arbeiten müssen, darunter 60 Montagearbeiterinnen. Bisher war „nur“ Überzeit auf „freiwilliger“ Basis verlangt worden. Die Sonderschichten seien nötig wegen erhöhter Abrufe von Ford Belgien und BMW. Vor allem die Arbeiterinnen lehnen die Sonderschichten ab. Auf der Betriebsratssitzung stimmten 18 Betriebsräte für Aufnahme von Verhandlungen, vier nicht freigestellte Arbeiter-Betriebsräte lehnten ab. — (ros)

Prämienlohn in den Zeitlohnabteilungen

Bad Salzdetfurth. Kein Argument der fuba-Geschäftsführer konnte die Feststellung eines Vertrauensmannes entkräften, daß „High-Tech-Propaganda“ keinem anderen Zweck als der Einschwörung auf schranken- und bedingungslose Expansion diene. Auf der Betriebsversammlung am 14.9. ging die Geschäftsleitung mit ihren Vorstellungen ans Rednerpult: Einführung von Prämienentlohnung in den Zeitlohnbereichen, Einrichtung von Fertigungsleistständen (Arbeitsorganisationsstäben) in allen Fertigungsbereichen und weitere Flexibilisierung (z.B. regelmäßige Samstagsarbeit). Der Betriebsratsvorsitzende sprach sich gegen diese Art von völliger Ignorierung der

Freizeitinteressen mehr oder weniger hart arbeitender Menschen aus, wobei er die Kapitaleigner kritisierte. — (mal)

Reha-Streik: Tarife unterzeichnet

Köln. Nach elftägiger Verzögerung unterzeichneten am 26.9. ÖTV und des Reha-Zentrum Bad Honnef die nach dem Streik verhandelten Tarifverträge. Kurz vor der für den 15.9. geplanten Unterzeichnung (Pol. Berichte 19/88, S. 28) hatte der Landschaftsverband (in dem SPD und Grüne die Mehrheit haben) dem Reha-Zentrum die Unterzeichnung der Verträge untersagt. Nachdem die ÖTV dagegen protestierte, wurden die Verträge unverändert unterzeichnet. Zugeständnis der ÖTV: Sollte der LSV die Pflegesätze des Reha-Zentrums nicht akzeptieren, ist sie zu Verhandlungen bereit — aber nicht über die Tarife. — (rül)

Mieter wehren sich

Hannover. Durch Streichung von Zuschüssen des Landes und der Stadt für Sozialwohnungen droht 214 Mietern einer Wohnanlage am Canarisweg eine Mieterhöhung von 4,14 DM pro m². Diese Erhöhung ist inzwischen allerdings schon auf 1,20 DM pro m² reduziert worden. Auf einer Podiumsdiskussion mit Vertretern der Ratsfraktionen und der Stadtverwaltung forderten die Mieter jetzt die vollständige Rücknahme der Mieterhöhungen. — (wjh)

Asylpolitik in Schleswig-Holstein

Landeserlaß vollstreckt Bundesgesetzentwurf

Elbmarschen. Seit dem 15. Juni gibt es die „Grundsätze“ der SPD-Landesregierung in Schleswig-Holstein zur Asylpolitik. Sie sollen am 1.10.88 den bis dahin geltenden Erstattungserlaß der CDU ablösen. Ein Bruch mit der reaktionären und rassistischen Asylpolitik des Sozialministeriums unter der Gräfin Brockdorff findet nicht statt, denn einer der Kernpunkte lautet: „Im Hinblick auf die bestehende Rechtslage (§ 23 AsylVfG) sollte in jedem Kreis und jeder kreisfreien Stadt mindestens eine Gemeinschaftsunterkunft vorhanden sein.“ Weiter trennen die Grundsätze scharf zwischen dezentral untergebrachten, („sollten grundsätzlich mit Barleistungen versorgt werden“) und in Sammellager internierten Asylsuchenden, („sollten grundsätzlich mit Sachleistungen versorgt werden.“) Bei letzteren soll weiter nach § 120 Bundessozialhilfegesetz (Sozialhilfe auf das zum Lebensunterhalt Unerläßliche zu kürzen) verfahren werden. Der Erstattungserlaß des CDU-Sozialministeriums vom Juni '86, welcher eine 15% Kürzung mit der rassistischen Begründung, die Lebensbedürfnisse dieser Menschen seien anders gelagert, diktierte, wird in den Grundsätzen nicht einmal erwähnt. Die SPD-Landesregierung will die Reduzierung der zur Zeit bestehenden 60 Sammellager, in denen 2600 von den 4500 in S-H lebenden Asylsuchenden interniert sind, von der Dauer der Miet- und Pachtverträge abhängig machen. Laut Sozialminister Jansen kann sich das Ganze über zehn Jahre hinziehen.

Die Grundsätze befinden sich offen im Widerspruch zu Aussagen der SPD auf Landesebene vor den Wahlen: „Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich auf Bundesebene für eine Änderung des § 23 AsylVfG einsetzen mit dem Ziel, Bestimmungen, daß Ausländer, die einen Asylantrag getellt haben, in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden sollen, zu beseitigen. Allerdings sind wir der Meinung, daß die Landesregierung ... die Möglichkeit hat, von der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften abzusehen, wie dies beispielsweise in Niedersachsen Praxis ist. Wir werden uns dafür einsetzen, daß Gemeinschaftsunterkünfte nur dort angeboten werden, wo dies Ausländer ausdrücklich wünschen.“ (Antwort der SPD auf die Wahlprüfsteine der ZBBS, Kiel). Auch der SPD müßten die sich in verschiedenen Sammellagern formierten Widerstandsaktionen der Asylsuchenden bekannt sein. Die Pinneberger Kreistagsmehrheit von SPD und Grünen hatte z.B. mit ihrem Beschluß „prinzipiell gegen Sammellager“ und für Unterbringung der Asylsuchenden in dezentralen Wohnungen durch Verhandlungen mit Wohnungsbauunternehmen die Auseinandersetzung mit dem CDU-Landrat Ende '86 nicht für sich entscheiden können. Verhaltenes Unverständnis von SPD-Kommunalvertretern über die neuen Grundsätze und Überlegungen, den vom Landrat beschlossenen 10-Jahresmietvertrag früher auslaufen zu lassen, wird vom Pressesprecher des Sozialministeriums niedergemacht: „Doppelt finanziert wird nicht“. Dabei war gerade die „Bevormundung der Kommunen“ durch den CDU-Erlass vor den Wahlen noch Gegenstand der Kritik der SPD-Landtagsfraktion.

In der Tat existieren diese Widersprüche der SPD spätestens seit der von der Reaktion angezettelten Hetzkampagne gegen Asylsuchende im Sommer '86. Die reaktionären Ziele, Schnellverfahren für Asylsuchende und bei Ablehnung sofortige Abschiebung werden durch die neuen Grundsätze der SPD nicht verhindert, sondern vollstreckt werden. Diese Ziele sind durch den Gesetzentwurf zur Neuregelung der Ausländergesetze vom Bundesinnenministerium gefestigt worden: Der Gesetzentwurf zielt auf einen ungesicherten Aufenthaltsstatus für nicht anerkannte Asylbewerber, um sie jederzeit mit möglicher

Abschiebung zu bedrohen. Es soll nicht mehr möglich sein, den Schutz vor Verfolgung als reinen Abschiebungsschutz direkt aus dem Ausländergesetz (§ 14 AuslG) ableiten zu können. Die Reaktion will Sammellager, um politische Weiterverfolgung gegenüber Asylsuchenden zu organisieren sowie den ungestörten Zugriff für Abschiebungen zu gewährleisten.

Auch die im Bundesgesetzentwurf geforderte Ausweitung zentraler Kompetenzen bei der Entscheidung und Durchführung der Abschiebungen wird von der SPD-Landesregierung begrüßt. In der Pressemitteilung der Landesregierung heißt es: „Um die Dauer der Asylverfahren zu verkürzen — allein das Verwaltungsverfahren vor dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge dauert in einzelnen Fällen mehrere Jahre — fordert die Landesregierung den Bund auf, das Personal des Bundesamtes nicht nur weiter zu verstärken, sondern auch die 1984 in der schleswig-holsteinischen Durchgangsunterkunft in Oelxdorf bei Itzehoe eingerichtete Außenstelle des Bundesamtes kontinuierlich mit Personal zu besetzen.“ Und: „Dabei werden zukünftig auch Entscheider für Angehörige aus Ostblockstaaten benötigt, um die Verfahrensabläufe bereits beim Zwischenaufenthalt der Asylbewerber in der Durchgangsunterkunft zu beschleunigen“. Die CDU ist schon an Orten dabei, Wohnungen und Wohnungsbauprogramme für ihre „Angehörigen“ zu organisieren. Die ideologische Ausrichtung des Asylverfahrensgesetzes nach Interessen des BRD-Imperialismus ist damit im Sack. Die SPD-Landesregierung geht in ihrer Pressemitteilung dann in die Offensive: „Die Landesregierung befürwortet eine Flüchtlingskonzeption der EG-Mitgliedsstaaten, um die unterschiedlichen Rechtsgrundlagen der europäischen Länder — grundgesetzlich verbrieftes Asylrecht in der Bundesrepublik, restriktive Regelungen in den Nachbarstaaten — im Interesse einer einheitlichen Politik zu harmonisieren. Auch müssen nach Ansicht der Landesregierung die Entwicklungshilfe vor Ort verstärkt und die Menschenrechte endlich garantiert werden, um bereits den Fluchtursachen zu begegnen.“ Hier lügt die SPD munter darüber weg, daß gerade imperialistische Einmischung und neokoloniale Machenschaften die politischen und ökonomischen Verhältnisse in den Herkunftsländern der Flüchtlinge zur Folge hat.

Sozialministerium versucht, möglichen Widerstand zu spalten

Möglichen Widerstand gegen die Grundsätze versucht das Landessozialministerium zu spalten, indem es sich von Wohlfahrtsverbänden und kirchlichen Einrichtungen eine Einverständniserklärung abholt. Diejenigen, welche den Widerstand der Asylbewerber an Ort und Stelle unterstützt haben, werden nicht informiert, sondern abgewiesen. Der landesweite Initiativenkreis gegen Ausländerfeindlichkeit hat gegen diese Spaltungsversuche eine Presseerklärung formuliert, in der die Widersprüche der SPD-Landesregierung angegriffen und Forderungen formuliert werden:

„Das Land sollte die Kommunen verpflichten, die Asylbewerber zügig mit Wohnungen zu versorgen. Sämtliche Kosten, die hierdurch entstehen, sollen den Kommunen durch das Land erstattet werden.“

- Abschaffung der Gemeinschaftsunterkünfte
- Abschaffung der Gemeinschaftsverpflegung
- Unterbringung der Flüchtlinge in Wohnungen. Die Kommunen sollen bei der Beschaffung von Wohnraum behilflich sein und vorhandene öffentliche Wohnungen bereitstellen.
- Kündigung aller Verträge mit Großküchen, Firmen, Vermietern, sozialen Trägern, die der Auflösung der Sammellager und der Abschaffung der Gemeinschaftsverpflegung im Wege stehen.
- Auszahlung der Sozialhilfe für jeden Asylbewerber uneingeschränkt und in bar.“

Örtliche Auseinandersetzungen gegen die Grundsätze sowie Front gegen die dort von der CDU betriebene ideologische Ausrichtung durch „Aussiedlerprogramme“ kommen nur schwer in Gang. — (arr)



Das „glückliche Paar“

Stormy Monday

Kriminal-Rührstück mit Putzmann und Kellnerin

Als „mörderischer Spekulant-poker“ wird der britische Kinofilm „Stormy Monday“ in Filmzeitschriften angekündigt. Tatsächlich ist der Film mehr ein Rührstück nach dem Muster: Aschenputtel trifft armen Prinzen, gemeinsam widerstehen sie allen bösen Mächten — oder vielleicht doch nicht?

Die Handlung spielt im britischen Newcastle, vorgestellt als eine Stadt mit hoher Arbeitslosigkeit, Slums usw., die von einem kriminellen US-Grundstückspekulanten heimgesucht wird. Dieser scheint schon ein ganzes Stadtviertel aufgekauft zu haben, nur ein jugendlicher, langhaariger, etwas schmieriger Jazzclubbesitzer weigert sich, zu verkaufen. Darauf beordert der US-Spekulant eine Newcastler Serviererin, die irgendwie aus den USA übergewechselt ist und dem US-Spekulanten aus ihrer New Yorker Zeit verbunden ist, zu sich und beauftragt sie, sich an den Putzmann, Botenjungen und vermeintlichen Bodyguard des Jazzclubbesitzers heranzumachen. Dieser soll abgelenkt werden, um den Jazzclubbesitzer überfallen und zum Verkauf seines Immobils nötigen zu können.

Der Plan geht gleich mehrfach daneben: Erst hört der Putzmann usw. zufällig von dem geplanten Anschlag auf den Jazzclubbesitzer und kann diesen warnen. Dann

verlieben sich auch noch Putzmann und Serviererin. Am Ende muß der US-Mafiosi geschlagen abziehen. Der Jazzclubbesitzer, der offenbar bestens unterrichtet war, wer da als reicher Onkel aus Amerika ankommt, und der auch ansonsten über Verbindungen zu „einschlägigen“ britischen Verbrecherkreisen verfügt, bleibt Sieger.

In diese Handlung eingestreut wird die bürgerliche Moral vom „harten Leben“, wo man „durch muß“, um „nach oben“ zu kommen. Die Serviererin muß im Auftrag des US-Mafiosi sich darum bemühen, bedeutende Stadträte für das Geschäft zu gewinnen. Früher wollte sie mal Schauspielerin werden. Der Putzmann putzt Klos und bringt zwischendurch einen der „Mitarbeiter“ des US-Mafiosi um. Der Jazzclubbesitzer ist nebenbei auch noch Betreiber eines zwielichtigen Clubs, in dem reiche Leute und Stadträte verkehren und von wo aus sie ab und an erpreßt werden. Geschäftswelt und Verbrechen treten in enger und profitabler Verbindung auf. Das macht den Film realistisch. Auch kommt am Ende weder der Putzmann noch die Serviererin „nach oben“. Ihr einziger Erfolg ist, am Leben zu bleiben.

Trotzdem endet der Film als Rührstück: Putzmann und Serviererin, allen Anschlägen glücklich entronnen, gehen händchenhaltend ihrer Zu-

kunft entgegen. Und die Moral von der Geschicht? US-Verbrecher gehen grausam mit den Menschen um, und deshalb wendet sich am Ende auch das Glück von ihnen. Sieger dagegen bleibt, wer a) Europäer und b) selbst zu seinem Putzmann gelegentlich

freundlich ist: Der Jazzclubbesitzer. Im abendländischen Großbritannien der Ära Thatcher geht es eben bei aller Ungerechtigkeit im einzelnen immer noch gerechter und am Ende auch menschenfreundlicher zu als in den USA Ronald Reagans. — (rül)

Good Morning, Vietnam

Diesmal als Komödie: Lob des aufrechten Soldaten

Schon wieder so eine Vietnam-Aufarbeitung aus den USA, in der nicht dieser Krieg kritisiert wird, sondern bloß der Mangel an Anständigkeit und Klugheit in der US-Armee. Den anständigen Amerikaner verkörpert diesmal der neue Disc-Jockey des GI-Senders in Saigon, der 1965 ziemlich verlottert aus der Etappe in Griechenland eintrifft und sich mit respektlosen Sprüchen sowie flotter Musik (James Brown statt Polka) in die Herzen der kämpfenden Truppe quasselt. Ein kluger General schätzt ihn wegen seiner Wirkung auf die Truppenmoral, seine unmittelbaren Vorgesetzten im Sender dagegen, verknöchert, engstirnig und eifersüchtig, machen dem munteren Militär-DJ das Leben schwer und vergraulen ihn schließlich, weil der nicht nur zensierte Meldungen verlesen will. Die unmittelbare Begegnung mit den US-Landsern auf dem Weg zum Einsatz, die ihrem Radio-Star zu Füßen liegen und von ihm Aufmunterung erwarten, überzeugt ihn jedoch, daß er „für die Jungs da vorne“ weitermachen

muß. Wie hart der Krieg wirklich ist, erfährt der DJ auch in Saigon, denn ein Vietnameser, mit dem er sich angefreundet hat, entpuppt sich als Vietcong, als Feind. Diese Verbindung wird ihm schließlich zum Verhängnis, er wird in die USA zurückversetzt und seine Vorgesetzten jubeln. Rührende Abschiedsszenen, ein Vermächtnis an die Kameraden am



Schluß, sollen dem Zuschauer wohl nahelegen, daß mit mehr von solchen Amerikanern der Krieg hätte gewonnen werden können — und das sauber. — (jok)

Milagro — Krieg im Bohnenfeld

Eine grüne Filmidylle über Neu-Mexiko

„Milagro — Der Krieg im Bohnenfeld“ ist die erste große Hollywood-Produktion, die sich vor allem mit den spanischsprachigen Einwohnern im Süden der USA befaßt. Der Film behandelt einen gesellschaftlichen Kon-

flikt: ein Großgrundbesitzer will mit Unterstützung der Landesregierung beim Dorf Milagro einen Sport- und Erholungspark für Reiche bauen, nur ein Acker mitten in seinem Besitz gehört noch einem Dorfbewohner. Alle

Dorfbewohner sind schon seit Jahren um ihre Wasserrechte gebracht worden, die Landwirtschaft ist für sie keine Lebensgrundlage her, tatsächlich stirbt das Dorf nach und nach aus, nahezu allen jungen Leute sind gezwungen, in der Stadt oder als Landarbeiter in der Gemüse- und Obsternte ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Der Bau des Freizeitgebietes würde den Ruin des Dorfes bedeuten: Die Landesregierung hält ängstlich geheim, daß die Ansiedlung reicher Leute sofortige Steuererhöhungen mit sich brächte, die kein Dorfbewohner aufbringen könnte. Nachdem der Ackerbesitzer

illegal Wasser auf sein Feld leitet, setzt die Landesregierung zunächst Polizei und Regierungsbeauftragte gegen die Dorfbewohner ein, gibt zum Schluß aber nach und verschiebt das Erholungsprojekt. Im Bild wendet sich der Film gegen das Abholzen der Bäume und die Zerstörungen, die mit den Erdarbeiten für den Freizeitpark verbunden sind, immer wieder tauchen Bäume zermalmende Bulldozer auf. Die Gründe, die die Leute vortragen, haben jedoch nicht mit Umweltschutz zu tun. Sie wollen ihre verzweifelte sozialen Verhältnisse ändern. — (uld)



Auf dem letzten Parteitag der CDU sammelte das Vorstandsmitglied Renate Hellwig Unterschriften unter einen Antrag, der fordert: „Kein junger Mensch bis zum 25. Lebensjahr sollte auch nur einen Tag Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe erhalten, ohne dafür wenigstens halbtags zu arbeiten oder sich weiterzubilden.“ Wie berichtet wird, unterschrieben vor allem Delegierte aus Baden-Württemberg, einschließlich den Ministern Schlee und Vetter. Frau Hellwig fühlt sich auch nicht gestört, wenn man ihr Projekt in die Nähe des Reichsarbeitsdienstes rückt.

Das siebente Zeichen

Opfer im religiösen Wahnsinn

Warum steht das Ende der Welt bevor und wie wäre sie zu retten? Das Ende der Welt steht bevor, weil die Gnade Gottes erschöpft ist. Die Gnade Gottes ist erschöpft, weil die Menschen das Gute, von dem sie wüßten, nicht tun. Also kommt's zur Verdammnis. Bis hierher ist alles klassischer Religionsunterricht. Aber dann geht's schnurstracks ab in den religiösen Wahn. Der Prüfstein guten Tuns ist im Film die Bereitschaft, im Sinne Gottes für ihn zu sterben, sich zu opfern. Wenngleich der Film nicht verschmäht, Palästinenser, Sandinisten u.ä. als typische Beispiele für das nicht Gute zu bezeichnen, zielt die Botschaft wesentlich auf den einzelnen, unpolitischen Menschen, seine Sexualität, seinen Wunsch nach Leben, seine Furcht vor dem Tode, seine Fortpflanzung. Alles in Gleichnissen. Ein breather Mann erkennt, daß seine Eltern Geschwister sind, die ihn blutschänderisch zeugten. Er geht hin und übergießt die Bruchbude, in der sie hausen, mit Benzin und läßt sie — wie sich herausstellt ganz im Sinne Gottes — verbrennen. An ihm, dem dummen Krüppel, hat Gott, der Herr, die Sünde der Eltern gerächt, und er ist das Werkzeug seiner Gerechtigkeit. Weil er nach dem Ge-

setz Gottes gehandelt hat, wird er nach dem Gesetz der Menschen hingerichtet. In diesem Gleichnis steht der Inzest für die verantwortungslose, nicht auf Fortpflanzung gerichtete Sexualität, die eine Quelle des Übels ist. Aber nicht die einzige. Intellektueller Typen fehlt es woanders. Eine Frau, die keinen Glauben und also auch keine Hoffnung hat, kann nicht guter Hoffnung bleiben. Erst als sie bereit ist, ihr Leben hinzugeben, kann sie einem Kind das Leben schenken. Dem Herrn gefällt es, auch ihr Opfer anzunehmen. Sie stirbt bei der Geburt und rettet dadurch die ganze Welt. Die fällige Wiederauferstehung feiert sie im Kinde. Kann es was Schöneres geben? Unbeabsichtigt dokumentiert der Film, wie die Entpolitisierung des Lebens den Nährboden für religiösen Wahn bildet. — (maf)



Arbeitszwang gegen Jugendliche

Reaktionärer Druck mit „Pflichtjahr“

Verschiedenste Anzeichen deuten daraufhin, daß die Bonner Koalition in absehbarer Zukunft verschiedene Maßnahmen mit der Absicht ergreifen will, Schritt für Schritt eine differenzierte Form des Arbeitszwangs gegen Jugendliche einzuführen. Zwei Schwerpunkte zu erwartender Maßnahmen werden sichtbar: Reduzierung bzw. Streichung des Arbeitslosengeldes und anderer Hilfeleistungen für arbeitslose Jugendliche; Einführung eines „Sozialen Pflichtjahres“ für junge Frauen. Letzteres war propagandistisch bereits in den vergangenen Jahren durch Werbung für das sog. „Freiwillige Soziale Jahr“ (FSJ) vorbereitet worden. Wir wollen uns im folgenden mit verschiedenen Verlautbarungen zu diesem Komplex befassen.

Ausgelöst hatte die reaktionäre Debatte darüber, wie man Jugendliche am effektivsten zur Arbeit zwingen kann, Lothar Späth Ende April, als er in den ARD-„Tagesthemen“ Kürzungen von 20 v.H. „oder sogar mehr“ der Sozialleistungen für den Fall verlangte, daß Jugendliche wiederholt Stellen- oder Ausbildungsplatzangebote ausschlagen. Er wolle nicht von einem „generellen Gammeltum“ reden, aber es sei festzustellen, daß Jugendliche oft „nicht die Kurve in das Arbeitsleben kriegen“ — das ist zuviel für Lothar, da will er „dem Jugendlichen, der sich furchtbar schwertut,“ helfen, „zur Arbeit oder zur Ausbildung zu finden“. Solche Demagogie, die sicherlich nicht zuletzt öffentlich verbreitet werden kann, weil andere staatliche Zwangsmaßnahmen wie etwa die Zwangsarbeit gegen Sozialhilfeempfänger bereits kein Thema der — zumindest parlamentarischen — Auseinandersetzungen mehr sind, trafen allerdings auf eher leise Reaktionen: Der Präsident der

Bundesanstalt für Arbeit, Franke, nannte dies ein „untaugliches Mittel“, die baden-württembergische SPD sah darin nichts weiter als einen „plumpen und unseriösen Versuch“, nur die IG Metall sprach von „rechtsradikalen Parolen“. In Stuttgart wurde am 21.5. mit einer Demonstration protestiert, auf der viele der 1500 Teilnehmer riefen: „Der Lothar schimpft aufs Gammeltum und sitzt selbst nur im Landtag rum. Statt Arbeitsdienst und Bundeswehr — Lehrstellen müssen her!“

Nicht viel später — im Juni — sammelte dann auf dem CDU-Bundesparteitag das Bundesvorstandsmitglied Renate Hellwig Unterschriften für einen Antrag, der fordert: „Kein junger Mensch bis zum 25. Lebensjahr sollte auch nur einen Tag Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe erhalten, ohne dafür wenigstens halbtags zu arbeiten oder sich weiterzubilden.“ Unterschrieben wurde der Antrag vor allem von baden-württembergischen Delegierten, darunter den Landesministern Schlee und Vetter. Frau Hellwig erklärte zu der Aktion gegenüber der „taz“, daß sie die Nähe der Initiative zum Reichsarbeitsdienst nicht störe, denn „der Reichsarbeitsdienst ist von einer demokratischen Regierung vor der Machtergreifung der Nazis eingeführt worden“. Es handelt sich dabei deutlich nur um einen Versuch, durch das Ziehen falscher historischer Parallelen die inhaltliche Nähe einer geforderten Maßnahme mit der Politik des faschistischen Deutschlands zu verwischen. Zwar existierte der „Reichsarbeitsdienst“ bereits in Weimar, die „Jugenddienstverordnung“ allerdings, die eher den von Frau Hellwig geforderten Maßnahmen entsprach, datiert erst vom 25.3.39. Sprachlich entsprechend deutlich faschistoid wurde der Antrag damit begründet, daß „nur so vorbeugend ein Vergammeln Jugendlicher mit allen negativen Folgeerscheinungen (Drogen, Kriminalität, Nichtseßhaftigkeit)“ verhindert werden könne.

Tatsächlich ließ die Bonner Koalition nicht lange mit Plänen auf sich warten, wie solche Gedanken gefördert werden können. So sollen Jugendliche durch eine erneute Verringerung der Arbeitslosengeldansprüche in eine Lage gedrängt werden, jede ihnen von Kapitalisten zugemutete Arbeit anzunehmen.

Vom „Freiwilligen Sozialen Jahr“ zum „Sozialen Pflichtjahr“

Seit 1954 der bayerische Landesbischof Dietzfelbinger junge Frauen aufrief, „ein Jahr eures Lebens für die Diakonie zu wagen“, propagieren Wohlfahrtsverbände und Bundesregierung das „Freiwillige Soziale Jahr“ (FSJ). Diese „praxisnahe Schule der Mitmenschlichkeit“ (H. Kohl) war 1964 durch das „Gesetz zur Förderung eines FSJ“ staatlich anerkannt worden. Für den Kölner Kardinal Frings handelte es sich um ein „ge-

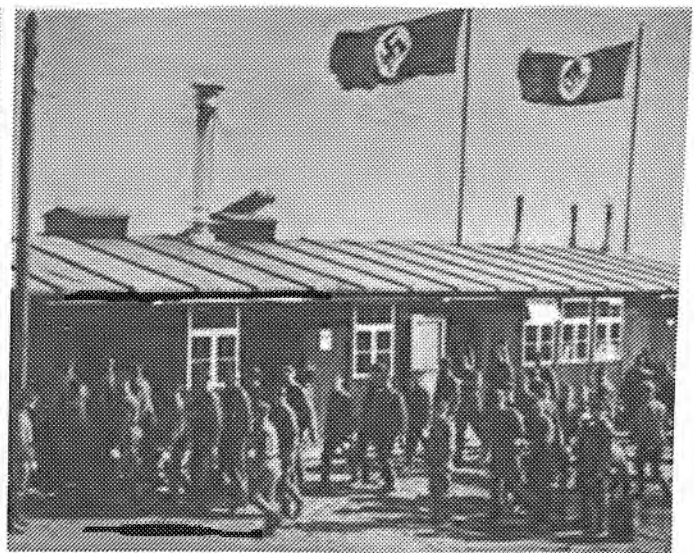
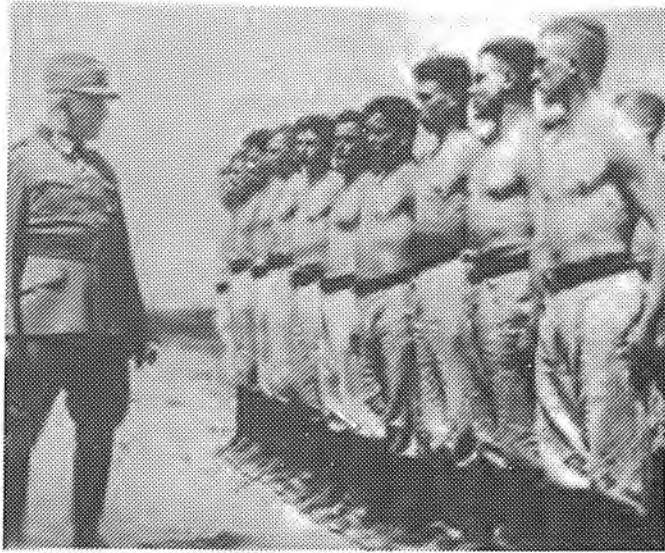
schenktes Jahr für die Kirche“, in dem die „fraulichen und mütterlichen Kräfte“ geweckt werden könnten. Die Evangelische Kirche pries das Jahr als Angebot einer für das Leben wichtigen Ausbildung „im Dienen, Beten, Leiden und Mittragen“ an.

Heute wird geflissentlich versucht, die „Freiwilligkeit“ — auch in Zeiten hoher Jugendarbeitslosigkeit — zu betonen, das „Soziale“ herauszustreichen, das natürlich einzig im Verhalten gegenüber dem „armen“ beschäftigenden Wohlfahrtsverband gefunden werden kann — in allergeringsten materiellen Ansprüchen nämlich: Für monatlich ca. 180 DM „Taschengeld“ und teilweise einen Wohn- und Essensgeldzuschuß arbeiteten 1987 13000 Helfer, zumeist Frauen zwischen 17 und 25 Jahren, ein Jahr lang in der 40-Stunden-Woche, inklusive Überstunden und Schichtdienst — ein lukratives Geschäft für die Wohlfahrtsverbände, zumal sie z.B. 1985 auch noch 5,6 Mio. DM vom Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit für die „pädagogische Betreuung“ der FSJ-Helfer einstrichen. Eine erhebliche Anzahl von FSJ-Stellen richten die Verbände außerhalb ihrer eigenen Einrichtungen ein. Dadurch arbeiten Jugendliche auch in öffentlichen und privaten Einrichtungen, wofür die Wohlfahrtsverbände ein „Gestellungsgeld“ von teilweise über 600 DM monatlich pro Helfer kassieren. Womit die Verbände regelrecht ein florierendes Leasingunternehmen nebenher betreiben. Das größte Stück des FSJ-Kuchens hielt 1985 mit 5600 Stellen das Deutsche Rote Kreuz (DRK) in der Hand, in dem über 300000 ehrenamtlichen Helfern einige wenige Wohlfahrtsmanager mit einem Jahresgehalt ab 150000 DM aufwärts gegenüberstehen. Die Heranziehung zumeist weiblicher billiger Arbeitskraft über das FSJ war denn auch bereits im CDU-„Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“, beschlossen vom Bundesausschuß am 20.2.84, als geeignetes Instrument zum Abbau der Arbeitslosigkeit bezeichnet worden. In der letzten Zeit wird die Werbung für das FSJ immer offener, aufdringlicher. Mit Argumenten wie, daß es wichtig sei zu prüfen, „ob man an solcher Arbeit Spaß hat und ob die Kräfte dafür ausreichen“, wirbt z.B. der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband in Regionalzeitungen.

Der Schritt von dieser Taschengeldarbeit hin zur „Nulllohn“arbeit ist da natürlich nicht mehr weit. So weiß Jutta Mürmann, Leiterin des FSJ-Referates bei der DRK-Bundesgeschäftsstelle, von „Einrichtungen, die sagen, wir können es noch billiger als mit FSJ-Helfern haben“. Sogenannte „Nullpraktikanten“, die froh sind, überhaupt etwas gefunden zu haben, „nehmen uns immer mehr FSJ-Stellen weg“. Solche Tendenz zur Annahme einer Arbeit, als deren „Entgelt“ einem



Pflichtjahr für „Mädel“ (1938)



„Reichsarbeitsdienst“ (1939)

nur noch Bett und Brot garantiert werden, wird einmal durch die oben erwähnten geplanten Leistungsstreichungen gegen arbeitslose Jugendliche gefördert. Andererseits forderten besonders radikale Stimmen schon länger die einjährige Zwangsarbeit. Bereits 1985 hatte Bundeswehrverbandsvorsitzender Volland einen Pflichtdienst für junge Frauen bei einem Tageslohn von 7,50 DM gefordert. Mit Einführung eines solchen Pflichtjahres wäre vor allem auch dem Interessensausgleich zwischen Bundeswehrführung und Wohlfahrtsverbänden gedient. Denn zur Zeit sehen letztere mit gewisser Genugtuung die steigenden Zahlen von Kriegsdienstverweigerungen, da man selbst dort billigere Arbeitskräfte als die Zivildienstleistenden (ZDL) kaum findet. Werden junge Frauen in ein „Soziales Jahr“ gezwungen, können sie die ZDL ersetzen und mehr Jugendliche wieder getrost durch verstärkte öffentliche Propaganda in die Armee gedrängt werden — eine Alternative zur Lösung der Bundeswehrpersonalprobleme durch „Frauen in die Bundeswehr“ also könnte sich da eröffnen. Der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Böhr, machte uns nun aber kürzlich sogar vor, wie — beides verquickt — das ganze sogar als „freiwilliges“ Tun der Frau dargestellt werden kann. Er schlug am 7.8. vor, daß junge Frauen die Wahl haben sollten zwischen einem freiwilligen Dienst in der Bundeswehr und dem „Sozialen Pflichtjahr“. Solchen Liberalismus zeichnet eben die „Jungen“ in der Union aus, hatten doch noch im Februar bzw. Anfang August d.J. die CDU-Bundestagsabgeordneten Todenhöfer und Sauer einfach so und offen das Pflichtjahr gefordert und dabei gar nicht an die FDP gedacht. Deren Sozialexperte, Bundestagsvizepräsident Cronenberg, hatte allerdings — das konnte Böhr nicht ahnen — nicht einmal gegen die letztere, „harte“ Möglichkeit etwas. Er äußerte die Absicht, nach der Sommerpause in der FDP-Fraktion eine „vorurteilsfreie und unvoreingenommene“ Diskussion über die Pflichtjahridee anleiten zu wollen, die „nicht gleich abgewürgt werden“ dürfe. „etwa wenn Parallelen zum Reichsarbeitsdienst gezogen werden“. In „freiheitlicher“ Geschichtsbewältigung übertölpeln sich CDU- und FDP-Reaktionäre also geradezu. In seiner unendlichen Güte nahm Cronenberg auch noch gegen das „Argument“ von rechts außen Stellung, daß nach Einführung eines Pflichtjahres noch mehr als heute gelte: „Die Deutschen sterben aus!“, weil durch das Gebären von Kindern für Frauen weitere Nachteile in der Berufskonkurrenz entstehen würden. Er sei „nicht sicher, ob die mangelnde Bereitschaft, Kinder zu gebären, durch ein soziales Pflichtjahr überhaupt noch gesteigert werden könnte“.

Als Begründung für die Notwendigkeit des Pflichtjahres hält plumperweise der Mangel an Pflegekräften in Krankenhäusern, Altenheimen etc. her. Ein Vertreter der „Ärztegewerk-

schaft“ „Marburger Bund“ und die Vorsitzende der „Grauen Panther“, Trude Unruh, sprachen in einer ARD-„Pro und Contra“-Sendung zum Sozialen Pflichtjahr am 25.8. dieser Begründung jegliche Berechtigung ab, da es an *qualifizierten*, nicht an unausgebildeten Pflegekräften mangle und sich die Versorgungsqualität durch die geplanten Maßnahmen nur noch weiter verschlechtern würde. In ähnlicher Weise äußerte sich der Deutsche Ärztinnenbund dazu. Den berechtigten Kommentar, daß er hier nur ein „Samaritergesicht“ aufzusetzen versuche, erntete Todenhöfer in der genannten Sendung von Frau Unruh für seine demagogische Behauptung, daß das Pflichtjahr einen „Beitrag zur Überwindung der sozialen Kälte, die in unserer Gesellschaft herrscht“, leisten könne.

Viel gegen die Zwangsarbeit für junge Frauen zu sagen wußten SPD und Gewerkschaften bisher bedauerlicherweise nicht; in Schleswig-Holstein lehnte Frauenministerin Börkh (SPD) ausgerechnet mit Verweis auf die Tatsache ab, daß für das FSJ ständig mehr Anmeldungen vorlägen, als FSJler eingestellt werden könnten, das Potential an billiger Arbeitskraft im Sozialbereich also ohnehin da sei. Als eine Seite im Geschlechterkampf betrachten möchte dies dagegen die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Däubler-Gmelin. Sie wittert hier eine „Stammtischmanier“, in der nun versucht werde, einen „Nachholbedarf der Mädchen gegenüber den kriegsdienstleistenden Männern“ zu konstruieren. „Das ist Quatsch“, so ihr vielsagender und differenzierter sozialdemokratischer Kommentar dazu. Einzig die Grünen-Abgeordnete Schoppe wurde etwas deutlicher, indem sie die reaktionären Vorhaben als ein „erschreckendes Beispiel“ dafür bezeichnete, „mit welcher Unbefangenheit heute wieder auf Vorbilder des Nationalsozialismus zurückgegriffen wird“.

Sollte in näherer Zukunft kein Widerstand gegen derlei Treiben der Reaktion auf qualitativ und quantitativ deutlich höherem Niveau geleistet werden, muß durchaus davon ausgegangen werden, daß die entsprechenden Gesetzesvorhaben schon bald aus der braunen Schublade in den schwarz-rot-goldenen Bundestag wandern. Jedenfalls plant der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Sauer, trotz der verfassungsrechtlichen Bedenken Justizminister Engelhards (wegen des Grundgesetz-Artikels 12a, nach dem eine zwangsweise Heranziehung von Frauen zu Dienstpflichten auf den Verteidigungsfall beschränkt, und dort auch nur im Sanitätsbereich zulässig ist) einen Gesetzesvorschlag baldigst nach der parlamentarischen Sommerpause.

Quellenhinweis: div. „Schleswiger Nachrichten“ und „Welt“ der Monate Februar bis September; „Konkret“ 8/85. W. Hans. Kommentar zum „Gesetz zur Förderung eines FSJ“. Verlag R S. Schulz, 1966. „taz“ v. 14.6.88: „Arbeiterkampf“ Nr. 298 - (tuga)

Gemeindereformen

Die Staatsstruktur entspricht den wirtschaftlichen Interessen der Kapitalisten

Wir streben den Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft an, die von den Produzenten selbst organisiert wird. Wir meinen, daß eine Wirtschaftsweise nur dann den besonderen Fähigkeiten und Bedürfnissen von Mensch und Natur angepaßt sein kann, wenn die verschiedenen Produzenten sie überschauen und nach ihren Bedürfnissen organisieren können. Wir wenden uns daher gegen Zentralstaatsvorstellungen und treten ein für einen Kommunestaat. Ist der Wirtschaftsraum kleinräumig, ermöglicht er den Produzenten Eingriffe und verschiedenen Gebieten Kooperation untereinander, die sich aus dem Bedarf begründet. Diese sozialistische Wirtschaft macht es notwendig, daß von den Produzenten für sinnvoll befundene Wirtschaftsregionen mit allen Rechten ausgestattet werden, die zur Organisation des Wirtschaftslebens einschließlich aller Infrastrukturmaßnahmen im weitesten Sinne notwendig sind.

Die imperialistische Bourgeoisie betreibt genau das Gegenteil. In der folgenden Untersuchung wollen wir versuchen, an der größten Raumordnungsmaßnahme nach dem 2. Weltkrieg, der Kreis- und Gemeindegebietsreform und der gleichzeitig beginnenden Finanz- und Verwaltungsreform, aufzuklären, wie das heutige Zusammenspiel Wirtschaft und Staat funktioniert. Die Hauptthese bei dieser Untersuchung ist: Die Monopolisierung der Wirtschaft wird begleitet und erleichtert durch die Monopolisierung der Staatsgewalt. Die Monopolisierung der Wirtschaft geht einher mit Entrechtung der Kommunen und Ausbau des zentralstaatlichen Kommandos, des Unterdrückungsapparates. Die Umstrukturierung der Staatsstrukturen und die Neugestaltung staatlicher Werkzeuge wie Finanzvergaben und Aufgabenverteilungen geschieht nicht im Selbstlauf, sondern wird von den wirtschaftlich Mächtigsten bis in Einzelheiten angefordert.

Um die Umstrukturierungen durchzusetzen, wurden für viele Kommunen demokratische Kontrollrechte beseitigt, ihnen eigene Finanzmittel entzogen oder Kompetenzen gestrichen, gleichzeitig aber auch materielle Anreize für deren Bewohner angeboten. Dorfbewohner kamen in den Genuß einer Kanalisation und eines öffentlichen Nahverkehrs, Stadtbewohner nutzten das zunehmende Angebot billiger Grundstücke zum „Leben auf dem Land“. Doch die Nachteile werden jetzt krass deutlich. Gab es vor diesen „Reformen“ eigene örtliche Schulen, soziale Einrichtungen und

Krankenversorgung, so wurden diese wegrationalisiert oder per Staatsaufsicht verboten. Die Kapitalisten profitieren vom wachsenden Arbeitskräfteangebot. Und sie wollen es mobil halten. Daher bestanden sie auf weiterer Differenzierung zwischen Dorf und Stadt. Hätte jeder Ort eigene Versorgungsmöglichkeiten und politische Rechte, wären weniger Menschen zum Pendeln bereit und der Kampf um örtliche Arbeitsplätze nähme zu. Durch die Unterwerfung der kleinen Orte unter die Regie der sogenannten Oberzentren, der großen Städte in den Regionen, ist dieses mögliche Hindernis in der Kapitalakkumulation beseitigt. Daß das „Dorf“ heute als leblose Häuseransammlung und als rückständig gilt, liegt an diesem Prozeß der Kapitalakkumulation. Eine Produktion im Interesse der Produzenten ist nur möglich durch Beseitigung dieser Aufblähung von Großstädten und Degradierung kleiner Orte. Orte mit verschiedenen Produktionsschwerpunkten müssen sich gegenseitig unterstützen, das ist jedoch nur möglich, wenn sie gleiche Rechte haben.

Für die Imperialisten ist die Umstrukturierung der Staatsstruktur keineswegs abgeschlossen. Hebung des „Nord-Süd-Gefälles“ lautet heute das Stichwort. Entsprechend der fortschreitenden Wirtschaftskonzentration geht es um große Dimensionen. Der Vorsitzende der FDP-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag, Rohde, brachte vor kurzem das Modell einer nur noch in drei Bundesländer eingeteilten BRD ins

Gespräch: ein Nord-, ein Mittel- und ein Süd-Land. Wie die Auswertung der bisherigen Nordstaat-Diskussion zeigt, werden solche Großraummodelle durch verschiedene Konzerne seit längerem gepflegt.

In seiner Regierungserklärung vom 9.6.1988 fordert Lothar Späth zur nächsten Runde auf: „In Europa müssen wir mit zentralen Standorten werben; ein Wettbewerb von Gemeindegrenze zu Gemeindegrenze ist sinnlos. Wenn Regionalverbände etwas Zukunftsträchtiges tun können, dann ist es das Zusammenführen der kommunalen Hände zu einer gemeinsamen Ansiedlungs- und Strukturpolitik.“ Konzentration auf zentrale Standorte bedeutet weitere Verödung von Gebieten und Zunahme der lebensverkürzenden und teuren Wanderungsbewegungen Tausender Arbeitskräfte. Kommunale Widerstände werden erwartet. Daher sind seit langem Vorbereitungen zugange, mit einer neuen Gemeindefinanzreform den Kommunen die letzte eigene Einnahmequelle, die Gewerbesteuer, ganz zu entziehen und sie voll vom Geldfluß aus der Bundes- und Landeskasse abhängig zu machen.

Ausbau der Kommunalrechte, Recht auf eigenständige und freie Kooperation der Kommunen untereinander, Bereitstellung von finanziellen Mitteln dafür, keine Ausweitung der finanziellen Abhängigkeiten der Kommunen von zentralen Finanzen, keine Beseitigung der gemeindeeigenen Gewerbesteuer sind unsere konkreten Anliegen dagegen.

— (ans, baf, bef, irs, mij, tht, wof)

Wirtschaftliche Zentren: Ergebnisse der Herausbildung von Konzernen

Die heutigen räumlichen und verwaltungsmäßigen Strukturen der BRD sind keineswegs ein Ergebnis langer historischer Entwicklungen. Sie haben sich vielmehr erst im Zuge der Entwicklung kapitalistischer Produktionsverhältnissen herausgebildet. Die Grenzen der feudalen Fürstentümer sind schon lange verschwunden, früher wichtige Städte wie die Hansestädte Lübeck und Lüneburg haben ihre Bedeutung verloren. Stattdessen sind ganze Städte auf Grundlage der Entwicklung einzelner Konzerne völlig neu entstanden: Die Stadt Leverkusen wurde von Bayer aus dem Boden gestampft, Wolfsburg und Salzgitter sind Ergebnisse der Gründung von VW und der „Reichswerke Hermann

Göring“ durch die Nazis.

Ein Beispiel der Bedeutung der Konzerne für die Raumentwicklung und für die Herausbildung der politischen Strukturen ist auch das Ruhrgebiet. Es ist mit über fünf Millionen Einwohnern nach wie vor eins der größten industriellen Zentren Europas, entstand als einheitliche Region jedoch überhaupt erst vor etwas mehr als 100 Jahren.

Frühe Herausbildung von Großbetrieben im Ruhrgebiet

Bis weit in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein war das heutige Ruhrgebiet eine vorwiegend agrarische Region, in den südlicheren Gegenden wurde vereinzelt nicht-industriell Kohle abgebaut.

Politisch gehörte das Gebiet zu den preussischen Provinzen Rheinland und Westfalen, in denen 1846 insgesamt 200 000 Berg- und Fabrikarbeiter gezählt wurden.

Auf der Grundlage der Kohlevorkommen, die ab Mitte der 40er Jahre des 19. Jahrhunderts im Untertagebau abgebaut wurden, entwickelte sich das Ruhrgebiet jedoch in nur wenigen Jahrzehnten zum industriellen Zentrum des Deutschen Reiches. 1882 wurden im Ruhrgebiet allein 453 600 Erwerbstätige gezählt, von denen 58% im produzierenden Gewerbe arbeiteten. 1907 waren es 1 162 488 Erwerbstätige, 68% davon im produzierenden Gewerbe, fast dreimal soviel.

Gerade im Ruhrgebiet, im Bergbau und in der Stahlindustrie, bildete sich auch früh ein Großteil der Großbetriebe heraus, die mit zunehmender Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse entstanden. 1882 wurden im Deutschen Reich 127 Betriebe mit mehr als 1 000 Beschäftigten gezählt, in denen 213 160 Personen beschäftigt waren. 53 dieser Betriebe, gut zwei Fünftel, lagen in den Provinzen Rheinland und Westfalen. 1907 gab es im Deutschen Reich 478 Betriebe mit mehr als 1 000 Beschäftigten, in denen 880 000 Personen beschäftigt waren. Von diesen Betrieben lagen 195 in den Provinzen Rheinland und Westfalen.

Die Kapitalkonzentration im Bergbau und in der Stahlindustrie war keineswegs einfach der Tatsache geschuldet, daß beide Produktionszweige wichtige stoffliche Grundlagen für die industrielle Entwicklung lieferten. Sie waren vielmehr von großer Bedeutung für die imperialistische Expansion des Deutschen Reiches. Krupp wurde mit staatlichen Eisenbahn- und Rüstungsaufträgen zum mit Abstand größten Konzern des Deutschen Reiches.

Die Konzerne bestimmen die Entwicklung der Kommunen

Bis in die 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts hinein wanderten aus den Provinzen Rheinland und Westfalen mehr Leute weg, als hinzukamen. Erst ab den 80er Jahren drehte sich diese Entwicklung sprunghaft um. Dies drückte sich auch in der Bevölkerungsentwicklung aus: Die Bevölkerung im Gebiet des heutigen Nordrhein-Westfalens wuchs 1871–85 und 1885–1895 um jeweils rund eine Million Menschen, 1895–1905 sogar um rund zwei Millionen Menschen.

Erst die Entwicklung des Bergbaus und der Stahlindustrie brachte die heutigen Städte des Ruhrgebiets hervor. Die alten Städte am Hellweg, einem alten Handelsweg, ehemalige Hansestädte wie Duisburg und Dortmund, waren zu Beginn des 19. Jahrhunderts zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Erst durch die Eisenbahn erhielten sie eine neue Bedeutung als Verkehrsknotenpunk-

te. Vor allem im nördlichen Teil des Ruhrgebietes entstanden aus Siedlungen, die im Zuge der Nordwanderung um die Zechen herum entstanden, jedoch zahlreiche neue Städte. Auch hier bildeten Bahnhöfe oft den Mittelpunkt, wie in Oberhausen, Gelsenkirchen, Herne und Castrop.

Bei der Entwicklung dieser Städte spielte die Entwicklung der Großbetriebe eine herausragende Rolle. In einigen Städten wurde die Wirtschaftsstruktur vollständig von einzelnen Kapitalisten bestimmt, z.B. in Essen: 1852 hatte die Stadt 10 552 Einwohner und Krupp 72 Beschäftigte; 1871 hatte Essen bereits 51 513 Einwohner und Krupp 16 611 Beschäftigte; 1910 wurden 294 654 Einwohner und bei Krupp 60 054 Beschäftigte gezählt. 75,6% aller in Essen in Industrie und Handel tätigen Personen arbeiteten 1882 bei Krupp.

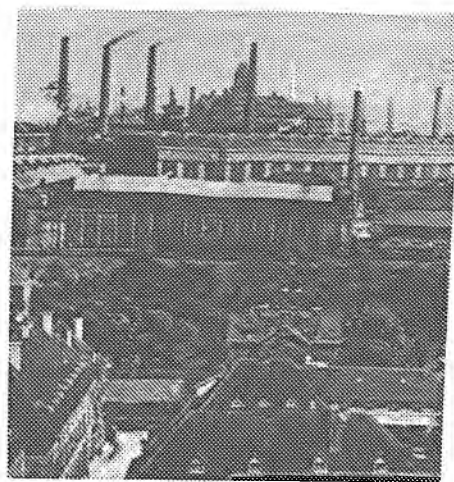
Politisch machte die Entwicklung der kapitalistischen Produktion und die rasante Herausbildung neuer Städte schon bald Änderungen der Gebiets-Verwaltungsstrukturen erforderlich. Die Provinzen Rheinland und Westfalen waren in Landkreise unterteilt, die in der Regel nicht mehr als 36 000 Einwohner hatten. Bedingt durch die Bevölkerungsentwicklung erfolgte 1857 die erste Änderung: Aus dem Landkreis Duisburg wurde der Landkreis Essen herausgetrennt. In den nächsten Jahren folgten — neben der Bildung neuer Gemeinden — weitere Kreis-Teilungen.

Nach der Reichsgründung machte 1873 ebenfalls Essen den Anfang bei der Bildung kreisfreier Städte. Die kreisfreien Städte konnten von den örtlichen Konzernen noch besser in ihrem Interesse gehandhabt werden. Nach dem 1849 in Preußen eingeführten Dreiklassenwahlrecht, das die Stimmen nach dem Einkommensteueraufkommen gewichtete, war in Essen von 1886 bis 1894 Krupp der einzige Wähler der ersten Klasse. Dadurch fiel ihm das Recht zu, ein Drittel der Stadtverordneten zu ernennen, er nahm es durch Entsendung der leitenden Angestellten seines Konzerns wahr.

Gebietsreform der 20er Jahre: Anpassung an die Konzentration

Bereits vor dem 1. Weltkrieg hatte die Entwicklung der Großbetriebe zu Konzernen begonnen. Die großen Kapitalisten ließen längst nicht mehr in nur einer Betriebsstätte produzieren, Firmenaufkäufe und die Bildung von Aktiengesellschaften trugen zur Vergrößerung ihres Imperiums bei. 1893 wurde das Rheinisch-Westfälische Kohlsyndikat gegründet, der Anfang der Bildung großer Kartelle.

Einen starken Schub an Kapitalkonzentration brachten die 20er Jahre. Nach einer Untersuchung des Statistischen Reichsamtes von 1927 war der Konzentrationsprozeß der deutschen Industrie in der rheinisch-westfälischen Montanindu-



Die Krupp-Werke in Essen, Anfang der 20er Jahre

strie am weitesten fortgeschritten. Die zehn größten gemischten Konzerne des Ruhrgebietes vereinigten 1925 im Roh-eisenverband 65% und im Stahlwerksverband 58% der Produktionsquoten auf sich. 1926 wurden die Vereinigten Stahlwerke AG gebildet, ein Konzern mit 200 000 Beschäftigten, an dem Thyssen führend beteiligt war.

Die Anpassung der kommunalen Strukturen an diese Strukturen ließ nicht lange auf sich warten. Oft lag ein und dieselbe Produktionsstätte eines Konzerns auf dem Gebiet verschiedener Gemeinden, hinzu kamen Auseinandersetzungen um unterschiedliche Gemeinde-steuern. Die Gemeinden selbst gaben „erhebliche Belange der Unternehmer“ immer wieder als Begründung für die Notwendigkeit von Änderungen an, die ab 1925 erfolgten. In den entsprechenden Gesetzen der Provinzregierung wurde der Übereinstimmung der Wirtschafts- und Kommunalgrenzen ausdrücklich Vorrang vor der finanziellen Leistungsfähigkeit der Gemeinden und dem Willen der betroffenen Einwohner eingeräumt. Wie sehr einzelne Konzerne Einfluß nahmen, zeigt der Zusammenschluß von Oberhausen und Sterkrade: Einziger Grund dafür waren die Produktionsstätten der Gutehoffnungshütte in beiden Orten, selbst der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk, ein Vorläufer des heutigen Kommunalverbandes Ruhr, trat für einen Zusammenschluß von Oberhausen und Mülheim unter Ausschluß Sterkrades ein.

Nach dem 2. Weltkrieg wurde mit der Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen die bis dahin mitten durch das Ruhrgebiet verlaufende Grenze der Provinzen Rheinland und Westfalen beseitigt. Die Ende der 20er Jahre festgelegten Gemeindegrenzen blieben jedoch bis zur Gebietsreform Ende der 60er Jahre im wesentlichen stabil.

Quellenhinweis: P. Wiehoff, Wirtschafts-geschichte des Ruhrgebiets; G. Rohjahn, Der Einfluß von industriellen Großunternehmen auf die raum- und siedlungsstrukturelle Entwicklung im Verdichtungsraum Rhein-Ruhr

Gebietsreformen in Bayern auf Wunsch der Großbetriebe

Zahlenspielerien zur Verwaltungsstruktur

Die letzte Klage gegen die Gemeindegebietsreform in Bayern vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof am 18.12. 1987 nahm der bayerische Innenminister Lang zum Anlaß, ein Loblied auf die bayerische Kommunalpolitik anzustimmen. Im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern hätte es in Bayern keinen „kommunalen Kahlschlag“ gegeben. Seine Belege lauten so: Bayern behielt nach Abschluß der Gebietsreform bei 10,8 Mio. Bürgern 2052 Gemeinden, Baden-Württemberg bei 9,1 Mio. Bürgern 1111 Gemeinden, Hessen bei 5,5 Mio. Bürgern 422 Gemeinden und Nordrhein-Westfalen schließlich bei 17 Mio. Bürgern nur 396 Gemeinden. Die Reform, so Lang weiter, hätte den Bürgern der bayerischen Gemeinden eine möglichst breite Grundlage für die Mitwirkung in den kommunalen Verwaltungsorganen bewahrt. (1) Sobald man weitere Daten hinzuzieht, wird das Loblied

schon bedeutend weniger wohlklingend. Auch wenn Daten nicht alles sagen, müssen sie zunächst Aufklärung bringen.

Hintergründe der Gebietsreformen

Durch die Kreis- und Gemeindegebietsreformen zwischen 1968 und 1978 wurden im gesamten Bundesgebiet 190 Kreise aufgehoben, davon 72 in Bayern, 15764 Gemeinden beseitigt, davon 5025 in Bayern, 47 Städten die Kreisfreiheit genommen, davon 23 in Bayern. 91658 gewählte Interessensvertreter verloren ihr kommunales Mandat, davon 24710 in Bayern. (2)

Die größten Umwälzungen erfolgten in Bayern. Daher wollen wir die Betreiber und Gewinner dieser Maßnahmen an diesem Beispiel weiterverfolgen. Sie finden sich in mehr oder weniger ausgeprägter Weise in jedem Bundesgebiet wieder. Die Zahlen von Städten, Gemeinden und Kreisen schwanken je nach Bundesland stark, da sie unterschiedlich

entwickelte Wirtschaftsstrukturen haben.

Die Vielzahl kleiner und kleinster Gemeinden entsprach der in Bayern breit gefächerten landwirtschaftlichen Produktion. Doch zwischen 1960 und 1980 mußten 123887 landwirtschaftliche Betriebe aufgeben, das waren über 30 Prozent. Der Landwirtschaftsbetrieb wurde immer mehr nach kapitalistischen Profitinteressen organisiert, die Zahl der größeren Bauern nahm zu: Bis 1965 gab es in Bayern mehr Höfe von 10 bis 15 Hektar, bis 1970 stieg die Zahl der Höfe mit Produktionsfläche von 15–20 ha, seit 1979 nimmt nur noch die Zahl der Höfe ab 25 ha, in einigen Gebieten ab 30 ha, zu. (3) Die bayerische Staatsregierung sieht dies als Entwicklung Bayerns zum modernen Industriestaat. Die Zahl der Beschäftigten in der Industrie Bayerns stieg seit 1950 von ca. 0,6 Mio. Erwerbspersonen auf 1,3 Mio. im Jahr 1966 an, sank während der Rezession 1967 und stieg dann 1970 auf ihren Höchststand mit 1,4 Mio. abhängig Beschäftigten. Seit 1966 mit einem Höchststand von 11527 Industriebetrieben ab 10 Beschäftigten nahm diese Zahl ständig ab.

Während kleine Produktionseinheiten beseitigt wurden, die Macht der großen

Die Krankenhausbedarfsplanung nimmt den Kommunen Versorgungsrechte

Warum ist die Krankenhausbedarfsplanung in der Hoheit der Länder und wie werden dadurch die kommunalen Versorgungsleistungen ruiniert?

Am Beispiel Baden-Württembergs, das auch eine Vorreiterrolle bei der Bedarfsplanung und Bettenstreichungspolitik spielt, soll versucht werden, diese Frage zu beantworten. 1962 legte das Staatsministerium eine erste offizielle Denkschrift zum Krankenhauswesen vor. Darin forderte es die Begrenzung von Betten und gleichzeitig eine Beschneidung des Höchststandards der Krankenhäuser. Der Strukturwandel sollte auch die Selektion der Kranken besorgen. „Die praktische Erfahrung während der vergangenen Jahre zeigt, daß die gegenwärtige Not in der stationären Versorgung der Kranken und Pflegebedürftigen durch die örtliche Vermehrung der Krankenhausbetten allein nicht oder zumindest nicht zweckmäßig zu lösen ist ... (Es) darf nun nicht gefolgert werden, daß jedes Krankenhaus ohne Rücksicht auf seine Funktion diese Einrichtung braucht oder daß für jeden Menschen mit einer noch so harmlosen Erkrankung ein Bett in einem solchen Krankenhaus zur Verfügung stehen müßte. Am deutlichsten wird dies bei Spitzenleistungen der Medizin wie z.B. bei Herz- oder Ge-

hirnoperationen ...“ Es ging überhaupt nicht um „Spitzenleistungen“! Hier wurde die Hetze schon angelegt gegen die steigenden Krankenhäuserfälle der lohnabhängigen Bevölkerung wegen Überarbeit und Verschleiß. „Ebenso wichtig ist eine Sanierung der bestehenden Krankenhäuser und deren Entlastung von Chronischkranken, Genesenden und Alterskranken.“

Zu Beginn der 70er Jahre gelang es der Landesregierung, die Planungshoheit an sich zu reißen. Planstufe I begann: „Neu-, Um- und Erweiterungsbauten bei Allgemeinkrankenhäusern mit weniger als 100 Krankenhausbetten (sind) nicht förderungsfähig.“ Das Land wurde in vier Regionen gegliedert, die jeweils ein Zentrum der Maximalversorgung haben dürfen. D.h. allein dort ist eine Intensivmedizin in allen Fachbereichen zugelassen. Alle anderen Krankenhäuser werden durch Entzug finanzieller Mittel dequalifiziert zur Grund- und Regelversorgung oder müssen schließen. Die Stufe II 1983 löste zwölf Krankenhäuser auf und baute 2000 Betten ab. Den Krankenhäusern wird die weitere Kürzung der Verweildauer aufgedrückt.

In weiten Bereichen des Landes befinden sich am Ort keine Krankenhäuser mehr. Kranke werden an Zentraleinrich-

tungen verwiesen, was wiederum bedeutet, daß auf ein Bett gewartet werden muß. Frühzeitige Entlassungen sind bei Bettenmangel dann die Regel. Den Kommunen entstanden durch den Entzug ihrer Versorgungsrechte Vorhaltekosten, zum Beispiel für das Rettungswesen und für die dann zwangsweise nötige ambulante Nachsorge. Diese Kosten steigen laufend, weil durch Bettenstreichungen, geplant sind bis zum Jahre 1995 5200, die Krankenhausversorgung weiter reduziert wird.

Um die diktatorischen Planungsmethoden noch reibungsfreier durchzusetzen, wurde im neuen Landeskrankengesetz (1986) der Begriff „wesentlich Beteiligte“ bei der Beratung und Aufstellung der Krankenhäuser beseitigt. Nach den bisherigen Gesetzen waren die ÖTV, der DGB, die DAG und der Christliche Gewerkschaftsbund/Landesbezirk Baden-Württemberg noch zu beteiligende Vertretungsorgane. Jetzt bestimmt das Arbeits- und Sozialministerium in enger Verzahnung mit privaten Instituten (Dornier System); eine parlamentarische Kontrolle existiert nicht mehr; die Regierungspräsidenten können einschreiten und gegen Krankenträger Anordnungen treffen, wenn sie zuviel Geld für die Krankenversorgung ausgeben. Gegen das kommunale Klinikum in Mannheim wurde beispielsweise eine Wirtschaftlichkeitsüberprüfung eingeleitet. Die Pflegesätze sollten u.a. durch Personalstreichungen gesenkt werden.

Betrieben zunahm und die Lohnarbeiterzahl wuchs, wurde Kritik an der kleinräumigen Staatsstruktur laut. Die Konzentration der Produktion in allen Bereichen erforderte eine neue staatliche Organisationsform. Forderungen dazu kamen aus den Kapitalistenkreisen. Wie sahen diese aus?

Kapitalisten gegen Fabriken für jedes Dorf

Eine Auswertung der Publikationen der Industrie- und Handelskammern gibt einige Einblicke. Im März 1964 beschäftigten sich die Kapitalisten mit dem Problem, daß die Kommunen das Bauernlegen durch eigene Maßnahmen zur Neuschaffung ihrer Wirtschaftsstruktur zu bewältigen versuchen. „Der vernünftige Grundsatz ‚Industrie aufs Land‘ scheint sich vielerorts in das Schlagwort ‚Jedem Dorf seine Fabrik‘ verwandelt zu haben. Mit dieser Einstellung ist eine gesunde Raumordnung nicht zu erreichen.“ Und die IHK-Mitteilungen Augsburg fahren nach dieser Kritik an zu autonom planenden Kommunen fort: „Dieses Denken in Gemarkungsgrenzen sollte heute überholt sein. An seine Stelle hätte eine mehr regionale Betrachtungsweise zu treten, die eine Gemeinde und das wirtschaftlich auf sie ausgerichtete Umland bzw. einen Industriebetrieb und das Einzugsgebiet seiner Arbeitskräfte als Einheit sieht.“ (4) Sie betrachten die Kommunen also wie einen Industriebetrieb. Er weitet sein Einzugsgebiet aus, also muß das die Kommune auch. Das setzt eine Interessensidentität Kommune und Industriebetrieb voraus. Und die gibt es zu diesem Zeitpunkt nicht ausreichend. Daher richten sich die weiteren Forderungen der Kapitalisten an die Staatsaufsicht, an den Zentralstaat.

Organisierung des Staates wie einen Industriebetrieb

Im März 1966 fordert der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) eine „Reorganisation der Regierung“, d.h. „Stärkung des Bundeskanzlers“ als Chef und „Reform des Parlamentarismus“ mit entsprechendem Abbau parlamentarischer Rechte. Die Vollversammlung des DIHT im November 1966 wurde noch etwas konkreter: Die Regierung solle hochqualifizierte Führungstäbe entwickeln, die eine breitere Verantwortung übernehmen können als das heute der Fall sei. Der moderne Staat müsse der Wirtschaft als Grundlage seiner Existenz ein optimales Funktionieren sichern. (5) Also: Ein Bundeskanzler wie ein Firmenchef, eine Staatsverwaltung wie eine Führungsebene und ein Parlament wie eine Massenaktionärsversammlung. Der DIHT sieht dies als legitime Forderung, weil er davon ausgeht, daß die Existenz des Staats vom Wirtschaftswohl abhängt. Und da der DIHT sich um das Wirtschaftswohl kümmert, muß er auch über die Staatsstruktur entscheiden.

IHK entwirft neue bayerische Staatsstruktur

Zu den Beratungen der Gebietsreformmaßnahmen in Bayern legten die zehn bayerischen Industrie- und Handelskammern gemeinsame Stellungnahmen dem Innenministerium vor. Darin wird detailliert aufgeführt, wie die Gebietsorganisationen vorgenommen werden sollten. Es wird auch deutlich, wer Herr und wer Knecht ist: „Dabei ist uns freilich bewußt, daß unsere Vorstellungen zu Einteilung des Landes in Landkreise einerseits und in Planungsregionen andererseits da und dort noch geringfügige Abweichungen in den Randbereichen aufweisen, die zu korrigieren wir aber, da es unsere Aufgabe nur sein kann, in großen Zügen die von uns gedachte Gliederung des Landes darzustellen, den zuständigen Staatsministerien überlassen.“ Die Kapitalistenvereinigung gibt demnach den Rahmen an oder „die großen Züge“, das Ministerium darf dann noch „korrigieren“. (5)

Welche Aufgaben sollten die neu geschaffenen Staatsebenen nach Ansicht der IHKs haben? Ein Bericht beschreibt die gewollte Hierarchie von oben nach unten: „Die Ministerien sollten sich nach der Reform nur mehr mit Führungsaufgaben und Grundsatzfragen und die Bezirksregierungen mit Aufsichts- und Koordinierungsfunktionen beschäftigen. Die Kreisverwaltungsbehörden und Gemeinden müßten nach Meinung der Kammern mit allen erstinstanziellen Entscheidungen einschließlich der sogenannten Daseinsvorsorge betraut werden.“ (7)

Die Reformen werden durchgesetzt

Die Staatsregierung nahm „Korrekturen“ vor, da sie nicht alle Pläne im Parlament durchbekam. Die Vorbereitungen zur Durchsetzung der Gebietsreformen und damit zur Beseitigung kommunaler Interessensvertretungen begannen 1966 mit dem Inkompatibilitätsgesetz. Es saßen zu viele Bürgermeister im Landtag, die gegen kommunalfeindliche Politik antraten. Das Gesetz legte fest, daß ein Bürgermeisteramt und ein Landtagsmandat unvereinbar sind. Damit waren reibungslosere Abstimmungsvorgänge ermöglicht. Es folgte der finanzielle Strang. Die Gemeinden, die sich zusammenschlossen, wurden durch das Land mit mehr Geldmitteln belohnt. Dann wurden rechtliche Weichen gestellt. Die Gemeindeordnung wurde so geändert, daß Gebietsänderungen auch gegen den Willen von Gemeinden möglich sind, wenn es das öffentliche Wohl fordert.

Der Begriff Leistungsfähigkeit der Gemeinden wurde erstmals ausführlich beschrieben. Die neuen Verwaltungseinheiten sollten so groß sein, „daß sie in der Lage sind, die erforderliche kommunale Grundausstattung zu schaffen und wirtschaftlich zu nutzen, hauptamtliches

Personal mit begrenzt spezialisierten Tätigkeitsbereichen anzustellen und moderne technische Verwaltungsmittel wirtschaftlich einzusetzen“ (8). Der Bestand eigener Körperschaften ist damit abhängig vom Begriff des öffentlichen Wohls, der sich mit wachsender Macht großer Betriebe wandelt.

Die Kreisreform und die kommunale Gebietsreform wurden getrennt voneinander vollzogen und damit die Widerstandskräfte gespalten. Das zeigte sich am Schicksal des Antrags auf ein Volksbegehren. Dieser verlangte, daß nur der Landtag mit $\frac{2}{3}$ -Mehrheit über Kreiseinteilungen und -änderungen abstimmen darf. 180 000 Unterschriften wurden dafür gesammelt. SPD und FDP, die die Reform „ablehnten“, unterstützten das Volksbegehren nicht. Nur 3,7 Prozent schrieben sich in die Unterstützerlisten ein. Im November 1977 reichten Bürgermeister ein Volksbegehren mit 39 208 Unterschriften ein. Sie forderten eine Verfassungsänderung, so daß Gemeinden bei Gebietsreformen mitscheiden müssen. Das Innenministerium ging dagegen vor Gericht und vertrat die Auffassung, daß die mit dem Volksbegehren angestrebte Verfassungsänderung gegen das Rechtsstaatsprinzip verstoße. Das Gericht folgte dieser Auffassung nicht, doch die Entscheidung kam erst ein halbes Jahr später, nachdem sich der Minister im Landtag durch „Hammelsprung“ die Verfassungswidrigkeit des Volksbegehrens hatte bestätigen lassen.

Seitdem gab es noch 232 Verfahren vor Gericht, bei denen nur vier Ortschaften Erfolg hatten.

Die Gewinner: Konzerne und christliche Reaktion

Einer der Gewinner sind die Konzerne. Nehmen wir das Beispiel Augsburg. Obwohl die Zusammenarbeit der im Raum Augsburg gelegenen Kommunen gut funktionierte, wurden Eingemeindungsmaßnahmen durchgeführt. Dazu gehörte die Kommune Haunstetten. Die Hälfte des dortigen Industriegeländes kaufte der Siemens-Konzern. Als eigenständige Kommune hätte sie nie die Erschließungskosten für dieses Gelände aufbringen können, Siemens hätte also einiges selber zahlen müssen. Daher war natürlich auch der Siemens-Konzern Mitbetreiber der Eingemeindung. Ein Konzern braucht einen adäquaten Verhandlungspartner, und das sind nur Großgemeinden, so faßt ein Auswertungsbericht die Entwicklung zusammen. (9) Dazu kommt die für die Konzerne vorteilhafte zentralstaatlich geförderte Konkurrenz der Kommunen untereinander. Durch die Einteilung in Ober-, Mittel-, Unterzentren, geförderte und nicht geförderte Gebiete ... wird den Kommunen die Jagd nach Geldmitteln und das Buhlen um Ansiedlungen, „koste es was es wolle“, abverlangt, um ihren Status überhaupt halten zu können. Die Konzerne wollen ein größeres Ar

beitskräftereservoir und mehr Fläche zur Ausweitung ihrer Produktion. Dazu müssen landwirtschaftliche Betriebe zerstört werden. Auch hierbei hilft ihnen die entfachte kommunale Konkurrenz. „Landwirtschaft unerwünscht“ heißt ein im Juli 1988 erschienener Artikel der Augsburger Stadtzeitung. Sie berichtet von der strikten Ablehnung der Stadt Augsburg gegen den Agrarleitplan der Regierung von Schwaben. Ein Oberzentrum wie Augsburg hat nur noch Interesse an Flächen für Industrieansiedlung und muß diese auch durchfechten, um Oberzentrum zu bleiben. Damit macht sich die Stadt immer abhängiger von

dem Wohlwollen der Großbetriebe. Und das wünschen diese auch, denn jedes Element einer möglichen Selbstversorgung könnte ein Gefahrenpunkt sein für die Konzernexistenz.

Gewinner sind aber auch die Kirchen. Durch Beseitigung vieler kommunaler Interessensvertretungen sind sie die einzige Kontaktstelle in den ehemals eigenständigen Dörfern. Das ist besonders gravierend, weil auch heute noch mehr als die Hälfte der bayerischen Bevölkerung im ländlichen Raum wohnt. Eine Opposition gegen die Politik der Landesregierung kann sich nicht in der Kirche artikulieren, es gehört zu den Aufgaben

des Pfarrers, Unmutsäußerungen gegen die Staatsgewalt verschwinden zu lassen. Ohne Einschränkung kann die Kirche hier Forderungen und Ansprüche an staatliche Leistungen in Nachbarschaftshilfen umlenken, so daß Gelder zur Förderung von Profitbetrieben freiwerden.

Quellen: (1) Bayer. Gemeindezeitung 21.1.88; (2) Thieme, Werner. Durchführung und Ergebnisse der kommunalen Gebietsreform. Baden-Baden 1981, S. 38f.; (3) Mitteilungsblatt des Bayer. Bauernverbandes 1987; (4) IHK Augsburg 6/64, S. 142; (5) dto. 21/66, S. 541; (6) IHK München/Obb., 20/71, S. 687f.; (7) dto. Dez. 1971, S. 816; (8) StMI-MABl 1971, S. 847; (9) Stammen, Theo. Gemeinde und Gebietsreform in Bayern. 1986, S. 215f



„... und jetzt zeigen wir Ihnen, wie man in Bayern Geiseln befreit!“

Der Polizeistaats-Ausbau setzt Beseitigung öffentlicher Kontrolle über den Staatsapparat und den Einsatz seiner Instrumente voraus. Dazu gehört, daß kommunale Organe — ehemals Träger der Polizeigewalt — spätestens im Zuge der Zentralisierung Mitte der 70er Jahre von jeglichem Einfluß ausgeschlossen wurden. — Diese Karikatur aus der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ zum bayerischen Geisel-Schaustück zeigt Kritik an der Enthemmung der Polizeigewalt. Die Jusos in Bayern fordern Rekommunalisierung der Polizei, „Auflösung von Bundesgrenzschutz, Bereitschaftspolizei und Sondereinsatzkommandos“.

Verwaltung und Finanzen: Mehr Aufgaben — weniger Autonomie

Verwaltungsreform zur Ergänzung der Gebietsreform

Mit der Gebietsreform einher geht in allen Bundesländern eine Reform der Verwaltungsstrukturen. Während die Institutionen auf den oberen und mittleren Verwaltungsebenen ein deutliches „Beharrungsvermögen“ zeigen, finden auf den unteren Ebenen die gravierendsten Veränderungen statt.

Die Notwendigkeit zur Schaffung von leistungsfähigeren und größeren Verwaltungseinheiten ergibt sich aus der Sicht der Konzerne, dies zeigen die vorhergehenden Beiträge. Aus der Industrie werden von den Verwaltungswissenschaftlern auch die Überlegungen zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit übernommen. So haben sie z.B. berechnet, daß

für den „wirtschaftlichen Betrieb“ von Wasserversorgungs- und Kläranlagen mindestens 5000 bis 10000 Einwohner erforderlich sind, für den Betrieb von Grundschulen, Polizeistellen oder Altersheimen mindestens 3000 bis 6000 Einwohner.

Um diese leistungsfähigen Einheiten zu schaffen, sind die Bundesländer unterschiedliche Wege gegangen. In Niedersachsen — einem der Länder mit überdurchschnittlich hohem Anteil kleiner Gemeinden — wurde die Bildung von Großgemeinden durch Zusammenschluß mehrerer Gemeinden stärker betrieben; in Schleswig-Holstein wurde zugleich mit der Gebietsreform eine Ämterneuordnung durchgeführt.

Ämter bestanden in Schleswig-Holstein schon seit 1947. Sie führten bisher

die weisungsgebundenen Angelegenheiten für die kleinen, amtsangehörigen Gemeinden durch. Nach der Neuordnung im Jahre 1966 erhielten die Ämter auch die Durchführung der sogenannten Selbstverwaltungsangelegenheiten der Gemeinde. Die Gemeindevertretung faßt zwar noch die Beschlüsse, die das Amt dann ausführt, aber deren Spielraum ist durch die Ausführungsbestimmungen des Landes sowie den finanziellen Rahmen ohnehin sehr begrenzt. Als Mindestgröße legte das Land 5000 Einwohner für das Amt fest. Die im Raumordnungskonzept des Landes festgelegten zentralen Orte wurden Amtssitz.

Aufgaben, die bisher von den Kreisen wahrgenommen wurden, konnten nun auf die Gemeinden bzw. Ämter verlagert werden. Gleichzeitig übertrug das Land 148 Aufgaben auf Kreise und kreisfreie Städte, die in der Gebietsreform ihrerseits vergrößert worden sind. Um die Aufsicht über die Kommunen effektiver zu gestalten, schuf die Landesregierung 1971 das Institut der allgemeinen, unteren Landesbehörde, indem sie die Landräte dazu ernannte. Die Landräte sind kommunale Wahlbeamte, die jetzt zugleich die Aufsichtsfunktionen des Landes über Kreise, Ämter und Gemeinden, die Zweckverbände, Bau- und Schulaufsicht ausüben müssen. Billiger und effektiver konnte das Land Schleswig-Holstein das Problem nicht lösen, keine Verwaltungsmittelinstanz (wie die Regierungsbezirke in anderen Bundesländern) zu haben.

Deutlich zunehmende Zentralisierung der Finanzen

Dem Drang der monopolistischen Wirtschaftsweise nach Beseitigung der kleinschichtigen kommunalen Verwaltungsstrukturen zugunsten größerer Planungseinheiten und Regionen entspricht auch die Tendenz zur Zentralisierung der öffentlichen Finanzen.

Im Hinblick auf die Verteilung des Gesamtsteueraufkommens zwischen den Ebenen Reich/Bund (I), Staaten/Länder (II) und Gemeinden (III) ist diese Tendenz über die ganze Geschichte des deutschen Imperialismus nachweisbar (Angaben in Prozent):

| Jahr | (I) | (II) | (III) |
|-------|------|------|-------|
| 1913: | 40,3 | 19,3 | 40,4 |
| 1919: | 75,7 | 24,2 | |
| 1926: | 42,2 | 23,7 | 32,0 |
| 1933: | | | 28,8 |
| 1949: | 43,4 | 44,0 | 12,6 |
| 1958: | 54,7 | 31,4 | 13,9 |
| 1977: | 51 | 34 | 14 |
| 1985: | 50 | 36 | 14 |

Der vorübergehende Anstieg der Reichsausgaben 1919 infolge der Reparationsforderungen diente als Anlaß für eine tiefgreifende Umstrukturierung. Das Landessteuergesetz von 1920 schlug die Einkommensteuer — bis dahin Länderangelegenheit — dem Reich zu und schaffte das kommunale Zuschlagsrecht zur EkSt ab.

Die Steuergesetzgebungskompetenz liegt in der BRD allerdings, anders als noch in der Weimarer Republik, fast ausschließlich beim Zentralstaat. Den Kommunen ist, von einigen Bagatellsteuern abgesehen, lediglich die Kompetenz der Festlegung von Hebesätzen auf Gewerbe- und Grundsteuern geblieben. Dies ist ein Erbe des Faschismus, der 98% aller Steuern unter Reichshoheit gebracht hatte.

Die Weiterentwicklung der Kommunalsteuern in der BRD seit Inkrafttreten des Grundgesetzes ist geprägt von Maßnahmen zur Verminderung der Bedeutung der Gewbesteuer für die Kommunen und von Diskussionen zu deren gänzlicher Abschaffung. So beschloß die Große Koalition 1969 im Rahmen der Finanzreform folgenden „Tausch“: Die Kommunen bekommen einen zentralstaatlich festzulegenden Anteil an der Einkommensteuer zugewiesen; dafür haben sie 40% ihrer Gewbesteuerentnahmen per Umlage an Bund und Land abzugeben. CDU/CSU wie SPD werteten dies als einen Schritt in Richtung Abschaffung der Gewbesteuer. Sie sei u.a. ein Hemmnis bei der Durchsetzung der Raumordnung, da sie ein zu unmittelbares Interesse der Gemeinden an einer (in den Augen der Konzerne chaotischen) Gewerbe- und Industrieansiedlung verfestige, anstatt sie zur Bereitstellung der Infrastruktur zu veranlassen.

Extrem konzentriert sind solche Infrastrukturansforderungen der Monopole an die Kommunen in den von den Monopolen hervorgebrachten Ballungsgebieten. Erbrachten die Konzerne vor dem 1. Weltkrieg viele Infrastrukturleistungen selbst, so drückten sie in den folgenden Jahrzehnten die Erbringung solcher Leistungen den Gemeinden als Pflicht zur

„Daseinsvorsorge“ auf.

Die Finanzierung dieser überaus teuren „Daseinsvorsorge“ konnte immer weniger aus Eigenmitteln der Kommunen geschehen. Allgemeine und gebundene Finanzzuweisungen bekamen daher einen immer größeren Stellenwert in den Kommunalhaushalten.

Die Aufgabe, das Volumen allgemeiner Zuweisungen überproportional in die Ballungsräume zu lenken, wurde erstmals 1936 in der Finanzausgleichsgesetzgebung des Dritten Reiches angegangen. Das Lösungskonzept wurde nach 1945 von den meisten Bundesländern übernommen. Kernpunkt dieses von J. Popitz 1932 entwickelten Finanzzuweisungssystems sind mit wachsender Einwohnerzahl zunehmende Pro-Kopf-Schlüsselzahlen. Was Popitz wie ein empirisches Naturgesetz aus einer Status-quo-Bedarfsanalyse formulierte, war letztlich das Programm zur Stärkung der Oberzentren durch den Zentralstaat.

Quellenhinweis: D. Thränhardt, Funktionalreform — Zielperspektiven und Probleme einer Verwaltungsreform; R. Jochimsen, Gebietsreform und regionale Strukturpolitik; K.-H. Hansmeyer (Hsg): Kommunale Finanzpolitik in der Weimarer Republik; Stuttgart 1973. BMRBS: Städtische Finanzen — Probleme und Strategien; Bonn 1984. Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover: Räumliche Aspekte des kommunalen Finanzausgleichs; 1985.

Nordstaat-Diskussion: Überwindung von „gemeindlicher Eigensüchtelei“

Vor zwei Jahren schickte die Deutsche Bank ihren für Skandinavien zuständigen Vorständler nach Hamburg. Eckart van Hooven kandidierte auf der CDU-Liste zur Hamburger Bürgerschaft. Er forderte den Zusammenschluß der vier Küstenländer zu einem Nordstaat. Van Hooven vermißt „großflächige Gedankengänge, die Fähigkeit zum ‚thinking big‘ ... Wenn Sie die Pläne von Siemens und Daimler-Benz bis zum Jahr 2000 sehen, dann finden Sie Investitionsvorhaben in Milliardenhöhe. Sie zu verwirklichen, setzt große Vorleistungen in punkto Infrastruktur voraus.“ Norddeutschland als Brückenkopf zu Skandinavien, das mit einem Außenhandelsvolumen von 146 Mrd. Dollar (1982) fast den gesamten EG-Handel der BRD- Imperialisten erreichte (etwa 155 Mrd. Dollar 1982).

Auf der Konferenz der Kapitalistenverbände „Zukunftsstandort Küste“ Ende August in Hamburg griff Bundeskanzler Kohl in die Debatte ein. Er wolle einem „Nordstaat“ nicht das Wort reden, aber eine länderübergreifende Zusammenarbeit im Sinne einer besseren regionalen Standortvorsorge könne er sich vorstellen. Eine Woche später äußerte sich Hamburgs Bürgermeister Voscherau dazu in seiner Re-

gierungserklärung. Was Norddeutschland brauche, sei „die Überwindung stadtstaatlicher, gemeindlicher Enge und Eigensüchtelei ... Ein Netz von Staatsverträgen ... eine Art ‚Norddeutscher Gemeinschaft‘ als Perspektive zur Überwindung nicht nur der kommunalen, sondern der Landesgrenzen.“

So originell, wie sich jetzt die „Nordstaatler“ geben, ist die Sache nicht. 1969 kündigte Kanzler Brandt in seiner Regierungserklärung die Neugliederung des Bundesgebietes an. Der Bundesinnenminister setzte eine Kommission ein, die Lösungsvorschläge machen sollte. Sie empfahl in ihrem Gutachten 1972, einen Nordstaat zu bilden, weil da, „wo Landesgrenzen gegenwärtig Verdichtungsgebiete und Stadtregionen durchschneiden, ... Infrastrukturpolitik in der Regel verhindert wird ... Das entscheidende Hindernis einer wirksamen Zusammenarbeit (der Länder, d. Verf.) seien hier jedoch die im Bereich der Regionalpolitik erfahrungsgemäß auftretenden Interessengegensätze und Zielkonflikte.“

1971 macht die Handelskammer Hamburg die „Neugliederung des Bundesgebietes“ in ihrem Kammerbericht zum „Thema des Jahres“. „Natürlich hat der Unternehmer häufig mit den verschie-

densten Verwaltungsstellen in den Bezirken seiner Tätigkeit zu tun. Diese lästige Vielfalt ist aber regelmäßig nicht auf die Ländergrenzen, sondern darauf zurückzuführen, daß manche Entscheidungen ortsgebunden — das heißt auf Gemeindeebene — gefällt werden müssen. Daran wird eine Neugliederung im Prinzip nichts ändern. Wichtig ist vielmehr die Einheitlichkeit der Rechtsentwicklung und die Tatsache, daß ein Bundesland nicht die Verwaltungsentscheidungen eines anderen in Frage stellen kann.“

Die Handelskammer plädiert für überregionale Gremien mit Richtlinienkompetenzen. „Diejenigen jedenfalls, die bereit wären, im Zuge einer Neugliederung ihre Eigenständigkeit als Land ganz aufzugeben, sollten um so eher einverstanden sein, auf Teile der Unabhängigkeit zu verzichten, um sie auf überregionale Gremien zu übertragen. Ohne solche Übertragung von Hoheitsrechten wird man allerdings nicht recht weiterkommen. Im Rahmen der EWG haben wir bereits Präzedenzfälle für den Verzicht auf Hoheitsrechte. Warum sollten die bundesdeutschen Länder im Verhältnis zueinander zögern?“

Ende letzten Jahres schließlich erklärte Handelskammer-Präsident Möhrle: „Wir haben den Nordstaat nicht, also lassen Sie uns durch noch bessere Zusammenarbeit so tun, als hätten wir ihn.“



Innere Sicherheit: Neue Staatsschutzgesetze

Vorletzte Woche hat der Bundestag die Beratungen über Zimmermanns lange angekündigtes neues Gesetzgebungspaket zur Inneren Sicherheit begonnen. Befristete Kronzeugenregelung für „terroristische Straftaten“, Vorbeugehaft für des Landfriedensbruchs verdächtige Demonstranten, Einführung eines neuen Zensurparagraphen 130b „Werbung für Straftaten“ ins Strafrecht: Obwohl in seinen Grundzügen seit Monaten bekannt, hat sich bis heute gegen diese weitreichenden Vorhaben Zimmermanns kein energischer Widerstand entwickelt. Dabei ist absehbar und inzwischen auch vom Bundesrat schon amtlich, daß die neuen Gesetze zu einer bislang unerhörten Ausweitung von Polizeiwillkür und Polizeiverfolgung führen werden.

Türkei: Bericht über den Dev-Yol-Prozeß

Für Mitte Oktober wird der türkische Staatspräsident und Chef des Militärputsches von 1980, General Kenan Evren, zu einem offiziellen Staatsbesuch in Bonn erwartet. Die Bundesregierung ist schon seit langem bestrebt, die Türkei als ein Regime „auf dem Weg zur Demokratie“ zu beschönigen und so einen Beitrag zum Abbau der Isolierung des Regimes zu leisten. Damit verbunden ist eine andauernde Nachrichtensperre in der westdeutschen Presse sowohl über die andauernden Gewerkschaftsverbote in der Türkei wie über die fortdauernden politischen Prozesse. Eine westdeutsche Delegation hat das Verfahren gegen die türkische Organisation Dev Yol besucht und berichtet über die Entwicklung der politischen Prozesse in der Türkei.



„Sie sollten Ihren Mann in Ruhe sterben lassen!“

Nein. Frau B. (80 Jahre alt) bestand eisern darauf, daß ihr 82jähriger Mann auf einer Intensivstation behandelt und zu diesem Zweck in ein Hochleistungs Krankenhaus verlegt wurde. Als er nach vier Wochen nach Hause kann, weiß er genau, daß er nur noch lebt, weil seine Frau darum gekämpft hatte. Er war zwar halb bewußtlos, aber er hat alles gehört. Frau B. berichtet in einem Interview. So wird heute Sterbehilfe in der Bundesrepublik betrieben und heißt dann auch noch „humane Pflege“. Kommen ältere Patienten mit Herzinfarkt doch auf die Intensivstation, steht KR auf ihrer Akte, was heißt, keine Reanimation (Wiederbelebung) bei einem weiteren Zwischenfall.

Aktionswoche des DGB gegen Regierungspolitik

Mit einer Aktionswoche wollen die DGB-Gewerkschaften einen Beitrag zum Widerstand gegen die Regierungspolitik leisten. Geplant sind u.a. Aktionen und Betriebsversammlungen gegen die Lockerung des Ladenschlusses und die Einführung des Dienstleistungsabends, gegen das Beratungsgesetz zum § 218 und gegen die beabsichtigte Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes. Gleichzeitig kommen Regierung und Kapitalisten bei ihrem Plan, die Gewerkschaften in einen chauvinistischen Sozialpakt im Hinblick auf den geplanten EG-Binnenmarkt einzubinden, sichtlich voran. Welche Linie will der DGB gegenüber der Regierung einschlagen? Wie kann die Unterwerfung der Gewerkschaften unter diesen Sozialpakt verhindert werden?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich. Preis 2,50 DM

Nachrichtenheft Chemie und übrige Industrien, erscheint vierzehntäglich. Preis 0,50 DM

Herausgeber

Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226

Teil. 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226

Teil. 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich.

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie

— Nachrichten Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM

Mitteilungen der **Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront** 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe — Berichte aus dem Dienstleistungsgewerbe. 0,80 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik — Informationsdienst Gesundheitspolitik. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse — Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik — Nachrichten, Analysen, Protokolle. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik — Nachrichten, Analysen, Mitteilungen. 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen

Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen

Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlag Hessen

Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

Waldparkstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226. Telefon 0221/21 16 58. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00. Verantwortliche Redakteure für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen für Auslandsberichterstattung, Rudiger Lötzer für Aus Verbänden und Parteien; Martin Lopp; für Reportagen und Berichte regional: Gunter Baumann für Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Kustler

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der Arbeitsgemeinschaft (AG) Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG Jugend, Militär und Gefängnisse in der Volksfront: AGJ, der AGs für antifaschistische Bildungspolitik und für revolutionäre Hochschulpolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: vF

Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich: Beilage „Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken“